



Politikwissenschaftlicher Jahresrückblick 2025

des Trierer Institut für Demokratie- und Parteienforschung

Marius Minas und Oliver Drewes [Hrsg.]

Für Alexander

Politikwissenschaftlicher Jahresrückblick 2025 des Trierer Institut für Demokratie- und Parteienforschung

Marius Minas und Oliver Drewes [Hrsg.]

Impressum:

Herausgeber / Redaktion: Marius Minas und Oliver Drewes
Druck: Hausdruckerei Universität Trier
DOI: <https://doi.org/10.25353/ubtr-b626-21ca-4e95>

Anschrift: Trierer Institut für Demokratie- und Parteienforschung
Universität Trier
Universitätsring 15, 54296 Trier

Homepage: www.tidup.uni-trier.de
Email: tidup@uni-trier.de

Redaktionsschluss: 16.12.2025
Titelbild: KI-generiert mit OpenAI. Version GPT-4o mit DALL-E 3

*Die veröffentlichten Beiträge stellen keine Meinungsäußerung der Herausgeber oder des TIDuP,
sondern der jeweiligen Autorinnen und Autoren dar.*

Vorwort

Nachdem sich das Jahr 2025 seinem Ende zuneigt und 2026 näher rückt, lohnt sich ein Blick zurück weniger aus Gründen der Nostalgie, sondern vielmehr, um sich die Ereignisse des vergangenen Jahres in ihrer anhaltenden Bedeutung zu vergegenwärtigen. Zwar begleitet eine ausgeprägte Medienberichterstattung die politischen Geschehnisse in Deutschland und der ganzen Welt mit einem reichhaltigen Angebot, aber ihre hohe Dynamik – insbesondere die Schnelllebigkeit des politischen Tagesgeschäfts – bietet oft wenig Zeit und Raum, um die langfristigen Trends und Zusammenhänge tiefergehend zu betrachten. Hier setzt die Politikwissenschaft an: Sie versucht nicht nur, Entwicklungen zu erfassen, sondern auch ihre Ursachen sowie ihre Chancen und Risiken für Demokratie, Frieden, Freiheit und Sicherheit zu analysieren.

Der diesjährige politikwissenschaftliche Jahresrückblick des Trierer Instituts für Demokratie- und Parteienforschung (TIDuP) will vor diesem Hintergrund einen besonderen Fokus auf längerfristige Entwicklungen legen, die sich aber an konkreten Ereignissen in den einzelnen Monaten über

das Jahr hinweg abzeichnen. Solche langfristigen Perspektiven besitzen jedoch – aus Sicht der Forschung nicht ganz zufriedenstellend – eine wesentliche Einschränkung: Sie sind empirisch nur teilweise zu erfassen und darstellbar. Daher sind viele der Themen, die der diesjährige Jahresrückblick aufgreift, mit Rückgriff auf gängige Theorien und Einbettung in empirische Forschungsergebnisse als Deutungsangebote zu verstehen.

Ein großer Dank gebührt auch in diesem Jahr wieder allen Autorinnen und Autoren sowie Interviewpartnerinnen und -partnern, die einen (politik-)wissenschaftlichen Beitrag zu diesem Jahresrückblick geleistet haben und uns helfen, Wissenschaft in die Öffentlichkeit zu tragen. Wir hoffen, mit diesem Medium allen politikinteressierten Leserinnen und Lesern eine spannende und aufschlussreiche Ergänzung zu journalistischen Angeboten bieten sowie zu neuen Denk- und Gesprächsanstößen anregen zu können. Wir wünschen viel Spaß bei der Lektüre.

Oliver Drewes und Marius Minas
Trier, im Dezember 2025

Inhaltsverzeichnis

Das Jahr 2025 aus politikwissenschaftlicher Perspektive	Januar	Der Traum von der ökologischen Demokratie – Buchlinien einer politischen Synthetik. Tim Scherer, M.A.	6
	Februar	Wie(so) entstehen rechtsextreme Einstellungen? Prof. Dr. Eva Walther im Gespräch	11
	März	Politik ohne Mehrheit? Prof. Dr. Sebastian Bukow	14
	April	Taiwans Lage im Spannungsfeld der Großmächte Prof. Dr. Dirk Schmidt im Gespräch	19
	Mai	Kann man aus Deutschland aussteigen? Was an Reichsbürger-Theorien falsch ist und warum sie geglaubt werden. Oliver Drewes	25
	Juni	Krise und Zusammenhalt - Wohin steuert die EU? Prof. Dr. Joachim Schild im Gespräch	30
	Juli	Wie hältst du's mit der Demokratie? Befunde über die Mitte der Gesellschaft (hinaus). Marius Minas, M.Ed.	35
	August	Peking spielt seine Seltene Erden-Trumpfkarte. Bastian Dürr, M.A.	43
	September	Parlamentarische Monarchien: Unzeitgemäße Regierungsform oder Stabilitätsanker in wandelnden Gesellschaften? Dr. Lasse Cronqvist	49
	Oktober	Beschleunigter hegemonialer Übergang: China prescht voran Prof. Dr. Sebastian Heilmann	54
	November	Die Vermessung der Geopolitik: Ordnungsmodelle in Perspektive Dr. Sascha Werthes im Gespräch	58
	Dezember	Das Jahr der Parteien: Die deutsche Parteienlandschaft im Überblick Prof. Dr. Uwe Jun im Gespräch	65

Tim Scherer, M.A.

(Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Professur für Politische Theorie und Ideengeschichte)

DOI: <https://doi.org/10.25353/ubtr-d6c2-370b-9274>

Der Traum von der ökologischen Demokratie – Bruchlinien einer politischen Synthetik

Ungeachtet schwankender Aufmerksamkeitskonjunkturen schreitet die globale Erwärmung mit beunruhigender Dynamik voran. Entgegen öffentlichkeitswirksam verlautbarter Selbstverpflichtungen und Betroffenheitsbekundungen auf internationalem Parkett, zeigen die globalen CO₂-Emissionen konstant in eine Richtung – nach oben.¹ Wie im Januar dieses Jahres vermeldet wurde, überschritt die weltweite Erwärmung 2024 erstmals seit Einsetzen der Industrialisierung die magische 1,5-Grad-Marke.² Gleichzeitig deutet sich an, dass in den nächsten Jahren die 2015 mit dem Pariser Klimaschutzabkommen vereinbarte klimatische Haltelinie des 1,5-Grad-Ziels *dauerhaft* überschritten werden dürfte.³

Aus der Perspektive liberaler Demokratien zeitgenössischen Maßstabs ist und bleibt der Klimawandel ein brisantes und weiterhin ungelöstes Problem. Der Verweis auf den undemokratischen bis autoritären Charakter mancher Hochemittenten (siehe China) ändert nichts an dem Umstand, dass insbesondere demokratischen Systemen und Gesellschaften spezifische Eigenarten

inhärent sind, die einer erfolgreichen ökologischen Transformation im Weg stehen. Zudem beanspruchen liberale Demokratien gemäß ihres fortschrittlichen Selbstbildes eine Vorbildfunktion im Hinblick auf ökologische Zukunftsfähigkeit, an der sich andere Gesellschaftsformen orientieren sollen. In diesem Kontext ist ein verstärktes Problembewusstsein für die eigenen Strukturbrüche eine unverzichtbare Grundlage für das Formulieren zukunftstauglicher Konzepte der Nachhaltigkeit.

Frei oder nachhaltig, das ist hier die Frage

Es bildet ein unübersehbares, womöglich sogar das zentrale Dilemma, dass liberale Demokratien darüber debattieren, inwieweit die Freiheit zur individuellen Gestaltung des persönlichen Lebens noch geschützt werden kann, wenn im Zuge der Klimakrise unkontrollierbare Einwirkungen von außen eben diese Freiheiten bedrohen. Mehr noch: wie kann sie ihrem emanzipatorischen – und damit freiheitsbasierten – Selbstanspruch gerecht werden, wenn eine ernsthafte Behandlung des Klimaproblems

¹Vgl. Statista. (2025): Annual carbon dioxide (CO₂) emissions worldwide from 1940 to 2024. In: Statista. URL: <https://www.statista.com/statistics/276629/global-co2-emissions/?srsltid=AfmBOorf11W6z37fb2gNld1j6-bj6D93Fx4fswuE6UEn5WJKOvMef-Nao> [05.11.2025].

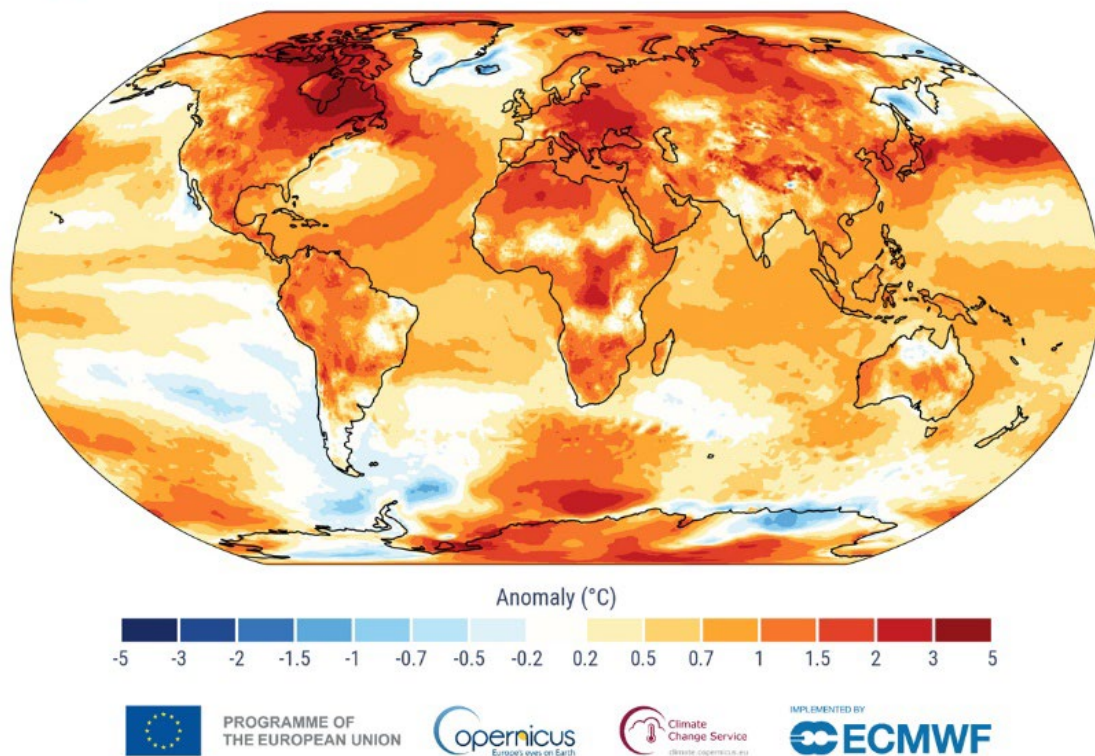
²Vgl. Bevacqua, E., Schleussner, C.-F. und Zscheischler, J. (2025): A year above 1,5 °C signals that earth is most probably within the 20-year period that will reach the Paris Agreement limit, in: Nature Climate Change 15(10), S. 262-265.

³Vgl. United Nations Environment Programme. (2025): Emission Gap Report 2025: Off target – Continued collective inaction puts global temperature goal at risk. Nairobi: Eigene Veröffentlichung.



Surface air temperature anomalies in 2024

Data: ERA5 • Reference period: 1991–2020 • Credit: C3S/ECMWF



Anomalien der Bodenlufttemperatur für 2024 im Vergleich zum Durchschnitt des Referenzzeitraums 1991–2020. (Quelle: ERA5. © C3S / ECMWF)

„die Unterordnung unter kategorische ökologische Notwendigkeiten“⁴ verlangt? Denn die Freiheit des Einzelnen ist unter den Bedingungen von Klimakrise und fortwährend voranschreitender kapitalistischer Aneignung und Auszehrung der Natur eine ökologisch schuldbeladene Kategorie. Liberale Demokratien sind *einerseits* auf partizipative Staatsbürger, sprich emanzipatorisch ausgerichtete Individuen angewiesen. *Andererseits* benötigen (und verlangen) diese nach ausreichend stabilisierten ökonomi-

schen Freiräumen, die sie erst zur fortlaufenden Mitwirkung am demokratischen Projekt praktisch wie ideell befähigen. Dabei ist es seit längerem hinlänglich bekannt, dass wirtschaftliche Expansion und Prosperität unvermeidbar mit natürlichen wie klimatischen Folgeschäden einhergehen.⁵ Vom heute als selbstverständlich wahrgenommenen Wohlstandsockel aus betrachtet, finden wenige Bürger ausreichend Motivation zur konstruktiven Beteiligung am demokratischen Gemeinwesen, wenn dieses die ihr abverlangten Freiräume selbst-

⁴ Blühdorn, I. (2024): Unhaltbarkeit. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Berlin: Suhrkamp, S. 231.

⁵ Versuche der Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Emissionen und/oder Umweltschäden erweisen sich bisher wahlweise als nicht oder kaum nachweisbar, zu langsam oder in ihrer Wirkung beschränkt. Vgl. dazu beispielhaft Infante-Amate, J., Travieso, E. und Aguilera, E. (2025): Green growth in the mirror of history, in: Nature Communications 16(1), 3766. sowie Vogel, J. und Hickel, J. (2023): Is green growth happening? An empirical analysis of achieved versus Paris-compliant CO₂-GDP decoupling in high-income countries, in: The Lancet Planetary Health 7(9), e759-69.

bestimmter Lebensgestaltung droht einzuschränken. Stattdessen kann wachsende Reaktanz und Destruktivität in der politischen Auseinandersetzung über klimapolitische Anliegen beobachtet werden. Zugleich ist die Gewährung von autonomen Konsumpraktiken und generellen Entscheidungen über die Lebensführung aber im Interesse der Demokratie selbst. Die am stärksten demokratieaffinen Bevölkerungsgruppen gehören oft sozialen Segmenten an, welche über ein Niveau an Wohlstand verfügen, das meistens zusammen mit Lebensstilen auftritt, die wiederum alles andere als klimaschonend sind. Gleichzeitig sind es in aller Regel diese Milieus, aus denen Appelle für eine Zügelung der materiellen – und damit klimaschädlichen – Ansprüche zu hören sind, während ausgerechnet ärmere Schichten diese Vorschläge skeptisch bewerten, wenngleich sie selbst niedrigere CO₂-Emissionen zu verantworten haben.⁶

Demokratien scheitern an ihren eigenen Versprechen

Gewissermaßen würden liberale Demokratien sich somit ihrer eigenen Lebensgrundlage – soziale Freiräume, Wohlstand sowie den daran angehängten Partizipationschancen – entledigen, sollten sie ihre Prioritäten im Sinne der Klimarettung neu justieren. Berechtigt ist indes die Frage, wieso demokratische Ideale wie Freiheit, Diversi-

tät und Inklusivität zwangsläufig an verschwenderische und expansive Lebensstile oder Wirtschaftsformen gebunden sein sollten. Es müsse doch, so wird häufig argumentiert, möglich sein, „die demokratischen Ideale vor dem [...] Streben nach Beherrschung der Natur [...] [zu] retten.“⁷ So sei die Verquickung von wachstumsbasiertem Kapitalismus und liberaler Demokratie zwar etabliert und historisch gewachsen, aber keineswegs in Stein gemeißelt.⁸ Das Problem liege vielmehr in der strukturellen Eigenart des Kapitalismus, der „die Natur als ein Reich der Dinge betrachtet, die keinen Wert haben, sich aber unendlich selbst reproduzieren und allgemein zur Verarbeitung in der Warenproduktion zur Verfügung stehen.“⁹ Behauptet wird also die Möglichkeit einer sauberen Trennung zwischen dem Anwachsen liberal-demokratischer Freiheiten und CO₂-intensiven wirtschaftlichen Aktivitäten.

Dieser rhetorische Rettungsversuch des Traums einer ökologischen Demokratie hält einer kritischen Überprüfung nicht stand. So konstatiert der Philosoph Jean-Claude Michéa, „dass diese zwei Parallelformen des Liberalismus [gesellschaftlich auf Freiheits-, ökonomisch auf Wirtschaftswachstum gepolt]¹⁰ meist nicht nur *in der Praxis* miteinander verknüpft sind.“ Weiterhin führt er aus, dass „die Mitglieder einer Gesellschaft nur dann friedlich miteinander auskommen [können], wenn die mit der Organisation des Miteinanders beauftragte

⁶ Vgl. Mau, S. (2024): Keine Zeit. Zum Verhältnis von politischen Entscheidungen und gesellschaftlichem Wandel, in: Merkur 78(12), S. 5-23. Hier S. 20.

⁷ Mouffe, C. (2023): Eine Grüne demokratische Revolution. Linkspopulismus und die Macht der Affekte. Berlin: Suhrkamp, S. 83.

⁸ Vgl. Mouffe, C. (2018): Für einen linken Populismus. Berlin: Suhrkamp, S. 59 f.

⁹ Vgl. Fraser, N. (2023): Der Allesfresser. Wie der Kapitalismus seine eigenen Grundlagen verschlingt. Berlin: Suhrkamp, S. 139-141.

¹⁰ Anm. des Autors.

Macht philosophisch neutral ist.“¹¹ Sprich: da liberale Demokratien gemäß ihres liberalen Elements niemanden in seiner „Privatautonomie“ beschneiden wollen¹², benötigen sie Instrumente, um die Diversität und Widersprüchlichkeit der vorhandenen Ansprüche in eine friedliche, konfliktfreie Form des Zusammenlebens überführen zu können. Ergo muss mittels wirtschaftlicher Prosperität – also unweigerlicher Schädigung der natürlichen Lebensgrundlagen – das inkrementelle Anwachsen der zu verteilenden Chancen auf Selbstverwirklichung bereitgestellt werden: „Es fällt [...] der Wirtschaft zu, uns glücklich, ja infolgedessen brüderlich und gut zu machen.“¹³

Fossile Stabilität oder nachhaltige Disruption?

Egal für welchen Weg sich die liberale Demokratie in ihrem Kampf gegen den Klimawandel entscheidet, sie läuft permanent Gefahr *entweder* ökologisch gelabelte Politiksimulationen ohne konkrete Wirkung zu betreiben *oder* gegen ihre eigenen normativen Maßstäbe zu verstoßen. Forciert sie wirksamen und somit unvermeidbar die Selbstentfaltungspraktiken der Bürger begrenzenden Klimaschutz, kommt ihr das

Ideal einer freien und vielfältigen Gesellschaft abhanden.¹⁴ Es ist jedenfalls nicht davon auszugehen, dass eine Mehrheit der Bürger ein auf ein ökologisch erträgliches Maß reduziertes Leben in Enthaltbarkeit noch als freie Daseinsform empfinden würde. Bereits der Ursprungsentwurf des Gebäudeenergiegesetzes zur Förderung des Austauschs privater Heizsysteme von Ex-Wirtschaftsminister Habeck nährte Ängste vor einer „Öko-Diktatur“.¹⁵ Kaum auszumalen, welche Stimmungslagen kontemporäre Demokratien des globalen Nordens erfassen würden, wenn nun auch Urlaubsflüge, Auslandssemester, Fleischkonsum und Mobilität von politischer Seite in einer Konsequenz erschwert würden, die dem Problem des Klimawandels angemessen ist.¹⁶ Halten diese Gesellschaften hingegen am jetzigen Pfad der ökologischen Modernisierung und gesellschaftlichen Liberalität fest, so wäre dies eine kurzfristig gute Entscheidung für die demokratische Stabilität und langfristig eine schlechte Entscheidung für die Zukunft von Klima und Umwelt.¹⁷

In jedem Fall fällt es liberalen Demokratien zunehmend schwer – nicht nur in Fragen der Ökologie – „die politische Wirklich-

¹¹ Michéa, J.-C. (2014): Das Reich des kleineren Übels. Über die liberale Gesellschaft. Berlin: Matthes & Seitz, S. 32 f.

¹² Selk, V. (2024): Demokratische Malaise, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 27(13), S. 12-17. Hier S. 14.

¹³ Vgl. Michéa, J.-C. (2014): Das Reich des kleineren Übels. Über die liberale Gesellschaft. Berlin: Matthes & Seitz, S. 47 und 97.

¹⁴ Diese Einsicht widerspricht dem immer noch weit verbreiteten, aber im Kern unbegründeten Dogma, Demokratien hätten einen genuinen Vorteil bei der Lösung nachhaltigkeitsbezogener Problemlagen. Vgl. exemplarisch Helms, L. (2023): Nachhaltigkeit und Demokratie: Sieben Thesen zur demokratischen Zukunftsfähigkeit, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 51(4), S. 45-51. Hier S. 46.

¹⁵ Vgl. Schäfer, J. W. (2023): Top-Experte wirft Habeck „Öko-Diktatur“ vor. In: BILD Online. URL: <https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/heizungs-verbote-und-zwangssanierung-top-experte-wirft-habeck-oeko-diktatur-vor-83182848.bild.html> [06.11.2025].

¹⁶ Bei Adalbert Stifter heißt es bekanntermaßen: „Wie es mit dem Aufwärtssteigen des menschlichen Geschlechtes ist, so ist es auch mit dem Abwärtssteigen. Untergehenden Völkern verschwindet zuerst das Maß.“ Siehe Stifter, A. (1994 [1853]): Bunte Steine. Ein Festgeschenk. Ditzingen: Reclam, S. 13.

¹⁷ Vgl. dazu auch Hay, C. (1994): Environmental security and state legitimacy, in: Capitalism Nature Socialism 5(1), S. 83-97. Insbesondere S. 87-90.

keit“ „mit den demokratischen Glaubensartikeln in Einklang zu bringen.“¹⁸ Angesichts solch düsterer Prognosen hinsichtlich der Abwendung klimatischer Katastrophen, rücken in Politik und Wissenschaft Auseinandersetzungen mit Konzepten der *Klimaanpassung* zunehmend in den Fokus.¹⁹ Wenn ein partielles Aufgeben freiheitlicher Normen und Praktiken weder für die politische noch für die gesellschaftliche Ebene eine attraktive, geschweige denn mehrheitsfähige Option darstellt, sollten sich die Demokratien dieser Welt vermehrt damit beschäftigen, inwieweit sie sich zumindest effektiv gegen unabwendbare Krisen wappnen können.²⁰ Neue Schwerpunktsetzungen in Richtung Anpassungsmaßnahmen verfügen dabei über den Vorteil sozialer Verträglichkeit und können dazu beitragen, „dass sich [...] das Bewusstsein für die Bedeutung der Klimaproblematik bei den Menschen insgesamt erhöht und allmählich ein soziales Klima entsteht, das die Handlungsbereitschaft stärkt“²¹. Exemplarisch ginge es um „Gewässerregulierung

zur Vermeidung von Überschwemmungen, [...] die Umstellung der Wälder auf klimaanangepasste Baumbestände [oder] Stadtsanierung zur besseren Be- und Entlüftung der Wohnquartiere“, also Maßnahmen mit einem „greifbaren Nutzen“. ²² Erschwerend kommt allerdings hinzu, dass die Kosten einer derartigen Stärkung der Resilienz öffentlicher Infrastruktur, anders als Reformen zur Verhinderung des Klimawandels, gleichsam von öffentlicher Seite getragen werden müsste.²³ Entsprechend offenbart sich der politische Charakter einer Anpassung priorisierenden Agenda. Sollten politische Kräfte willens und fähig sein, diese Alternativen programmatisch einzugliedern und in den demokratischen Diskurs einzuspeisen, könnten soziale Aushandlungsprozesse im Kontext von Klimaanpassung neue Energien für eine ökologische Transformation freisetzen.²⁴ Im Falle eines fortgesetzten Scheiterns stünden so wenigstens die erforderlichen Infrastrukturen bereit, um die schlimmsten Folgen eskalierender Krisenkaskaden zu absorbieren.

¹⁸ Selk, V. (2024): Demokratische Malaise, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 27(13), S. 12-17. Hier S. 14.

¹⁹ Vgl. Leiter, T. (2024): Globale Ziele für Klimaanpassung: Vom Völkerrecht zur Umsetzung, in: *Zeitschrift für materielles und prozessuales Klimarecht* 3(6), S. 164-166. sowie Staab, P. und Sorg, C. (2025): The rise of digital eco-technocracy: Ecological crisis, digital innovation and legitimacy in the adaptive society, in: *European Journal of Social Theory* 28(4), S. 605-624.

²⁰ Was *Klimaschutz* weder ausschließt, noch seine Notwendigkeit bestreitet.

²¹ Beckert, J. (2024): *Verkaufte Zukunft. Warum der Kampf gegen den Klimawandel zu scheitern droht*. Berlin: Suhrkamp, S. 189.

²² Streeck, W. (2024): Dieser Weg wird kein leichter sein. Kommentar zu „Verkaufte Vernunft. Warum der Kampf gegen den Klimawandel zu scheitern droht“ von Jens Beckert, in: *Soziopolis: Gesellschaft beobachten*. URL: <https://www.sozopolis.de/dieser-weg-wird-kein-leichter-sein.html> [02.12.2025].

²³ Vgl. ebd.

²⁴ Vgl. dazu auch Scherer, T. (2025): Klimaschutz und soziale Prekarität. Anpassung als politischer „Schleichweg“ zur ökologischen Wende, in: *forschung.praxis.dialog* 2(1), S. 35-37.

Februar

Prof. Dr. Eva Walther im Gespräch

(Leiterin der Abteilung für Sozialpsychologie)

Wie(so) entstehen rechtsextreme Einstellungen?

Die AfD ist bei der Bundestagswahl im Februar mit rund 21% der Stimmen zweitstärkste Kraft geworden, und inzwischen liegt sie in Umfragen zeitweise sogar vor der Union. Vor wenigen Jahren wurde medial behauptet, das Wählerpotenzial der AfD sei bei 20 % ausgeschöpft. Ist die nun höhere Zustimmung zur AfD Ausdruck von sich verbreitendem rechtsradikalem Gedankengut, oder eher Ausdruck von wachsender Frustration und Protest?

Eva Walther: Ich konnte diese „20- bis 25-Prozent-Marke“ nie nachvollziehen. In vielen europäischen Ländern erzielen Rechtsaußenparteien deutlich höhere Werte, etwa das Rassemblement National in Frankreich. Eine prinzipielle Obergrenze sehe ich daher nicht. Auch die AfD hat weiter Potenzial und im Vergleich mit anderen Rechtsaußenparteien in Europa liegt sie hinsichtlich ihrer Unterstützung eher im Mittelfeld.

Zur Frage nach Motiven: Wir finden beides. Unsere Studien zeigen klar: Je unzufriedener Menschen sind, desto eher wählen sie AfD – diesen Zusammenhang finden wir auch international bei der Wahl von Rechtsaußenparteien. Gleichzeitig sind rechtsextreme Einstellungen ebenfalls ein sehr starker Prädiktor für die Wahl von Rechtsaußenparteien. Ich sehe hier keine getrennten Prozesse, sondern ein Wechselspiel der Prozesse: Unzufriedene wählen eher die AfD und setzen sich dann mit AfD-

Narrativen auseinander, die stark rechtsextrem geprägt sind – wodurch entsprechende Einstellungen übernommen oder zumindest nicht abgelehnt werden.

Ist Radikalisierung damit vergleichbar mit dem „Henne-oder-Ei“-Problem? Kommt erst Frust und Protest und dann das rechte Gedankengut – oder beginnt der Prozess umgekehrt mit dem Gedankengut, das in Protest führt?

Eva Walther: Ich sehe Radikalisierung nicht als linearen Prozess mit klarer Kausalitätskette, sondern als dynamisches Zusammenspiel verschiedener Faktoren. Auf individueller Ebene beginnen solche Prozesse oft schon in der Jugend, mit Risikofaktoren wie Frühdevianz oder frühen Persönlichkeitsstörungen, aber auch mit schützenden Faktoren wie einem stabilen, demokratischen Umfeld als Gegengewicht. Radikalisierung entsteht aus diesem Wechselspiel zwischen schützenden und verstärkenden Faktoren, weniger aus einer einfachen Ursache-Wirkungsbeziehung. In Experimenten lässt sich aber beobachten: Wird Wut ausgelöst, steigt die Bereitschaft, Verschwörungserzählungen zu glauben – und die überschneiden sich stark mit rechtsaußen-Narrativen.

Das ist ein gutes Stichwort. Warum kanalisieren sich Wut und Deprivationserfahrungen in rechten Ideologien und weniger in linken?

Eva Walther: Das hängt mit den Angeboten von Rechtsaußen zusammen. Rechtsaußen-Akteure nutzen Wut sehr gezielt. AfD-TikTok-Videos zeigen etwa „die Oma, die im Müll wühlen muss, weil sie nicht genug Rente bekommt, weil die Politik versagt oder anderen das Geld gibt“. Sie emotionalisieren politische Versäumnisse. Solche Bilder erzeugen starke Wut, und die AfD liefert unmittelbar einen Deutungsrahmen und verspricht Abhilfe zu schaffen. Empirisch lässt sich zeigen, dass sie diese Emotion systematisch bewirtschaftet und davon profitiert, weil wütende und deprivierte Menschen eher AfD wählen. Die AfD entfacht, kanalisiert und instrumentalisiert selbst erzeugte Emotion deutlich effektiver als andere Parteien.

Um genau bei diesem Beispiel zu bleiben: Soziale Gerechtigkeit ist doch eigentlich ein klassisch linkes Thema. Warum geht die politische Linke nicht viel mehr drauf ein und adressiert eben auch diese Wut?

Eva Walther: Zum Teil macht das die Linke ja schon, wenn es beispielsweise um das Mietenthema geht. Zwar bieten also auch die anderen Parteien Wut beispielsweise über soziale Missstände an. Die AfD bietet aber zusätzlich klare Sündenböcke etwa durch das Thema Migration an und ist dann gleichzeitig die Partei, die das skandalisierte Problem am effektivsten adressiert, Stichwort: Abschotten und Abschieben.

Wir versuchen, rechte Radikalisierung anhand von Deprivationslinien, also Arten

von Benachteiligung, zu verstehen. Eine Deprivationslinie bezieht sich auf die Ökonomie, dabei geht es um existentielle Bedürfnisse, wie essen, trinken, ein Dach über dem Kopf; kurz gesagt: dem Schutz vor prekären Lebenssituationen. Da muss man sagen, hat die AfD überhaupt nichts zu bieten. Wir reden hier von dem AfD-Paradox: Es wählen die Menschen die AfD, die unter ihrer Wirtschaftspolitik am meisten leiden würden. Aber warum? Und unsere Hypothese ist, dass es eine weitere Bedürfnislinie, nämlich eine gesellschaftliche gibt, dabei geht es um Anerkennung, Wertschätzung und Identität. Diese wiegt offenbar schwerer. Das heißt, entsprechende Menschen nehmen mögliche ökonomische Nachteile in Kauf, weil ihnen die Selbstaufwertungsangebote durch Abwertung Anderer, wie durch Rassismus, aber auch durch Nationalismus, wichtiger sind als die Adressierung ökonomischer Fragen.

Das ist spannend. Das deckt sich mit Forschungsergebnissen der Parteienforschung. Die kulturelle Konfliktlinie, die identitäre Ausrichtungen gegenüberstellt, wirkt stärker mobilisierend und lagerbildend als die ökonomische Konfliktlinie, die Verteilungsfragen diskutiert.

Eva Walther: Ich konnte das eine Zeit lang auch nicht glauben. Es gibt ja das Diktum „It's the economy, stupid“ [aus dem US-Wahlkampf 1992; A.d.R.]. In unserer Forschung hängen die gefühlten Deprivationsempfindungen der verschiedenen Linien sehr eng zusammen. Beide zahlen ein auf ein Unzufriedenheitsreservoir, das mit großer Wut einhergeht. Wir werden das aber noch genauer untersuchen.



Symbolbild „Radikalisierung“ (KI-generiert mit OpenAI.
Version GPT-4o mit DALL-E 3)

Was folgt aus dieser Erkenntnis für den Umgang mit Menschen, die sich von der Gesellschaft entfremdet fühlen?

Eva Walther: Ich glaube, was gebraucht wird ist – v.a. gegenüber jungen Menschen, die zuletzt ja besonders zur AfD neigten – die Möglichkeit Wertschätzung zu erfahren, die nicht auf Kosten anderer geht. Ein

Beispiel für gelungene Adressierung junger Menschen ist der Verein AKuBiz – Alternatives Kultur- und Bildungszentrum in Pirna. Diese verknüpfen politische Bildungsarbeit in dem direkten Umfeld mit der wissenschaftlichen Aufarbeitung der Gräueltaten der NS-Zeit direkt vor Ort also in der Heimat der jungen Leute. Damit können sie junge Leute emotional erreichen. Dazu bieten sie ein solidarisches Netzwerk in dem junge Leute Anerkennung und Wertschätzung erfahren können. Das finde ich beispielhaft. Ich habe den Eindruck, dass solche Erfahrungen, die Menschen emotional abholen und sie dann in soziale Strukturen einbinden, etwas bewirken können.

Frau Walther, Ich danke Ihnen für das Gespräch.

Das Interview führte *Marius Minas* am 19. November 2025.

Prof. Dr. Sebastian Bukow

(Honorarprofessor für Politikwissenschaft an der Universität Trier)

DOI: <https://doi.org/10.25353/ubtr-9d8e-d1e2-ba7f>

Politik ohne Mehrheit?

Die Bundestagswahl 2025 verzeichnet mit 82,5 Prozent die höchste Wahlbeteiligung seit über 35 Jahren¹ – und doch wird das Ergebnis von den Menschen im Land mehrheitlich mit Sorge aufgenommen, nur ein Drittel im Land blickt positiv auf das Wahlergebnis. Dabei dürften nicht nur die Zugewinne der beiden Randparteien AfD und Linke für viele besorgniserregend sein. Auch die mit dem Ergebnis verbundene Frage nach der Regierungsbildung wird mehrheitlich skeptisch beantwortet. So ist nach der in der Bürger:innengunst letztlich wenig beliebten Ampel-Koalition und der übergangsweise bestehenden rot-grünen-Minderheitsregierung auch nach der Wahl aus Sicht der Bürger:innen keine Besserung zu erwarten: Jede:r Zweite geht von Schwierigkeiten bei der Bildung einer stabilen Regierung aus.²

Allerdings scheint das politische Handeln der designierten Regierungspartner im März diese Zweifel zu widerlegen: Der Weg zur Regierungsbildung verläuft, nicht

zuletzt mangels anderer politisch realisierbarer Koalitionsoptionen, zügig. Rund zwei Wochen nach der Wahl werden die Sondierungsgespräche zwischen CDU/CSU und SPD erfolgreich beendet und Koalitionsverhandlungen aufgenommen. Es scheint, als habe die künftige Regierung die demoskopisch erfasste Stimmungslage antizipiert: „Stabilität und Aufbruch“ seien für das Land zu gewährleisten, wie es im Sondierungspapier heißt.³

Waren die Sorgen also unbegründet, hat die Koalition der lagerübergreifenden Mitte als selbstverständene „letzte Patrone der Demokratie“ (so zumindest CSU-Chef Söder⁴) die Kraft, aus einer knappen Mehrheit eine stabile Regierung zu formen? Schnell zeigt sich: Der im März womöglich aufkeimende Optimismus war verfrüht, die Stabilität der neuen Regierung schon vor Amtsantritt höchst fragil. Die Kanzlerwahl am 6. Mai gelingt erst im zweiten Wahlgang,⁵ und rasch werden parlamentarische Regierungsmehrheiten teils nicht oder nur

¹ Statistisches Bundesamt, 2025: Bundestagswahl 2025: Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik. Pressemitteilung Nr. 223 vom 23. Juni 2025, https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2025/06/PD25_223_14.html

² Infratest dimap, 2025: ARD-DeutschlandTREND Februar extra 2025 "Nach der Bundestagswahl", <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2025/februar-extra/>

³ CDU/CSU/SPD, 2025: Ergebnisse der Sondierungen von CDU, CSU und SPD, https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Sonstiges/20250308_Sondierungspapier_CDU_CSU_SPD.pdf

⁴ Die Zeit, 2025, Söder über künftige Regierung: Letzte Patrone der Demokratie, Zeit Online 24.02.2025, <https://www.zeit.de/news/2025-02/24/soeder-ueber-kuenftige-regierung-letzte-patrone-der-demokratie>

⁵ Deutscher Bundestag, 2025: Friedrich Merz mit 325 Stimmen zum Bundeskanzler gewählt, <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2025/kw19-de-kanzlerwahl-1062470>



Abbildung 1: Bewertung der Bundesregierung im Zeitverlauf, Eigene Darstellung (Quelle: Forschungsgruppe Wahlen)

unter dem Einsatz hohen politischen Kapitals erreicht. Dazu kommen handwerkliches Missgeschick und innerkoalitionärer Streit (bspw. Verfassungsrichterinwahl, Rentenbeschluss, Wehrpflicht). Die von Beginn an nicht überbordenden Zufriedenheitswerte stürzen binnen Kürze ab,⁶ im Dezember 2025 ist schließlich nur noch jede:r Fünfte mit der Bundesregierung (eher) zufrieden und die Umfragemehrheit der Regierungsparteien schwindet.⁷

Es wird deutlich, dass nicht nur die Mehrheitsfindung nach Wahlen herausfordernder wird, sondern auch ein Regieren ohne (Umfrage-)Mehrheit zum Normalzustand gerät: Regieren in Deutschland ist nur mit einem massiven Reputationsverlust für

die regierenden Parteien und Personen möglich. Dabei ist nunmehr ein Ausmaß an Unzufriedenheit erkennbar, das sich nur bedingt als Ergebnis strategischer, operativer und kommunikativer Fehler und Streitigkeiten in der Koalition deuten lässt. Vielmehr ist bereits seit 2022 bzw. 2023⁸ unabhängig vom Koalitionsformat (SPD/Grüne/FDP, SPD/Grüne, CDU/CSU/SPD) eine überwiegende Unzufriedenheit mit der Regierungsarbeit erkennbar (vgl. Abb. 3)⁹, und auch die Zufriedenheit mit dem konkreten Funktionieren der Demokratie wird seit einiger Zeit überwiegend negativ bewertet.¹⁰

Dies steht einerseits in Verbindung mit der breit diskutierten Krise der Demokratie

⁶ Infratest dimap, 2025: ARD-DeutschlandTREND November 2025, <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2025/november/>

⁷ Infratest dimap, 2025: ARD-DeutschlandTREND Dezember 2025, <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2025/dezember/>

⁸ Die Erhebungen verschiedener Umfrageinstitute unterscheiden sich im Fragewortlaut, aber auch hinsichtlich der Kippunkte, die generellen Trends verlaufen jedoch ähnlich vgl. bspw. Abbildung 1 und Infratest dimap, 2025, ARD-DeutschlandTREND Juli 2025, <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2025/juli/>

⁹ Forschungsgruppe Wahlen, Politbarometer (2009-2025), Frage: "Ganz allgemein: Macht die Bundesregierung aus [...] ihre Arbeit alles in allem gesehen eher gut oder eher schlecht?"

¹⁰ Infratest dimap, 2025: ARD-DeutschlandTREND Oktober 2025, <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2025/oktober/>

und dem Erfolg des Extremismus und Autoritarismus.¹¹ Andererseits sind aber auch system-, gesellschafts- und parteiimmanente Gründe anzuführen, die dazu führen, warum demokratische Politik gerade auf Bundesebene scheinbar nur noch ohne stabile (Umfrage-)Mehrheit gelingt. So wurde mit der Bundestagswahl erstmals der Übergang zum „polarisierten pluralistischen Parteiensystem“¹² auf Bundesebene vollzogen: Die Randparteien Linke und AfD erreichen eine parlamentarische Sperrminorität; ohne die Zustimmung einer der beiden Fraktionen ist eine 2/3-Mehrheit im Parlament nicht mehr möglich.¹³ Das Parlament ist damit hochgradig fragmentiert. Zwar wurde dieses Ergebnis zum Teil erst durch die asymmetrische Mobilisierung im Zuge des migrationspolitischen Entschließungsantrags der Unionsfraktion Ende Januar ermöglicht,¹⁴ was zugleich die hohe Volatilität und das Mobilisierungspotential im Wahlkampf herausstreicht (und im Gegenzug Chancen sowie Unsicherheit für die Parteien bringt). Es ist aber vor allem auch Ausdruck einer langfristigen Entwicklung:

Die Erosion der politischen Mitte und Stärkung der Randparteien in den Parlamenten, der „lange Weg zum polarisierten Pluralismus“, ist im Bund angekommen.¹⁵ Dabei sind Parteiensystem und Wahlen jedoch nicht der Ausgangspunkt, sondern das Ergebnis gesellschaftlicher Entwicklungen. In diesem Fall ist die Bundestagswahl elektorales Ergebnis einer zwar affektiven Polarisierung der Gesellschaft, wie sie in den 2020er-Jahren zunehmend zu beobachten ist.¹⁶ Während dabei auf Werteebene bislang keine Erosion der Mitte erkennbar ist,¹⁷ nimmt die emotionale Distanz beziehungsweise Abneigung zwischen Anhänger:innen verschiedener Parteien zu, das Freund-Feind-Denken kehrt zumindest partiell in den politischen Diskurs zurück und eine zunehmende Segmentierung ist evident. So zeigt eine Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung, dass fast jede:r Vierte im Jahr 2024 sich nicht mehr vorstellen kann, eine andere Partei als die Präferierte zu wählen,¹⁸ im November 2025 kommt nur für die Hälfte der Befragten eine Wahl der früheren Großparteien CDU/CSU oder SPD auch nur grundsätzlich in Frage.¹⁹

¹¹ Hans-Joachim Schubert/Jens Wurtzbacher, 2024: Von der Krise der Demokratie zur Krise der Gegenwartsdiagnose? Zur Überzeugungskraft aktueller Analysen des politischen Wandels, in: *Soziologische Revue* 47, 1: 35-50.

¹² Oskar Niedermayer, 2026: Der polarisierte Pluralismus des deutschen Parteiensystems, in: Jun, Uwe/Niedermayer, Oskar (Hg.): *Die Parteien nach der Bundestagswahl 2025*, Wiesbaden, Springer VS (i.V.).

¹³ Zu den Folgen bspw. Jannik Klein, 2025: Alte oder knappe Mehrheiten nach der Bundestagswahl, *JuWissBlog* Nr. 21/2025 v. 27.02.2025, <https://www.juwiss.de/21-2025/>

¹⁴ Von der Inkaufnahme von AfD-Stimmen seitens CDU/CSU bei der Abstimmung im Bundestag und die damit verbundene Themenverschiebung auf Migration im Wahlkampf profitierten vor allem AfD und Linke, zur Abstimmung siehe *Deutscher Bundestag*, 2025: Mehrheit stimmt nach Regierungserklärung für Migrationsantrag der Union, <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2025/kw05-de-regierungserklaerung-1041594>

¹⁵ Michael Angenendt/Simon D. Brause, 2025: The Long Way towards Polarized Pluralism. Party and Party System Change in Germany, in: Thomas Poguntke/Wilhelm Hofmeister (Hg.): *Political Parties and the Crisis of Democracy*, Oxford University Press: 82-107.

¹⁶ Nils C. Kumkar, 2025: *Polarisierung. Die Ordnung der Politik*, Berlin: Suhrkamp.

¹⁷ Dominik Hirndorf, 2024: Wachsende Unterschiede zwischen Wählerschaften, *KAS Monitor Wahl- und Sozialforschung*, <https://www.kas.de/documents/d/guest/wachsende-unterschiede-zwischen-wahlerschaften>

¹⁸ Hirndorf, a.a.O.

¹⁹ *Infratest dimap*, 2025: *ARD-DeutschlandTREND* November 2025, a.a.O.



Symbolbild „Angespannte Mehrheitsverhältnisse im Bundestag“ (KI-generiert mit OpenAI. Version GPT-4o mit DALL-E 3)

Die auf Systemebene erkennbare parlamentarische Fragmentierung korrespondiert also mit einer gesellschaftlichen affektiven Polarisierung. Im Ergebnis ist auf beiden Ebenen eine wechselseitige Schließung zwischen den politischen Parteien und Anhängerschaften festzustellen, sichtbar etwa in Unvereinbarkeitsbeschlüssen und damit politisch generalisiert eingeschränkten Koalitionsoptionen zwischen den demokratischen Parteien und der Ausdifferenzierung regionaler Wahlmuster sowie die bereits erwähnte Ablehnung der Wahlbereitschaft anderer Parteien. Zwar finden sich in allen Regionen des Landes Wähler:innen aller Parteien,²⁰ aber es ist erkennbar, dass die Regierungsparteien zuletzt keine Mehrheit mehr abbilden konnten, die das Land in seiner Gesamtheit abdeckt. Das heißt, die parlamentarische Mehrheit spiegelt nicht überall im Land – etwa in ostdeutschen Regionen oder aber urbanen Zentren – die Mehrheit der Gesellschaft wider. Auch dies dürfte dazu beigetragen haben, dass sich

die Unzufriedenheit mit der Regierung zunehmend manifestiert. Verstärkt wird diese Tendenz durch die jüngere Parteienentwicklung selbst, hier sind gerade bei den etablierten Parteien Muster der Schließung ersichtlich, sowohl personell wie auch thematisch. Dies ist einerseits Folge der Ausweitung der innerparteilichen Demokratie und der stärkeren Rolle von

parteiinternen Akteursgruppen, andererseits aber auch eine Reaktion auf die gestiegene elektoral-gesellschaftliche Unsicherheit, die einen Rückzug auf die Kernwählerschaften und -milieus als Sicherheitsversprechen plausibel erscheinen lässt.

Zusammengenommen verdichten sich damit die Anzeichen einer andauernden Herausforderung für die Demokratie in Deutschland, die traditionell auf mehrheitsbasierte, fest vereinbarte Koalitionen setzt. Während bei Wahlen und damit verbundenen strategischen Entscheidungen die Koalitionsoptionen empirisch wie politisch weniger werden, gelingt es den Regierenden kaum, während der Regierungsphase eine Umfragemehrheit für ihr Regierungshandeln zu erhalten. Die kurzzeitige Entwicklung im März, die rasche Aufnahme von Koalitionsverhandlungen zwischen den Parteien der Mitte konnte daher gerade nicht den Weg in eine stabilere Regierungsphase bereiten. Die weit verbreitete Unsicherheit ist, so scheint es, auch in den Parteien und im Regierungshandeln angekommen. Statt Regierungsgelassenheit treten verstärkt interessengeleitete, strategisch nicht immer

²⁰ Ansgar Hudde, 2025: Wo wir wie wählen. Politische Muster in Deutschlands Nachbarschaften, Frankfurt/Main: Campus.

plausible Konflikte in den Vordergrund, und politische Gegnerschaften werden übermäßig im demokratischen Lager untereinander statt im gemeinsamen Handeln gegen demokratiefeindliche Akteure adressiert. Im Zuge einer sich verfestigen Fragmentierung, Segmentierung und parteilichen Schließung wird es damit zunehmend unwahrscheinlich, dass traditionelle Mehrheitskonstellationen im Bund dauerhaft erreicht und gehalten werden können.

Damit ist jedoch die vermeintlich „letzte Patrone“ nicht verbraucht, vielmehr wäre eine solche Perspektive im Grunde politisch und empirisch verkürzt. Stattdessen gilt es, die lange Zeit vor allem akademisch geführten Debatten um neuere Regierungs- und Responsivitätsmodelle auch in möglichst unaufgeregter Weise in die konkrete gesellschaftliche, mediale und politische Diskursarena zu bringen. Noch ist unklar, wie sich ein mögliches Regieren ohne (Umfrage-)Mehrheiten funktional bestmöglich umsetzen lässt. Die Debatten um die Brandmauer aber auch um situative Mehrheit bis hin zu Minderheitsregierungskonstellationen²¹ zeigen deutlich den Bedarf und die Entwicklung, dass die Debatten um das demokratische Regieren und demokratische Mehrheiten nach der Zeitenwende erst begonnen haben. Dies umfasst institutionelle Fragen ebenso wie kulturelle, auf Ebene des Parteienwettbewerbs, der Gesellschaft und der Parteien selbst. Dabei werden Innovationen ebenso erforderlich

sein wie der Blick in andere Demokratien, um sowohl Gefahren wie auch Chancen neuer Regierungsmuster evidenzbasiert bewerten und in der notwendigen gesellschaftlichen Tiefe diskutieren zu können.

²¹ Zur politischen Debatte bspw. Der Spiegel, 2025: Eine Minderheitsregierung ist für die CDU kein Ausweg, sondern gefährlich, Spiegel online, 20.11.2025, <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/cdu-minderheitsregierung-ist-kein-ausweg-sondern-gefaehrlich-meinung-a-47d5c965-34ab-48e8-b127-0396738e6a1c> oder Die Zeit, 2025: Platz-Patronen, Zeit online 20.11.2025, <https://www.zeit.de/2025/49/schwarz-rote-koalition-rente-brandmauer-afd>; zur wissenschaftlichen Debatte bspw. Maria Thürk/Christian Stecker, 2023: Flexibel, stabil und effektiv? Zum Stand der Forschung über Minderheitsregierungen, in: Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft 17, 297–314 (2023).

April

Prof. Dr. Dirk Schmidt im Gespräch

(Akademischer Direktor, Schwerpunkte in den Bereichen der Politischen Ökonomie, Außenpolitik & Außenwirtschaft der Volksrepublik China & Beziehungen zwischen China und Taiwan)

Taiwans Lage im Spannungsfeld der Großmächte

Die sicherheitspolitische Lage Taiwans ist seit Jahren durch die Drohungen Chinas den Inselstaat (wieder) in das chinesische Staatsgebiet einzugliedern, angespannt. Spitzt sich die Lage zu, seit China seine Militärmanöver so wie diesen April zunehmend an invasorischen Planungen ausrichtet? Oder gibt es trotzdem Ambitionen einer Entspannung des Verhältnisses?

Dirk Schmidt: Der Konflikt hat sich in den letzten Jahren deutlich zugespitzt. Entspannung ist nicht erkennbar. Die Zuspitzung geht vor allem von Initiativen der Volksrepublik China aus. Gleichzeitig regiert in Taiwan seit Jahren eine Partei, die die VR China ablehnt, als secessionistisch und spalterisch einstuft. Dadurch existieren keine offiziellen Kanäle mehr zwischen beiden Seiten, wie noch 2008 bis 2016. Das hat die Verschlechterung wesentlich verstärkt. Ursächlich ist Chinas außenpolitisches Verhalten, geprägt von größerer „assertiveness“, also entschlosseneren Maßnahmen unterhalb der Schwelle militärischer Gewalt. Dazu gehören Hybrid- und Grauzonen-Taktiken wie Unterminierung durch Deepfakes, Korruption, Spionage, Internetstörungen und Cablecutting von Unterseekabeln. All dies schafft eine Atmosphäre der Anspannung, die Taiwan signalisieren soll: „Ihr habt keine Chance, euer einziger Ausweg ist zu kapitulieren.“

Warum glaubt China, einen Anspruch auf Taiwan zu haben beziehungsweise, dass Taiwan kein souveräner Staat sei?

Dirk Schmidt: Die heutige Situation Taiwans geht bis auf den chinesischen Bürgerkrieg von 1927 bis 1949 zurück. Die Kuomintang unter Chiang Kai-shek, die gegen Mao Zedong den Bürgerkrieg verloren hatte, zog sich auf die Insel Taiwan zurück und setzte dort ihre Herrschaft unter dem offiziellen Namen „Republik China“ fort. Seit 1950 ist die Konfliktsituation schließlich durch das Eingreifen der USA im Koreakrieg und die nachfolgende militärische Unterstützung Taiwans (zunächst offiziell in einem Verteidigungsvertrag von 1954 bis 1979, seitdem de facto über die Lieferung von Waffen) im Grunde eingefroren. Es handelt sich um einen Status-, machtpolitischen und ideologischen Konflikt. Aus chinesischer Sicht ist Taiwan der letzte Prüfstein für die Herrschaft der KP Chinas [Kommunistische Partei Chinas; A.d.R.] und besonders für Xi Jinping. Die Wiedereingliederung gilt als letzter Baustein zur Wiederherstellung historischer Größe und als zentrale machtpolitische, ideologische und historische Aufgabe.

Also das heißt, eine Möglichkeit auf diplomatische Entspannung ist da gar nicht angelegt?

Dirk Schmidt: Aus chinesischer Sicht gilt: „Dieses Problem muss und wird gelöst werden.“ Die Führung argumentiert marxistisch-teleologisch, die Vereinigung mit Taiwan sei unabwendbar und entspreche dem „Trend der Zeit“, sei also eine unvermeidbare Konsequenz des stetigen Zuwachses von China an Macht und internationalem Einfluss. Xi Jinping betont, das Problem könne nicht über Generationen weitergereicht werden, sondern müsse gelöst werden. Eine feste Deadline existiert jedoch nicht. Die oft zitierte Vorgabe, die chinesische Armee müsse 2027 fähig sein, einen Krieg um Taiwan zu führen und zu gewinnen, bedeutet allerdings keine Frist für eine Einnahme Taiwans. Xi sieht die Wiedervereinigungsmission als persönliche Aufgabe und glaubt, sie selbst erfolgreich vollenden zu können.

Welche Rolle spielen die USA im Konflikt zwischen China und Taiwan, und weshalb betrachten die USA den eigentlich bilateralen Streit als für ihre eigenen Interessen relevant?

Dirk Schmidt: Aus chinesischer Sicht sind die USA der zentrale Akteur, der die „Spaltung des Mutterlandes“ verursacht hat. De facto stützt das amerikanische Eingreifen im Koreakrieg 1950 diese Wahrnehmung: Die USA gingen eine Sicherheitspartnerschaft mit Taiwan ein, schlossen 1954 einen Bündnisvertrag und wurden damit Konfliktpartei. Noch zu Jahresbeginn 1950 hatte das US-Außenministerium erklärt, nicht in den Bürgerkrieg zwischen beiden Seiten einzugreifen und keine Unterstützung für Chiang Kai-shek leisten zu wollen. Aus chinesischer Perspektive wäre Taiwan nach der

Einnahme der Insel Hainan der nächste logische Schritt gewesen. Dieser Schritt wurde durch das amerikanische Eingreifen blockiert; seitdem ist die Situation wie erwähnt eingefroren. Hinzu kommen spätere Faktoren: Seit 1979 bestehen zwar keine offiziellen diplomatischen Beziehungen mehr zwischen Taiwan und den USA, doch mit dem *Taiwan Relations Act* erklären die USA jede nicht-friedliche Veränderung des Status quo zu einem „matter of concern“. Geopolitisch liegt Taiwan wie ein unsinkbarer Flugzeugträger vor der chinesischen Küste, kontrolliert Zugänge zum Südchinesischen Meer, und durch die Taiwanstraße laufen zentrale Energielieferungen nach Südkorea und Japan. Eine chinesische Kontrolle über Taiwan wäre für die USA ein schwerer geostrategischer Rückschlag, da sie die Machtprojektion Chinas in den Pazifik erleichtern würde. Zusätzlich spielt Taiwan heute eine Schlüsselrolle in der globalen Halbleiter-Wertschöpfungskette.



Kartenausschnitt Südchinesisches Meer und Taiwan (grün)
(Quelle: Authors: Ssolbergj, Svenskygderna, CC-BY-SA-4.0)

Sie haben auf der einen Seite davon gesprochen, für die USA wäre eine Intervention Chinas eine "matter of concern" (Grund zur Sorge), aber auf der anderen Seite haben Sie gesagt, dieser Raum ist für die USA eigentlich außerhalb ihres "defense perimeter" (Verteidigungs-rings)?

Dirk Schmidt: Das amerikanische Desinteresse bezog sich auf die Zeit vor 1950. Die USA sahen keinen Sinn darin, Chiang Kaisheks aus ihrer Sicht korruptes, ineffizientes und militärisch unterlegenes System zu retten. Der Sieg der Kommunisten galt als konsequent, ein Eingreifen als unnötig. Mit dem Koreakrieg änderte sich dies: Der Konflikt wurde in die Domino-Theorie, also die Annahme, dass wenn ein Land kommunistisch wird, die Wahrscheinlichkeit, dass weitere folgen, sehr hoch ist, eingeordnet – weitere „fallende Dominosteine“ sollten aus der Sicht der USA verhindert werden, und dazu zählte auch Taiwan.

Das Interesse Taiwan vor China zu beschützen, scheint bei den USA zu schwinden. Warum erwägt die Trump-Administration einen möglichen Rückzug aus dem Westpazifik?

Dirk Schmidt: Trumps Haltung erklärt sich durch seine transaktionale Politiklogik. Die Gefahr besteht darin, dass Trump Taiwan als Verhandlungsmasse für Deals mit China betrachtet. Allerdings wirken starke Gegenkräfte: Kongress und Republikaner, besonders sicherheitspolitische Hardliner, würden einer „Abgabe“ Taiwans nicht zustimmen. Sie erkennen den geostrategischen und geoökonomischen Wert Taiwans, den Trump aufgrund seiner Fixierung auf schnelle Deals unterschätzt. Die Diskussion

über eine US-Strategie, die den Fokus stärker auf die nördliche und westliche Hemisphäre legt und China weniger als Hauptkonkurrent definiert, bedeutet nicht automatisch, Taiwan preiszugeben. Es existieren zahlreiche Vetospieler, etwa Marco Rubio. Zudem hätte ein US-Rückzug gravierende Folgen für Japan und Südkorea; die Wahrnehmung, Washington lasse Taiwan fallen, könnte dort Debatten über eine eigene nukleare Bewaffnung auslösen. Selbst Trump würde Taiwan nicht gegen ökonomische Zugeständnisse wie höhere Sojabohnenkäufe eintauschen.

Ist das Engagement der USA der einzige Grund dafür, dass China seine Pläne gegenüber Taiwan in die Tat umgesetzt hat?

Dirk Schmidt: Das ist der Hauptgrund.

Wenn es die USA nicht gäbe, was würde China ansonsten davon abhalten? Hätte China ein leichtes Spiel, Taiwan einzunehmen? Schließlich kennt Taiwan die Bedrohung und hat sich jahrelang defensiv vorbereitet.

Dirk Schmidt: Diese Fragen sind schwer eindeutig zu beantworten. Wargaming-Analysen US-amerikanischer Thinktanks kommen teils zum Ergebnis, dass selbst eine US-Intervention China nicht stoppen würde, jedoch unterliegen solche Szenarien erheblichen Unsicherheiten. Chinas primäres Kalkül ist kein militärisches Vabanquespiel, in dem man alles auf eine Karte setzt, sondern der Einsatz von Hybrid- und Grauzonenmethoden, internationalem Druck, diplomatischer Isolation Taiwans und einer gezielten Umdeutung von UN-Narrativen wie z.B. der Resolution 2758 von 1971. Sie

regelte ausschließlich die Übernahme des chinesischen Sitzes durch die Volksrepublik in den UN (anstatt der in Taiwan befindlichen Regierung der „Republik China“). Die Resolution regelt allerdings nicht den Status Taiwans; China behauptet dennoch das Gegenteil und sichert sich weltweit diplomatische Zusicherungen zur eigenen Position. Strategisch setzt China also auf eine schrittweise „Strangulierung“ Taiwans. Militärische Invasionsszenarien sind durch wenige mögliche Landungspunkte, 180 km Seeweg, limitierte Wetterfenster und hohe geographisch-klimatische Risiken erschwert. Die Verteidigungsfähigkeit hängt nicht nur von militärischer Hardware ab, sondern auch von schwer messbaren Faktoren wie Verteidigungswillen und gesellschaftlicher Resilienz – ähnlich den Lehren aus der Ukraine.

Wie ist die Stimmung in Taiwans Bevölkerung – stehen die meisten gegen China, oder gibt es auch Gruppen, die sich mit China identifizieren?

Dirk Schmidt: Umfragen zeigen klar, dass das Hongkong-Szenario, also eine Aufgabe der Eigenständigkeit, für Taiwan ausgeschlossen ist. Eine große Mehrheit lehnt Chinas Ansatz der Eingliederung ab. Etwa zwei Drittel wollen den Status quo beibehalten, rund ein Drittel tendiert langfristig zur Unabhängigkeit. Eine Unterstützung für Pekings Position existiert praktisch nicht. Unklarer ist der Verteidigungswille der Bevölkerung. Das Image der Armee war lange negativ besetzt, die Wehrpflicht wurde stark verkürzt und erst jüngst wieder auf ein Jahr verlängert – sie ist aber nach wie vor gesellschaftlich unpopulär. Dies erschwert

den Wiederaufbau militärischer Fähigkeiten.

Die politische Polarisierung zwischen den maßgeblichen Parteien zum spezifischen Umgang mit China ist zwar hoch, aber im Falle eines unprovokierten, China klar zurechenbaren Angriffs wäre ein „rally-around-the-flag“-Effekt [ein kurzfristiger nationaler Schulterschluss der Bevölkerung gegen eine äußere Bedrohung; A.d.R.] wahrscheinlich. Bei Blockaden oder hybriden Angriffen mit unklarem Auslöser dagegen nicht. Umfragen deuten zudem keine ausgeprägte Bereitschaft zur Landesverteidigung an. Gleichzeitig divergieren die Positionen zu den USA: Die Partei der Kuomintang stellt deren Verlässlichkeit infrage, die DPP stärkt die Partnerschaft. Vieles hängt daher von konkreten Umständen, der Beziehung zu den USA und der Eskalationsform ab.

Was wären die wirtschaftlichen Risiken einer Invasion oder Annexion Taiwans – global und konkret für uns, gerade mit Blick auf Taiwans enormes Gewicht in der Halbleiterindustrie?

Dirk Schmidt: Schätzungen zum ökonomischen Schaden eines Taiwan-Konflikts basieren auf groben Wargaming-Modellen. Berechnungen etwa der Rhodium Group und von Bloomberg liegen sehr grob geschätzt bei rund 10 Billionen US-Dollar – etwa dem kombinierten Ausmaß von Finanz- und Covid-Krise. Bei einer militärischen Eskalation stellen sich zusätzlich Fragen nach US-Beteiligung, möglicher Begrenzung auf konventionelle Waffen oder atomarer Eskalation; in solchen Szenarien wären die Folgen kaum noch quantifizierbar. Die genannte Größenordnung liefert

jedoch einen Eindruck vom Ausmaß des Risikos.

Wie kommt eine Schadenssumme von 10 Billionen zustande – liegt das nur an Halbleitern, oder welche Mechanismen erzeugt diese Dimension?

Dirk Schmidt: Die Summe ergibt sich aus mehreren gleichzeitigen Schocks: Eine Luft- und Seeblockade würde Schiffs- und Flugverkehr stoppen, Halbleiterexporte aus Taiwan ausfallen lassen – bei Chips unter 5 nm macht das heute rund 95 Prozent aus. In einem Raketenbeschuss-Szenario würden taiwanische Produktionsanlagen zerstört. Taiwan und eventuell die USA könnten zurückschlagen und Produktionsstandorte auf dem chinesischen Festland treffen. Damit fielen auch dort zentrale Elektronik- und Hardwarefertigungen aus, etwa für Apple oder Dell. Ohne taiwanische Chips und chinesische Elektronik stünden weltweit Produktionsketten still, etwa im Automobilsektor; binnen kurzer Zeit gäbe es keine Fahrzeuge und kaum Konsumgüter mehr – auch so Kleinigkeiten wie ein Toaster z.B.

Das wären in der Tat gigantische Einschnitte in unser aller Alltag – und das, obwohl der Konflikt auf der anderen Seite der Erde liegt.

Dirk Schmidt: Das Leben, wie wir es kennen, käme weitgehend zum Stillstand – nicht sofort, aber mit einem Vorlauf von wenigen Wochen. Chips aus Taiwan benötigen etwa vier Wochen bis nach Europa. Unterhaltungselektronik wird größtenteils in China produziert: Laptops, Monitore, Drucker und ähnliche Produkte. Alles, was bereits unter-

wegs ist, würde noch ankommen, doch danach wäre Schluss. Schon eine reine See- und Luftblockade – ganz ohne zerstörte Fabriken – würde die Lieferung solcher Güter vollständig zum Erliegen bringen.

Warum haben die USA und Europa die Chipproduktion trotz des bekannten Risikos nicht so stark ausgebaut, dass die Abhängigkeit von Taiwan reduziert wird?

Dirk Schmidt: Die USA und Europa versuchen es, etwa durch Reshoring-Programme und Investitionen von Intel, TSMC oder AMD. Das Grundproblem ist die extrem spezialisierte Wertschöpfungskette: In nahezu jedem Produktionsschritt existieren faktische Monopole, und die gesamte Struktur hat Jahrzehnte gebraucht, um zu entstehen. China, Taiwan, Südkorea und Japan bilden ein eng verflochtenes Cluster, das sich nicht in wenigen Jahren replizieren lässt. Apple fertigt rund 95 Prozent seiner Produkte in China; Verlagerungen nach Vietnam oder Indien beginnen erst, bleiben aber weit hinter der chinesischen Fähigkeit zurück, Produktion schnell zu skalieren. Die Politik reagiert zudem träge: Man verdrängt das „Doomsday-Szenario“, verweist darauf, dass alles bisher gut funktioniert hat und alle – besonders große US-Konzerne – profitiert haben. Doch selbst wenn China kein Interesse an einem solchen Szenario hätte, schließen Missverständnisse oder ungewollte Eskalationen Risiken nicht aus.

Liegt es nicht auch aus chinesischer Sicht fern, ein solches Domsday-Szenario auszulösen, da China selbst massiv von globalen Wertschöpfungs- und Handelsketten abhängt?

Dirk Schmidt: China hat kein Interesse an einem ökonomischen Kollaps. Entscheidend ist jedoch, dass Taiwans Bedeutung aus chinesischer Sicht nicht ökonomisch definiert ist, sondern Macht- und geostrategische sowie ideologische Dimensionen hat. Xi Jinping und die KP sehen die „Rückholung“ Taiwans als zentrale Mission. In das Kalkül fließen zahlreiche, sich ständig verändernde Faktoren ein: die Rolle der USA, Europas und des globalen Südens, die militärische Stärke Chinas und der USA, mögliche Unterstützung durch Russland oder Nordkorea. China glaubt, dass die Zeit für es arbeitet. Ein unmittelbares Domsday-Szenario halte ich nicht für realistisch, das Risiko bleibt aber groß und ist politisch – auch in Deutschland – erkannt. Die Reaktionsmöglichkeiten des Westens sind jedoch begrenzt und äußern sich oft nur symbolisch, etwa in einer Fregattenpassage der Bundesmarine durch die Taiwanstraße.

Das Interview führten *Oliver Drewes* und *Marius Minas* am 18. November 2025.

Mai

Oliver Drewes

(Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Professur für Westliche Regierungssysteme - Das politische System Deutschlands)

DOI: <https://doi.org/10.25353/ubtr-1d64-a614-fa97>

Kann man aus Deutschland aussteigen? – Was an Reichsbürger-Theorien falsch ist und warum sie geglaubt werden

Mitte Mai ging eine zunächst skurril anmutende Schlagzeile viral: „Bundesinnenminister Dobrindt verbietet den Verein *Königreich Deutschland*“.¹ Der Gedanke, dass es derzeit so etwas wie ein *Königreich Deutschland* geben könne, klingt absurd, doch gibt es eine wachsende Szene in Deutschland, die sich von ihrer Zugehörigkeit zur Bundesrepublik lossagt: das Bundesamt für Verfassungsschutz beziffert das Milieu auf 26.000 Personen.²

Wer will, kann sich von der Bundesrepublik Deutschland unabhängig erklären, so eine unter Reichsbürgern und Selbstverwaltern nicht seltene Vorstellung. Schließlich sei man ein freies Individuum, von dem nicht per se davon angenommen werden kann, dass es sich der Bundesrepublik zugehörig fühlt und sich dessen Rechtsordnung unterstellt. Hat Sie jemals jemand gefragt, ob Sie überhaupt einverstanden sind mit der Gültigkeit der Verfassung?

An vielen Punkten entdecken Reichsbürger und Selbstverwalter vermeintliche rechtliche Irrtümer, Fehler oder sogar bewusste Täuschungen, die zur Folge haben, dass es die Bundesrepublik nicht als souveränen Staat gibt oder, falls doch, man sich

ihrer Rechtsordnung nicht unterstellen muss, wenn man nicht will. Dieser Text will einen kurzen Überblick über zwei verbreitete Argumente von Reichsbürgern und Selbstverwaltern geben und zeigen, warum sie Irrtümer sind. Damit verbunden stellt sich auch die (umfangreichere) Frage, warum Menschen zunehmend mehr glauben, sich vom Staat lossagen zu können.

Theorie 1: Das Deutsche Reich existiert noch

Die Annahme, dass das Deutsche Reich (anstatt der BRD) existiere, beruft sich nicht selten auf ein Bundesverfassungsgerichtsurteil von 1973 – die Paradoxie, sich auf ein Urteil eines Gerichts zu beziehen, das man eigentlich nicht anerkennt, wird dabei gerne ignoriert: Darin hält es fest, „dass *„das Deutsche Reich den Zusammenbruch 1945 überdauert hat und weder mit der Kapitulation noch durch die Ausübung fremder Staatsgewalt in Deutschland durch die Alliierten noch später untergegangen ist; es besitzt nach wie vor Rechtsfähigkeit, ist allerdings als Gesamtstaat mangels Organisation nicht handlungsfähig. Die BRD ist nicht*

¹ Bundesministerium des Innern (2025): „Bundesinnenminister Alexander Dobrindt verbietet den Verein ‚Königreich Deutschland‘ und seine Teilorganisationen“. Pressemitteilung vom 13. Mai 2025. URL: <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2025/05/verbot-koenigreich-deutschland.html> (abgerufen am 01.12.2025).

² Bundesamt für Verfassungsschutz (2024): „Reichsbürger und Selbstverwalter“ (Webseite). Online verfügbar unter: https://www.verfassungsschutz.de/DE/themen/reichsbuerger-und-selbstverwalter/reichsbuerger-und-selbstverwalter_node.html (aufgerufen am 01.12.2025).

*„Rechtsnachfolger‘ des Deutschen Reiches, sondern als Staat identisch mit dem Staat ‚Deutsches Reich‘“.*³

Was danach klingt, dass das Deutsche Reich tatsächlich noch existiert und man sich mit ihm anstelle der BRD assoziieren könne, übersieht, dass das BVerfG die völkerrechtliche Identität, also Übereinstimmung der BRD mit dem Deutschen Reich festgestellt hat (bzw. wegen der deutschen Teilung bis 1990 eine Teilidentität). Wenn zwei Dinge identisch sind, ergibt es daher keinen Sinn, davon zu sprechen, dass das eine ein Nachfolger des anderen sei. Dementsprechend ist die BRD kein Nachfolger, sondern in der Substanz, nicht aber in der Form, übereinstimmend mit dem Deutschen Reich. Geändert hat sich die Staatsform einschließlich ihrer Rechtsordnung, nicht aber das Subjekt an sich – das Volk ist schließlich im Wesentlichen dasselbe geblieben.

Theorie 2: Staatsbürgerschaft verlangt aktive Zustimmung

Die Behauptung, man könne sich der Bundesrepublik entziehen und sich unabhängig und souverän erklären, beruht auf einer falschen Vorstellung davon, wie staatliche Zugehörigkeit und rechtliche Bindung funktionieren. Staatsangehörigkeit, Rechtsordnung und staatliche Zuständigkeit sind keine freiwilligen Mitgliedschaften wie ein Verein, sondern folgen territorialen und rechtlichen Kriterien, die international anerkannt sind. Ein Staat übt Hoheitsgewalt über alle Personen auf seinem Gebiet aus,

unabhängig davon, ob diese der Rechtsordnung subjektiv zustimmen. Diese Bindung entsteht nicht durch eine individuelle Zustimmungserklärung, sondern durch objektive Tatsachen: Aufenthalt im Staatsgebiet, Zugehörigkeit zum Staatsvolk und Geltung staatlicher Gesetze. Dies ist ein Grundprinzip moderner Staatlichkeit und Voraussetzung dafür, dass Recht überhaupt durchsetzbar und verlässlich ist. Sich „für unabhängig erklären“ hebt diese Bindung nicht auf, weil individuelle Willenserklärungen keine völkerrechtliche Wirkung erzeugen. Eigenstaatlichkeit erfordert stabile Gebietskontrolle, eine dauerhafte Regierungsstruktur, die Anerkennung durch andere Staaten und die Fähigkeit, Rechtsordnung tatsächlich durchzusetzen. Einzelpersonen oder Kleingruppen erfüllen keines dieser Kriterien; sie können daher keinen souveränen Status begründen.

Identifikatorische Dissoziation

Gegen viele (Gegen-)Argumente und Erläuterungen wie in den beiden Beispielen würden Reichsbürger und Selbstverwalter wiederum Gegenargumente finden und sich in Details einzelner Formulierungen und Rechtstexte stürzen. Damit geriete das Fact-Checking in eine potenziell unendliche Spirale des Streits. Allerdings nicht, weil einzelne Argumente nicht abschließend widerlegt werden könnten, sondern weil, wenn man will, immer Ansätze zum Widerspruch gefunden werden können. Wer die Bundesrepublik als Staat und Autorität nicht anerkennen will, wird auch mit noch

³ BVerfG, Urteil vom 31. Juli 1973 – 2 BvF 1/73, in: BVerfGE 36, 1 (1973). Online verfügbar über De-Jure: „Rechtsprechung: 2 BvF 1/73“.



„Achtung, unabhängiges und souveränes Grundstück“
(KI-generiert mit OpenAI. Version GPT-4o mit DALL-E 3)

so stichhaltigen Argumenten nicht zu überzeugen sein. In diesem Fall wird erkennbar, dass es betreffenden Personen nicht darum geht, sich für unabhängig oder Bürger des Deutschen Reiches zu verstehen, weil sie stichhaltige Argumente für diese Annahmen haben, sondern weil auf emotionaler Ebene ein Problem besteht.

In einem Prozess steigender Unzufriedenheit sinkt die Identifikation mit denjenigen – v.a. dem Staat –, von denen man abhängig ist.⁴ Statt einer Assoziation mit den Institutionen und Organen des eigenen Staates im Sinne einer Akzeptanz und Wahrnehmung, dass sie im Wesentlichen für einen selbst und die Gesellschaft arbeiten, kommt es zu einer identifikatorischen Dissoziation: der emotionalen Entfernung und Auflösung einer Beziehung. Was zunächst im Reflex situativ verständlich sein kann, überschreitet im Falle von Reichsbürgern und Selbstverwaltern eine entscheidende Schwelle: Von der Ablehnung von und Unzufriedenheit mit politischen Entscheidungen und staatlichen Handlungen wird dazu

übergegangen, die Geltungskraft eben jener Entscheidungen und Handlungen für das eigene Leben in Frage zu stellen. Frei nach dem Motto: „Das gefällt mir nicht, also gilt es für mich nicht“. In diesem Sinne sind die Narrative und Handlungen von Reichsbürgern und Selbstverwaltern ein radikaler Akt der Selbstermächtigung.⁵ Diese Denkweise zeigt einen Entfremdungsprozess auf, der für eine demokratische Kultur gefährlich werden kann, wenn immer mehr Menschen sich emotional von der politischen Gemeinschaft, die durch einen Staat zusammengehalten wird, lossagen. Die gegenseitige Assoziation innerhalb der Gesellschaft ebenso wie mit dem Staat als organisatorische Autorität, ist für die Demokratie zentral. Es wird zu beobachten sein, in welche ideologische Ausrichtung sich die Bewegung im Anschluss an ihre negativistische Ablehnungshaltung entwickelt, denn eine Anti-Haltung ist nur kurz- und mittelfristig tragend und mobilisierend. Sie hat aber langfristig kein Bindungspotenzial, wenn es nicht zur Entwicklung eines alternativen politischen Projekts kommt. Ohne eine konkrete inhaltliche (bessere) Alternative versandet die Dynamik einer Widerstandsbewegung und mündet eher in individuelle Resignation und ggf. Einzelaktivitäten. Entsprechend sollte die Aufmerksamkeit auf die Entwicklung der Bewegung besonders hoch sein, sobald sie programmatisch wird: Die Idee, ein Königreich dadurch zu gründen, dass Grundstücke erworben werden, eine Verfassung erarbeitet wird und Staatsorgane benannt werden,

⁴ Grande, Edgar & Saldivia Gonzatti, Daniel (2024): *A Revolt of the Distrustful? Political Trust, Political Protest and the Democratic Deficit*. WZB Discussion Paper Nr. ZZ 2024-603.

⁵ Schönberger, Christoph / Schönberger, Sophie (2023): *Die Reichsbürger. Ermächtigungsversuche einer gespenstischen Bewegung*. München: C. H. Beck,

entspricht der Entwicklung und Umsetzung eines systemalternativen Programms – weshalb hier für das Innenministerium eine ausreichende Grundlage bestanden hat, den Verein „Königreich Deutschland zu verbieten“.

Hyperindividualismus als Problem

Erkennbar wird in der Loslösung vom Staat durch ignoranten Verhalten bis hin zur aktiven individuellen Unabhängigkeitserklärung ein in den Sozialwissenschaften diskutiertes Phänomen, das einem Zeitgeist entspringt: Der Hyperindividualismus der Spätmoderne.⁶ Gemeint ist die Tendenz, nach der Individuen in hoch entwickelten, pluralisierten Gesellschaften zunehmend als primäre Instanz ihrer Lebensführung auftreten und traditionelle kollektive Bindungen, Rollen und Autoritäten stark an Bedeutung verlieren. Der Begriff verweist auf eine Steigerungsform des klassischen Individualismus: nicht nur Selbstbestimmung, sondern Selbstzentrierung; nicht nur Autonomie, sondern die Vorstellung, dass individuelle Wahlfreiheit nahezu grenzenlos sei und normative, institutionelle oder gemeinschaftliche Vorgaben und Erwartungen nur noch als optionale Angebote oder sogar als störende Einschränkung erscheinen.⁷

Diese Entwicklung zeigt auf, dass der zunehmende Glaube an Reichsbürger-Theorien, wie die oben exemplarisch genannten,

weniger ein Problem schlicht falscher kursierender Informationen sind, sondern, dass es auf sozialer Ebene eine Entwicklung gibt, die für die Demokratie bedenklich ist: Die Auflösung von Beziehungsbindungen zwischen dem Individuum und dem liberaldemokratischen Staat. Diese Entwicklung findet keineswegs nur an den politischen Rändern statt, sondern kann, ähnlich wie die Verbreitung von Verschwörungstheorien während der Corona-Pandemie, mitten in der Gesellschaft Fuß fassen – nämlich bei all jenen, die eine große emotionale Distanz zum Staat aufgebaut haben und einen Weg suchen, sich aus Unzufriedenheit und Abhängigkeiten zu befreien.⁸ Idealerweise ermöglicht in einer Demokratie politische Partizipation die Verarbeitung von Unzufriedenheiten dadurch, dass konstruktiv an einer Problemlösung mitgearbeitet werden kann. Oder durch den einfachen (aber eben zu einfachen) Schritt, sich vom Staat und der Gesellschaft mit all ihren Regeln, Gesetzen und Anforderungen loszulösen und „sein eigenes Ding zu machen“. Die Einbindung von Bürgerinnen und Bürgern in politische Prozesse sowie die Förderung eines Gemeinsinns ist für eine Demokratie lebenswichtig. Und weil es nicht um die Demokratie als Selbstzweck geht, sondern um die Bürgerinnen und Bürger, ist jeder Ansatz zur Förderung von Partizipation förderlich für das individuelle Gefühl der Selbstwirksamkeit, der Identifikation mit der politischen Umwelt und schließlich auch mit dem Staat, in dem man lebt.

⁶ Beck, Ulrich / Beck-Gernsheim, Elisabeth (2001): *Individualization: Institutionalized Individualism and its Social and Political Consequences*. London (u. a.): SAGE Publications; Degen, J. L.; Kleeberg-Niepage, A.; Bal, P. M. (2024): *Lost in Context? Critical Perspectives on Individualization*. — *Human Arenas*, 7 (2024), S. 507–512.

⁷ Bauman, Zygmunt (2003): *Flüchtige Moderne* (dt. Ausg. von *Liquid Modernity*). Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag,

⁸ Hierzu Amlinger, Carolin / Nachtwey, Oliver (2022): *Gekränkte Freiheit. Aspekte des libertären Autoritarismus*. Berlin: Suhrkamp Verlag.

Individuelle Freiheit ≠ Souveränität

Die Wahrnehmung von sich selbst, über die Kompetenz zu verfügen, sich durch Willenskraft von staatlicher Zugehörigkeit trennen zu können, zeugt zunächst von Beliebigkeit. Würde man der Logik dieses Gedankens folgen, könnte man sich andersherum auf Basis des eigenen Willens auch zu einem Staat zugehörig erklären – ein Argument, das sicherlich nicht gleichermaßen Unterstützung finden würde. Staatsangehörigkeit ist schließlich kein Wunschkonzert.

Die Idee, sich vom Staat lossagen zu können, entspringt prinzipiell einem liberalen Gedanken: Die Autorität des Staates auf eine Distanz zum Individuum zu halten mit dem Ziel, das Individuum vor dem (willkürlichen) Zugriff des Staates zu schützen. Allerdings begehen Reichsbürger, Selbstverwalter und Souveränisten den Denkfehler, zu glauben, dass sie sich nur in Abhängigkeiten befinden oder begeben, die sie selbst erklären und akzeptieren. Diese Annahme überschätzt die individuelle Fähigkeit zur Selbstbestimmung. Nicht, weil jemand das Individuum aktiv in staatlicher Zugehörigkeit festhalten wollen würde, sondern aufgrund von Verwechslung von individueller Freiheit mit völkerrechtlicher Souveränität. Individuelle Freiheit bedeutet, dass Personen weitgehend selbstbestimmt handeln dürfen, solange sie die Rechte anderer und die geltende Rechtsordnung nicht verletzen. Souveränität hingegen ist ein objektiver, kollektiver Status, der nur politischen Gemeinwesen zukommt, die bestimmte empirische und rechtliche Voraussetzungen erfüllen. Dass sich Reichsbürger und Selbstverwalter als

souverän verstehen wollen, ist also nicht selten Ergebnis eines zunehmend ausgedehnten individuellen Freiheitsverständnisses und verwechselt, wie oben im Beispiel erläutert, individuelle Freiheit mit völkerrechtlicher Souveränität.

Im Bemühen sich von Abhängigkeiten zu emanzipieren, erhöht sich der Druck auf das Individuum, die gewonnenen Freiheitsgrade auch kontrollieren zu können. In der Erkenntnis, dass dies durch die zahlreichen alltäglichen Abhängigkeiten (z.B. von Behörden, Steuerpflichten, Straßenverkehrsordnung) nicht möglich ist, liegt die Lösung zur Kontrollgewinnung darin, sich maximal unabhängig zu erklären – als Reichsbürger, Selbstverwalter oder Souveränist. Das Phänomen der Reichsbürger und Selbstverwalter ist damit nur eingeschränkt ein Problem falscher kursierender Informationen und Annahmen über die eigene rechtliche Stellung im Staat. Es ist auch ein Phänomen, das Resultat einer Kultur ist, die den Freiheitsbegriff immer weiter auslegt. Freiheit ist darin nicht mehr innerhalb eines Rahmens – der staatlichen Ordnung – gegeben, sondern erst in der Unabhängigkeit von ihr. Eine solche Auffassung kann selbstredend nicht im Sinne der Demokratie und des friedlichen Zusammenlebens sein. Die demokratische Gesellschaft sollte daher ein Interesse daran haben, ihr Freiheitsverständnis regelmäßig zu überprüfen und zu diskutieren: Bedeutet Freiheit die Abwesenheit von Regeln, sozialen Normen und gemeinschaftlicher Bindung oder eher die Möglichkeit, eben jene Regeln, Normen und Bindungen, die Identität, Orientierung und Sicherheit bringen, mitbestimmen zu können?

Juni

Prof. Dr. Joachim Schild im Gespräch

(Professur „Vergleichende Regierungslehre“ und Jean-Monnet-Lehrstuhl)

Krise und Zusammenhalt - Wohin steuert die EU?

Im Juni kam der Europäische Rat, also alle Staats- und Regierungschefs der EU, zusammen, um über die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) zu beraten. Klassischerweise ergibt sich dieses Politikfeld als dasjenige, wo es am schwierigsten ist, einen Konsens zu finden, weshalb es nach wie vor nicht von Nationalstaatsebene auf die EU-Ebene abgegeben wurde. Ist vor dem Hintergrund des russischen Angriffskriegs in der Ukraine nun eine inhaltliche Näherung zu beobachten bei dem Thema?

Joachim Schild: Ja, aber es kommt darauf an, wo man hinschaut. Die Wahrnehmung gegenüber Russland hat sich deutlich angenähert: frühere Differenzen zwischen etwa Polen und Deutschland, z.B. wegen Nord Stream 2, sind kleiner geworden. Die Gefahreinschätzung Russlands – über die Ukraine hinaus – ist heute weitgehend konsensfähig, mit Ungarn als Ausnahme. Die Sanktionspolitik setzte bereits einen Tag vor dem Angriff ein und wurde in zahlreichen Sanktionspaketen, inzwischen neunzehn, trotz Widerständen gemeinsam beschlossen. Regionale Unterschiede in der Bedrohungswahrnehmung – die sieht man im Baltikum anders als an der Algarve – bestehen zwar, lähmen die EU aber nicht. Auch bei der militärischen und finanziellen Unterstützung der Ukraine bestand bisher ein breiter Konsens. Auch traf die EU recht

schnell im Jahr 2022 die Entscheidung, eine Mitgliedschaftsperspektive für die Ukraine zu eröffnen, hinsichtlich derer es zuvor erhebliche Bedenken gab. Gleichzeitig bleibt klar, dass EU-Mitgliedstaaten die zentrale Aufgabe kollektiver Verteidigung weiterhin der NATO zuschreiben. Solange die US-Präsenz und -Garantie als verlässlich gelten, wird sich das nicht ändern.

Sie beziehen die gestiegene Geschlossenheit der EU hinsichtlich der GSVP auf den Kontext der Ukraine. Beobachten wir aber auch über den geopolitischen Fokus auf Osteuropa eine zunehmende Annäherung in der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU – die Welt ist ja schließlich noch größer?

Joachim Schild: Die Bedrohung durch Russland und die Kriegserfahrungen in der Ukraine haben bisher nichts daran geändert, dass die GSVP intergouvernemental organisiert wird. Auch die Arbeitsteilung zwischen EU und NATO ist gleichgeblieben. Neu ist jedoch der Aufbau finanzieller Instrumente für die GSVP, etwa Anreize für Rüstungskoooperation, die weit über den Bezug auf Osteuropa hinausreichen. Im Mai wurde z.B. das Programm „SAFE“ (Security Action for Europe) verabschiedet, das bis zu 150 Milliarden Euro an Darlehen für gemeinsame Rüstungsbeschaffung und Kapazitätsaufbau bereitstellt. Wie stark dieses, durch Schulden finanzierte und über

den Haushalt abgesicherte Instrument genutzt wird, wird sich zeigen. Diese europäischen Finanztöpfe stärken die Verteidigungsfähigkeit über den aktuellen Konflikt hinaus.



Europa hält zusammen (KI-generiert mit OpenAI. Version GPT-4o mit DALL-E 3)

Das bedeutet, es gibt (noch) keine Bereitschaft für eine supranationale [d.h. überstaatlich, mit bindenden Entscheidungen gegenüber den Mitgliedstaaten; A.d.R.] GSVP, die z.B. auch eine Europäische Armee beinhalten könnte?

Joachim Schild: Nein, die gibt es nicht. Diese Diskussion ist im Grunde nicht geführt worden. Die Rolle der EU ist es, die Kooperation zwischen Mitgliedstaaten und die Verteidigungsproduktion zu stärken und unabhängiger von Rüstungslieferungen, vor allem aus den USA, zu werden. Bei gemeinsamen Beschaffungen, die mit EU-Mitteln gefördert werden, dürfen maximal 35 % für Käufe bei Herstellern aus Nicht-EU-Staaten genutzt werden. Im Kernbereich der militärischen Zusammenarbeit bleibt es jedoch bei einem rein intergouvernementalen Ansatz.

Wie ist zu erklären, dass selbst bei einer handfesten Bedrohungslage, die Mitgliedstaaten trotzdem eine weitere Europäische Integration, also institutionelle und inhaltliche Vergemeinschaftung, nicht vorantreiben wollen? Wann wenn nicht unter diesen Umständen, ist es Zeit enger zusammenzuarbeiten?

Joachim Schild: In der Literatur wurde das diskutiert. Ein realistisches [d.h. macht- und sicherheitsorientiertes; A.d.R.] Argument war, dass eine gemeinsame Wahrnehmung einer existenziellen Bedrohung der EU nötig wäre, um supranationale Integration voranzutreiben. Spanien, Portugal und andere südeuropäische Länder sehen sich derzeit nicht existenziell durch Russland bedroht. Entscheidend ist zudem, für wie verlässlich der NATO-Rahmen gehalten wird. Eine Kombination aus existenzieller Bedrohung und einem erkennbaren Ende der amerikanischen Sicherheitsgarantie wären die Faktoren, die eine stärkere Verteidigungsintegration denkbar machten. Als Ursula von der Leyen kürzlich eine europäischere Verteidigungsplanung bei Luftverteidigung und Drohnenabwehr initiieren wollte, kamen sofort Widerstände der Mitgliedstaaten: Verteidigungsplanung sei NATO-Sache. Dieser mögliche Integrationsschritt wurde damit nicht vollzogen; die Grenze wurde klar markiert.

Ein Blick in das Innenleben der EU ließe vermuten, dass die EU doch noch enger zusammenwachsen könnte: Die Konferenz zur Zukunft Europas, die unter breiter Bürgerbeteiligung den Anstoß für einen europäischen Konvent, also ein Vertragsveränderungsprozess, gegeben hat und darüber hinaus viele konstruktive Vorschläge für weitere Kooperationen und Vergemeinschaftungen gemacht hat, ist im Ergebnis versandet. Der Europäische Rat ist der Aufforderung, einen Konvent einzuleiten nicht nachgekommen. Warum nicht?

Joachim Schild: Die französische Ratspräsidentschaft hat diese Diskussion vorangetrieben, auch als politische Einzahlung auf ihr eigenes Konto. Realistisch besteht aber bei vielen Staaten kein Interesse an Verfassungs- oder Vertragsreformen, weil sie keine tiefere Integration wollen. Vor allem im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik wollen sie ihr Vetorecht behalten; Akteure wie Orban in Ungarn oder Fico in der Slowakei werden es nicht aufgeben, auch weil sie es als Druckmittel in politischen Diskussionen und Verhandlungen nutzen können. Selbst integrationsfreundlichere Staaten haben wenig Appetit auf Vertragsverhandlungen mit möglicher Ratifizierungskrise und einer erneuten EU-Krise. Die schwierigen Ratifizierungsprozesse früherer Reformen wirken da abschreckend.

Bedeutet das nüchtern betrachtet, dass seit dem Vertrag von 2007 keine weiteren integrationsvertiefenden Vertragsänderungen erfolgt sind und der Integrationsprozess damit faktisch stagniert?

Joachim Schild: Nein, die Vertiefung europäischer Integration braucht nicht immer

eine Vertragsänderung. Integrationschritte können auf verschiedene Weisen erfolgen. Vertragliche Zuständigkeitsverschiebungen würden Reformen erfordern, aber der Aufbau gemeinsamer Kapazitäten – etwa finanzielle Instrumente in der Ukraine-Krise oder gemeinsame militärische Fähigkeiten – sind auch Integrationschritte. Gleiches gilt für neue oder gestärkte Institutionen im Bereich Cybersicherheit und Cyberabwehr. Diese Schritte sind bescheiden, aber real. Auch die Aufweichung des Stabilitäts- und Wachstumspakts, um nationale Verteidigungsinvestitionen zu ermöglichen, ist eine europäische Initiative zur Stärkung nationaler Fähigkeiten. Die Zusammenarbeit in der EU und integrative Schritte benötigen daher nicht unbedingt eine formal vertragliche Veränderung.

Das heißt, während strukturelle Integration über Vertragsänderungen kaum vorankommt, nimmt die inhaltliche und institutionelle Kooperation zu. Gleichzeitig wächst europaweit rechtspopulistische Skepsis gegenüber weiterer Integration, teils bis hin zu Austritts- oder Rückabwicklungsforderungen. Ist angesichts einer möglichen weiteren Erstarkung rechtspopulistischer Parteien eher ein Abbau europäischer Integration zu erwarten, oder würden selbst diese Akteure am Status quo festhalten?

Joachim Schild: Es kommt darauf an, welche Rechtspopulisten wo regieren. Ausbau von Integration und Desintegration schließen sich nicht aus; Eurozonen- und Migrationskrise zeigen diese Parallelität: Schritte zu stärkerer supranationalisierter Governance in der Eurokrise einerseits, wieder eingeführte Grenzkontrollen im Schengen-Raum

als desintegrative Entwicklung andererseits. Mit Akteuren wie Orban oder Fico kann die EU durchaus weiter bestehen, ohne zu zerfallen. Würden jedoch Jordan Bardella oder Marine Le Pen vom Rassemblement National in Frankreich Regierungsverantwortung übernehmen, könnte von dort aus eine erhebliche Desintegration vorangetrieben werden.

Wäre bei Rechtspopulisten oder Rechtsextremen eher ein Umbau der EU nach ihren Interessen zu erwarten oder ein kompletter Rückbau der EU? Läge die Auflösung der EU tatsächlich in ihrem Interesse?

Joachim Schild: Viele Rechtspopulisten und Rechtsextreme wissen, dass ein Austritt oder die Zerstörung der EU innenpolitisch wahrscheinlich keine mehrheitliche Unterstützung bekäme. In vielen Ländern gibt es trotz erheblicher Kritik an der EU keine ernstesten Bestrebungen auszutreten. Daher setzen Rechtsaußenparteien auf eine massive Veränderung der EU von innen – seit Jahren die Linie Orbans und anderer. Das führt zu Blockaden und verhindert Weiterentwicklung. Gleichzeitig droht die Verzahnung der nationalen und europäischen Ebene schlechter zu werden: In Frankreich wären zentrale Programmpunkte des Rassemblement National europarechtlich nicht umsetzbar. Möglich wäre daher, dass ein wichtiger Mitgliedstaat Europarecht in bestimmten Bereichen ignoriert und abwartet, bis Fälle vor dem Europäischen Gerichtshof landen. Das würde erheblichen Sand ins Getriebe der EU bringen – wie bereits in den Rechtsstaatskonflikten mit Po-

len und Ungarn, wo die Reaktionsmöglichkeiten der EU schwierig und langwierig waren.

Ist es denkbar, dass bei mangelnder Geschlossenheit verstärkt „Koalitionen der Willigen“ entstehen und sich fragmentierte Kooperationsformate bilden, in denen nur die jeweils handlungsbereiten Staaten weiter vorangehen?

Joachim Schild: Ja, das sieht man bereits. Frankreich, Deutschland, teils Italien und Großbritannien arbeiten in der Ukrainediplomatie eng und regelmäßig zusammen. Die Programme zur gemeinsamen Rüstungsbeschaffung sind ausdrücklich für Partner außerhalb der EU – etwa Großbritannien, die Ukraine oder EFTA-Staaten – geöffnet. Ein flexibler Umgang mit internen Blockaden durch Gruppenbildung wird an Bedeutung gewinnen. Wo vertragsrechtlich kaum Integrationsschritte möglich sind, entstehen Umgehungsformen wie die außerhalb des EU-Haushalts geschaffene Europäische Friedensfazilität. Auch Ungarns Vetos wurden in mehreren Fällen umschifft. Solche Gruppenbildungen und Koalitionen der Willigen sind zu erwarten und sinnvoll, wenn die Alternative Stillstand wäre.

Wenn es also durchaus eine Reihe von Kooperationsformaten gibt, kann man vorsichtig optimistisch in die Zukunft der EU blicken?

Joachim Schild: Die Handlungsfähigkeit in der außen- und sicherheitspolitisch stark intergouvernementalen EU kann durch flexible Formate gewahrt und ausgebaut werden. Was sich auf europäischer Ebene durchsetzen lässt, sollte im Unionsverbund erfolgen; anderes funktioniert dort nicht.

Krisendiplomatie etwa wird nicht von Kaja Kallas im Namen aller Mitgliedstaaten betrieben werden können, sondern bleibt Sache mitgliedstaatlicher Führung und Kooperation, während gemeinschaftliche Instrumente in anderen Bereichen ausbaufähig sind. Mit zusätzlichen Erweiterungen – Westbalkan, langfristig Ukraine und Moldau – werden solche Gruppenbildungen zunehmen, weil die innere Kohäsion der EU mit jeder Erweiterung tendenziell sinkt.

Das klingt – sehr typisch wissenschaftlich - differenziert.

Joachim Schild: Die Zukunft ist nun mal offen.

Herr Schild, wir danken Ihnen für das Gespräch.

Das Interview führten *Marius Minas* und *Oliver Drewes* am 18. November 2025.

Marius Minas, M.Ed.

(Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Professur für Westliche Regierungssysteme - Das politische System Deutschlands)

DOI: <https://doi.org/10.25353/ubtr-ca26-2eab-6aa9>

Wie hältst du's mit der Demokratie? Befunde über die Mitte der Gesellschaft (hinaus)

Demokratien brauchen Demokraten. So trivial dieser Satz zunächst erscheinen mag, so sehr erscheint es im Lichte gegenwärtiger gesellschaftlicher Entwicklungen keineswegs mehr selbstverständlich, dass die Demokratie dauerhaft auf eine hinreichend große Zahl an soliden Demokratinnen und Demokraten bauen kann. Empirische Befunde aus verschiedenen Demokratie-Monitoren – etwa für Rheinland-Pfalz, Saarland, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Thüringen und Deutschland – sowie aus weiteren Einstellungsstudien wie der Leipziger Autoritarismus-Studie oder der Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung formulieren einen kritischen Befund: Antidemokratisches Denken gewinnt in weiten Teilen der Bevölkerung an Boden.

Dabei äußert sich dieses Denken heute nur selten als offene Ablehnung der Demokratie. Diese genießt weiterhin breite Zustimmung, und autoritäre Alternativen werden klar abgelehnt. Bedenklicher sind hingegen Einstellungen, die nicht die Demokratie als solche, sondern ihre konstitutiven, aber nicht immer unmittelbar präsenten Prinzipien infrage stellen: Pluralismus, politischer Wettbewerb, politische Teilhabe, Mitbestimmung oder Vertrauen in staatliche Institutionen. Solche subtileren Formen

der Abkehr von demokratischen Prinzipien sind weitaus verbreiteter, als man gemeinhin annimmt. Diese Diagnose gilt auch für die sogenannte „Mitte“, die gemeinhin als Stabilitätsanker demokratischer Gesellschaften gilt. Wie normativer Anspruch und empirische Wirklichkeit diesbezüglich auseinanderklaffen und welche Folgen das für die Demokratie haben kann, soll in diesem Beitrag untersucht und diskutiert werden.

Konzepte der Politischen Kultur- und Einstellungsforschung

Die politische Kulturforschung formuliert die Grundannahme, dass ein politisches System dann stabil ist, wenn politische Struktur und politische Kultur zueinander passen. Was bedeutet das? Politische Kultur umfasst „die Ziele und Regeln, die als allgemein anerkannte Prinzipien das Verhalten der in einer politischen Gemeinschaft lebenden Menschen steuern.“¹ Die politische Kulturforschung untersucht dazu klassischerweise, wie sich die Bevölkerung gegenüber politischen ‚Objekten‘ verhält, also hinsichtlich staatlichen Institutionen und Akteuren (z. B. Regierungen, Parlamente, Gerichte), politischen Prozessen (z. B. Wahlen, Entscheidungsverfahren), Sym-

¹ Gabriel, Oscar (2009): Politische Kultur. In: Kaina, Viktoria und Römmele, Andrea [Hrsg.]: Politische Soziologie. Ein Studienbuch. Wiesbaden: VS Verlag. S. 21.

bolen (z. B. Flaggen) sowie gesellschaftlichen Aspekten wie das soziale und politische Miteinander oder Zugehörigkeitsgefühle. Politische Einstellungen wiederum sind „nicht unmittelbar beobachtbare Neigung[en] von Individuen, auf konkrete Objekte kognitiv, gefühlsmäßig oder wertend zu reagieren“.²

Durch die Zusammenfassung individueller Einstellungen ergibt sich die politische Kultur des Kollektivs. Diese umfasst vor allem diejenigen Einstellungen, die den Mitgliedern einer Gemeinschaft gemeinsam sind. Sie bringen die integrierende Funktion der politischen Kultur zum Ausdruck und machen die Identität der politischen Gemeinschaft aus.³

Teil der politischen Kultur demokratischer Systeme und essenziell für ihre Stabilität ist die Legitimitätsüberzeugung der Bevölkerung, also die „Anerkennung der Herrschaftsordnung als rechtmäßig und verbindlich“⁴. Das bedeutet, dass ein politisches System nur dann stabil bleibt, wenn es von seinen Bürgerinnen und Bürgern *unterstützt* wird⁵, politische Struktur und Kultur demnach, wie eingangs beschrieben, zusammenpassen. Zwischen Gesellschaft und Politik besteht dabei ein Wechselspiel: Die Bevölkerung formuliert *Inputs* in Form von Forderungen und Zustimmung, das System reagiert darauf mit *Outputs*: Entscheidungen, Gesetzen und anderen Maßnahmen, zu denen sich die Bevölkerung wiederum verhalten und mit neuen Inputs reagieren kann. Stimmen Leistung und Erwartungen in einem responsiven Verhältnis überein, entsteht Vertrauen in das politische System; kommt es zu Enttäuschungen,

kann dieses bröckeln. Legitimität bedeutet in diesem Sinne, dass Menschen das politische System und seine Institutionen in ihrer Gesamtheit – nicht unbedingt jede einzelne politisch inhaltliche Entscheidung – als moralisch gerechtfertigt und mit ihren eigenen Wertvorstellungen vereinbar empfinden. Dabei lässt sich zwischen *spezifischer* und *diffuser* Unterstützung unterscheiden.

Spezifische Unterstützung bezieht sich auf konkrete politische Leistungen sowie die handelnden Akteure im politischen Tagesgeschäft und ist daher kurzfristig und schwankend zu verstehen.

Diffuse Unterstützung beruht auf tiefem, allgemeinem Vertrauen in politische Prozesse sowie Institutionen und schafft langfristige Stabilität. Sie ist dabei weniger anfällig für Schwankungen und wirkt wie ein Stabilitätsanker in Krisenzeiten.

Beide Formen sind eng miteinander verknüpft: Viele positive Erfahrungen mit der alltäglichen Politik können spezifische Zustimmung in dauerhaftes Vertrauen überführen. Ein Vorrat an diffuser Unterstützung trägt dazu bei, Krisen zu überstehen, ohne dass die Legitimität des Systems grundsätzlich infrage gestellt wird. Umgekehrt kann jedoch auch anhaltende Unzufriedenheit allmählich von der konkreten Kritik an Akteuren auf das Vertrauen in das System als Ganzes übergreifen. Ist dieser Punkt erreicht, erodiert die Legitimität und die Demokratie gerät ins Wanken.

² Ebd. S. 22.

³ Ebd. S. 22.

⁴ Braun, Daniela und Schmitt, Hermann (2009): Politische Legitimität. In: Kaina, Viktoria und Römmele, Andrea [Hrsg.]: Politische Soziologie. Ein Studienbuch. Wiesbaden: VS Verlag. S. 53.

⁵ Easton, David (1965): A Systems Analysis of Political Life: New York: John Wiley and Sons; Easton, David (1975): A Re-Assessment of the Concept of Political Support, in: British Journal of Political Science 5, S. 435-457.

Als Träger diffuser Unterstützung und damit als Stabilitätsanker der Demokratie wird häufig die sogenannte „Mitte“ bezeichnet. Gemeint ist damit zunächst die *demokratische Mitte* – also „die Gesamtheit der Menschen, die demokratisch und nicht extremistisch orientiert sind und demokratische Werte (Rechtsstaatlichkeit, Menschen- und Minderheitenrechte, Meinungsfreiheit etc.) anerkennen“⁶ sowie darüber hinaus diese Überzeugungen als normatives Bollwerk demokratischer Gesinnung aktiver antidemokratischer Agitation entgegenstellen.

Die deutsche Demokratie hat in der Idee der Mitte ein sinnvolles Regulativ gefunden, das ihrer Natur als Konfliktgebilde entspricht. Demokratien wie die Bundesrepublik müssen ständig scheinbar oder tatsächlich unvereinbare Ziele und Interessen verschiedener Gruppen und Parteien in Einklang bringen, also Konflikte lösen. Es geht um Verteilungskonflikte, Rangordnungskonflikte, Identitätskonflikte und vieles mehr. Die Aushandlung ist zentral für die Stabilisierung und Weiterentwicklung der Demokratie. Umso wichtiger ist es, jede Form des Extremismus abzuwehren [...]. Die Abgrenzung stärkt die Konfliktfähigkeit und Wehrhaftigkeit der Demokratie. Vereinbarungen und Kooperationen mit Extremist:innen, auch wenn sie verlockend erscheinen und der Extremismus sich harmlos gibt, schwächen die Demokratie und die Fähigkeit, Konflikte konstruktiv zu regulieren.⁷

Dahingehend ist es zur Konzeptualisierung von „Mitte“ sinnvoll, eine engere, politisch-programmatische Perspektive zu ergänzen:

die Vorstellung einer *politischen Mitte*. Diese bezieht sich auf Personen, die sich inhaltlich moderat, pragmatisch und konsensorientiert positionieren. Sie stellt somit eine zusätzliche Eingrenzung innerhalb der demokratischen Mitte dar, indem sie deren Verortung im politischen Spektrum genauer bestimmt.

Das Konstrukt „Mitte“ beschreibt damit den Bevölkerungsanteil, der demokratische Werte stützen, verteidigen und zugleich zwischen unterschiedlichen politischen Positionen moderieren soll. Dabei kanalisiert sie Konflikte auf pragmatische Weise und trägt somit maßgeblich zur stabilisierenden Konsensorientierung bei. Während dies den normativen Anspruch an die Mitte umreißt, rückt nun die Frage in den Blick, wie sich ihre empirische Verfasstheit darstellt.

Einstellungsverhalten zur Demokratie: Erkenntnisse aus Rheinland-Pfalz

Am Beispiel von Rheinland-Pfalz lässt sich fallspezifisch zeigen, wie es um das demokratische Selbstverständnis der Mitte bestellt ist. Im Zuge des Rheinland-Pfalz-Mo-

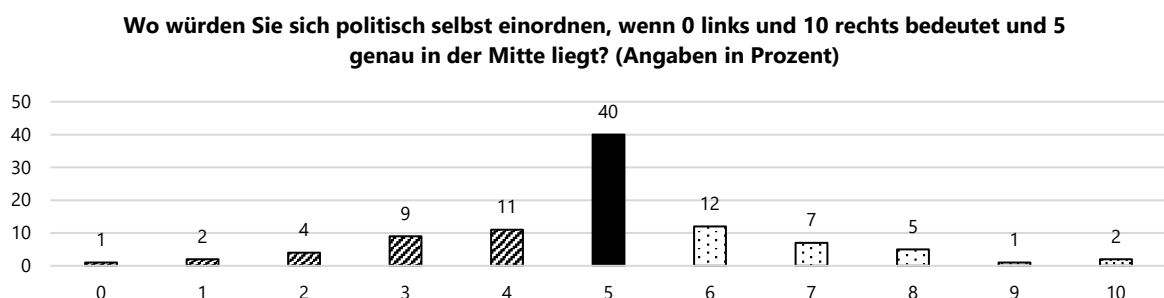


Abbildung 1: Politische Selbstverortung der Rheinland-Pfälzerinnen und -Pfälzer. Eigene Darstellung auf Basis der Daten des Rheinland-Pfalz-Monitors 2025/26.

⁶ Zick, Andreas (2025): Demokratie am Kipppunkt – Verschiebungen in der Mitte und die Normalisierung des Rechtsextremismus – eine Hinführung zur Mitte-Studie 2024/25, in: Zick, Andreas; Küpper, Beate; Mokros, Nico und Eden, Marco: Die angespannte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2024/25. Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Franziska Schröter. Bonn: Dietz. S. 24.

⁷ Ebd. S. 21.

nitors, einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung zu politischen und gesellschaftlichen Einstellungen im Bundesland⁸, ordnen sich 40 Prozent der Landesbevölkerung eindeutig der Mitte zu (siehe Abb. 1). 27 Prozent geben an, sich links zu orientieren, ebenfalls 27 Prozent rechts.⁹

Wie eingangs bereits erwähnt, erfreut sich das Bekenntnis zur Demokratie sowie die Ablehnung gegenüber einer Diktatur breiter Zustimmung in Rheinland-Pfalz (siehe Abb. 2 oben).¹⁰ Der differenzierte Blick entlang des politischen Spektrums

(siehe Abb. 2 unten) zeigt, dass 17 Prozent derjenigen, die sich rechts der Mitte einordnen, die Diktatur nicht pauschal ablehnen, der Aussage also eher bis überhaupt nicht zustimmen (Mitte: 6,6 Prozent; Links: 5 Prozent). Ein Zehntel derjenigen rechts der Mitte finden zudem, dass die Demokratie nicht unbedingt das System ist, das am besten zu unserer Gesellschaft passt. In der Mitte sehen das knapp 8 Prozent so, links der Mitte etwa 4 Prozent.

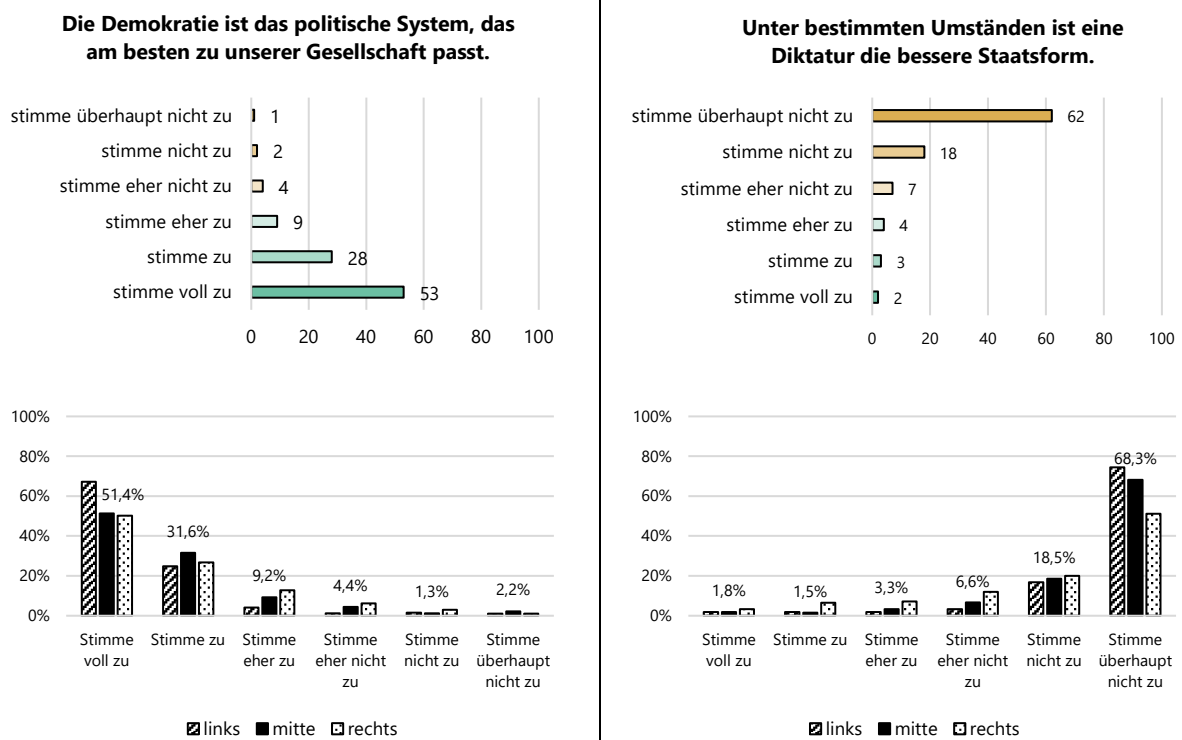


Abbildung 2: Demokratische Bekenntnisse der Rheinland-Pfälzerinnen und - Pfälzer. Eigene Darstellung auf Basis der Daten des Rheinland-Pfalz-Monitors 2025/26. Explizit aufgeführt sind im unteren Bildteil die Werte der Mitte-Kategorie.

⁸ Der Rheinland-Pfalz-Monitor ist eine regelmäßig durchgeführte, repräsentative Umfrage zur politischen Kultur in Rheinland-Pfalz. Er untersucht Wahrnehmungen und Einstellungen der wahlberechtigten Bevölkerung zu politischen und gesellschaftlichen Themen. Der rheinland-pfälzische Landtag fördert das Projekt, das vom Trierer Institut für Demokratie- und Parteienforschung durchgeführt wird. Bisher gab es zwei Wellen (2023/24 und aktuell 2025/26); in der laufenden Erhebung 2025/26 wurden 1417 Menschen befragt.

⁹ Die Mitte wird hier bewusst eng als der Skalenwert 5 definiert, da sich diese Personen ausdrücklich keiner politischen Richtung zuordnen; dabei wird keineswegs unterstellt, dass Werte links oder rechts davon (automatisch) anti-demokratisch seien, doch erlaubt diese Eingrenzung, den selbstverorteten Kern der Mitte von jenen zu unterscheiden, die sich bewusst politisch positionieren. Die fehlenden Werte beziehen sich auf die Angaben „keine Angabe“ und „weiß nicht“.

¹⁰ Die fehlenden Werte beziehen sich auf die Angaben „keine Angabe“ und „weiß nicht“.

Die Daten legen nahe, dass Personen rechts der Mitte tendenziell eine höhere Affinität zu offen antidemokratischen Einstellungen aufweisen als Menschen, die sich mittig oder links verorten, auch wenn sich über alle Gruppen hinweg eine eindeutige Mehrheit ausdrücklich zur Demokratie bekennt und autoritäre Alternativen ablehnt. Zugleich wirkt es bemerkenswert, dass selbst in der Mitte fast jede/r Zehnte die Demokratie als solche infrage stellt, obwohl hier aus normativer Sicht eine (nahezu) vollständige Zustimmung zu erwarten wäre.

Zudem ist zu berücksichtigen, dass die offene Ablehnung demokratischer Prinzipien einen erheblichen Normverstoß darstellt, der nicht nur durch soziale Erwünschtheit, sondern auch durch eigene kognitive Barrieren begrenzt ist: Es ist durchaus naheliegend, dass viele Befragte sich selbst ein solches antidemokratisches Selbstverständnis nicht eingestehen können oder wollen; ebenso ist denkbar, dass viele überhaupt nicht in normativen Kategorien eines demokratischen Ethos denken. Um valide Aussagen über potentiell latente antidemokratische Dispositionen zu treffen, ist daher eine subtilere Erfassung entsprechender Einstellungen erforderlich. Deshalb wurden im Rheinland-Pfalz-Monitor Fragen zum folgenden Wertegerüst gestellt, die fundamentale Prinzipien der Demokratie, wie Meinungsvielfalt, Gewaltlosigkeit, Partizipationsrechte und Vertrauen in den Staat, kurzum, diffuse Unterstützung des politischen Regimes erfassen.

Tabelle 1: Untersuchtes „Demokratisches Wertekorsett“

<p>Vordergründige (anti)-demokratische Einstellungen</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Die Demokratie ist das politische System, das am besten zu unserer Gesellschaft passt. - Unter bestimmten Umständen ist eine Diktatur die bessere Staatsform.
<p>Subtile(re) (anti)demokratische Einstellungen</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Wenn die Politik für gesicherte Lebensverhältnisse sorgt, könnte ich auf Teile meiner demokratischen Mitbestimmungsrechte verzichten. - In Deutschland reichen Reformen für Verbesserungen nicht mehr aus, gebraucht wird ein revolutionärer Umbau. - Der Staat ist ein Instrument zur Unterdrückung der Bevölkerung. - Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die den Willen des Volkes insgesamt verkörpert. - Ich bin dazu bereit, für meine politische Überzeugung Gewalt anzuwenden. - Politische Entscheidungen sollten von einer starken Führungspersönlichkeit getroffen werden, die keine Rücksicht auf das Parlament nehmen muss.

Ein Blick darauf, wie viele Personen keine bis hin zu alle acht der untersuchten antidemokratischen Tendenzen teilen¹¹ (Abb. 3), führt zu einem Befund, der nachdenklich stimmt: Gemessen an der Gesamtbevölkerung äußern lediglich 38 Prozent keine einzige antidemokratische Einstellung. Anders ausgedrückt: 62 Prozent stimmen mindestens einer der abgefragten antidemokratischen Aussagen zu.

¹¹ Eine Einstellung teilen bzw. nicht teilen, bedeutet hier, dass ihr eher bis voll zugestimmt wird bzw. ihr eher nicht bis überhaupt nicht zugestimmt wird.

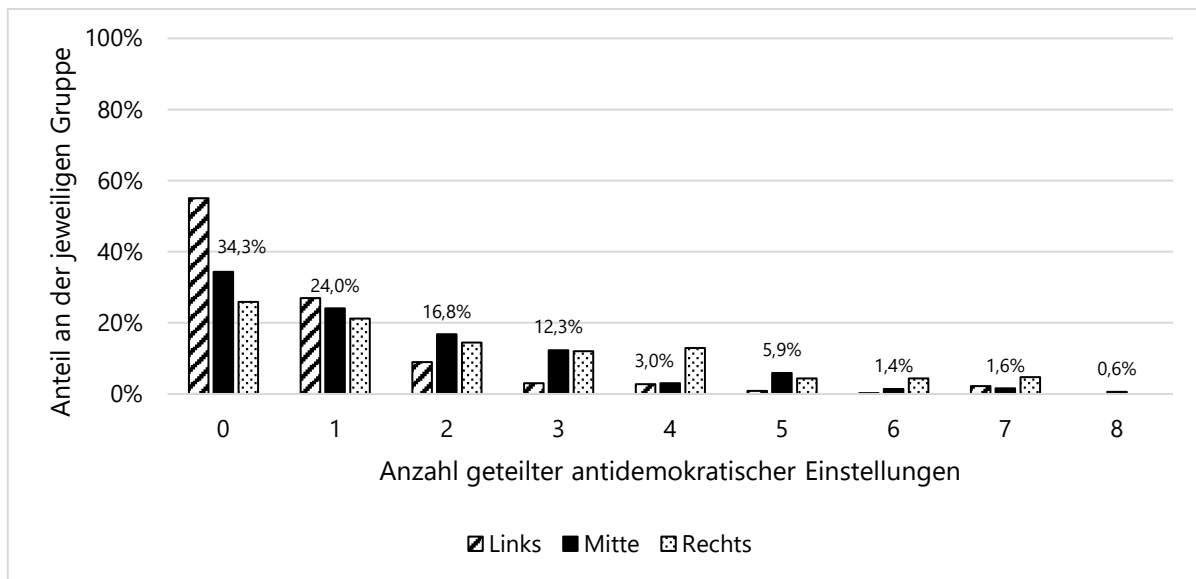


Abbildung 3: Anzahl antidemokratischer Einstellungen. Eigene Darstellung auf Basis der Daten des Rheinland-Pfalz-Monitors 2025/26. Explizit aufgeführt sind die Werte der Mitte-Kategorie

Wie Abbildung 3 im Detail zeigt, setzen sich auch hier die bereits zuvor beobachteten Trends fort: Während Linke gemessen an den dargelegten Kriterien am demokratischsten eingestellt sind, fallen die Werte in der Mitte und noch deutlicher rechts davon ab: 55 Prozent der Linken teilen keine einzige antidemokratische Äußerung, in der Mitte sind es lediglich noch ein gutes Drittel, unter den Rechten 26 Prozent. Bei einer einzigen geteilten Äußerung liegt ebenfalls die selbsternannte Linke vor der Mitte und den Rechten, danach wechselt das Verhältnis: bei zwei oder mehr geteilten antidemokratischen Einstellungen finden sich prozentual mehr mittige und rechte Personen als Linke.

Eng verknüpft mit der erodierenden diffusen Unterstützung des demokratischen Regimes ist eine gewissermaßen zwischen diffuser und spezifischer Zustimmung gelagerte Bewertungsebene, die sich in der „Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie“ zeigt (Abb. 4). Die Zufriedenheit liegt insgesamt bei 63 Prozent; unter

den sich links verortenden Befragten erreicht sie 81 Prozent, in der Mitte lediglich 64 Prozent und auf der rechten Seite 51 Prozent. Auch hier zeichnet sich demnach der bereits dargelegte Trend ab.

Fasst man die dargelegten Ergebnisse des Rheinland-Pfalz-Monitors zusammen, ergibt sich folgendes Bild: Während die (Selbst-)Zuordnung der Befragten entlang des politischen Spektrums (siehe Abb. 1) weiterhin eine Normalverteilung aufweist, sich also die große Mehrheit in oder nahe der Mitte positioniert und die Zuordnung zu beiden Rändern hin abnimmt, zeigt sich hinsichtlich der Zustimmung zum demokratischen Wertekorsett (diffuse Unterstützung; siehe Abb. 2 & 3) und der etwas spezifischeren Zufriedenheit mit dem aktuellen Funktionieren der Demokratie (siehe Abb. 4) eine Linkslastigkeit.

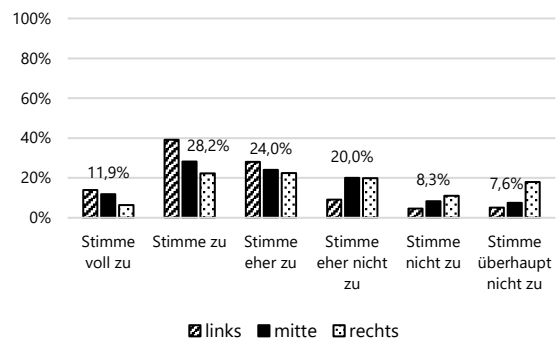
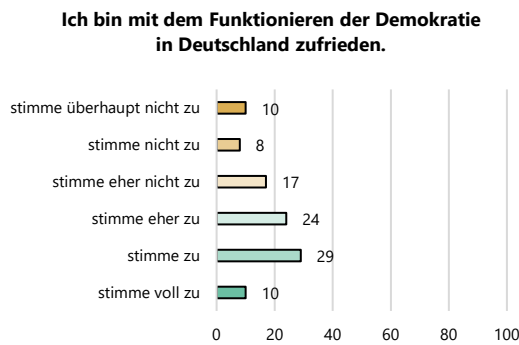


Abbildung 4: Spezifische Unterstützung: Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie. Eigene Darstellung auf Basis der Daten des Rheinland-Pfalz-Monitors 2025/26. Explizit aufgeführt sind im rechten Bildteil die Werte der Mitte-Kategorie.

Schlussbetrachtung

Zuallererst lässt sich festhalten: Die große Mehrheit in Rheinland-Pfalz und auch in allen politischen Lagern hält die Demokratie für das beste und für unsere Gesellschaft passendste politische System und lehnt dahingehend diktatorische Alternativen ab. In der breiten Gesellschaft wird das Bekenntnis zur Demokratie wie eine Monstranz vorangetragen, die als normative Maxime die politische Kultur des Landes prägt.

Schaut man jedoch genauer hin, stellt sich die Frage, ob dieses Bekenntnis nicht zunehmend zu einem bloßen Symbol erstarrt und die normative Vorstellung einer breiten Mitte nicht mehr als eine utopische Illusion ist? Der Rekurs auf ‚Mitte‘ und ‚Demokratie‘ wirkt zunächst unverfänglich, weil er keine konkreten Verpflichtungen nach sich zu ziehen scheint. Jedoch zeigt sich im praktischen Vollzug, dass jene Elemente, die eine demokratische Ordnung erst tragen – die Anerkennung eines pluralistischen Meinungsspektrums (in Deutschland im Rahmen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung), die Bereitschaft zum langwierigen Aushandeln von Kompromissen sowie eine ausgeprägte Konsen-

sorientierung – in der Realität deutlich weniger Anklang finden als das formelhafte Bekenntnis zur Demokratie selbst. Damit stellt sich die Frage, ob jene Personen, die sich zur Demokratie bekennen, ihre grundlegenden Prinzipien jedoch nur begrenzt achten, als Wölfe im Schafspelz zu begreifen sind – also als solche, die entgegen ihrer nach außen hin erklärten Identifikation als Demokraten, demokratische Prinzipien substantiell infrage stellen – oder ob sie eher Schafe im Wolfspelz darstellen, die weniger die Prinzipien selbst verwerfen als vielmehr deren bestehende Praxis als reformbedürftig ansehen und ihren Unmut über bestehende Verhältnisse in antidemokratischen Einstellungen (vielleicht nicht immer ganz adäquat) kundtun.

Das spürbare Übergewicht an demokratischer Zufriedenheit und grundlegender Unterstützung im linken Spektrum kontrastiert zudem deutlich mit der verhaltenen Zustimmung in der politischen Mitte und im rechten Spektrum. Problematisch ist dies insofern, als gerade die breite demokratische Mitte das normative Wertegerüst moderner Demokratien zu tragen hätte. Damit gewinnt dieser empirische Befund an

Gewicht und wirft ein substantielles Problemfeld auf: Die „Mitte beansprucht aufgrund ihrer zahlenmäßigen Stärke und der ihr von sich selbst zugeschriebenen Überlegenheit die Definitionshoheit“¹² über zentrale Leitbegriffe politischer Kultur und damit auch über das Demokratieverständnis selbst. Wenn jedoch gerade in dieser Mitte diffuse Unterstützung erodiert und spezifischere Zufriedenheit nur vergleichsweise schwach ausgeprägt ist, deutet dies auf ein Missverhältnis zwischen normativem Anspruch und empirischer Realität hin, das für die Stabilität der Demokratie von erheblicher Bedeutung ist. Mit eben dieser Mitte sind jene Stabilitätsfaktoren verknüpft, die zwischen politischen Lagern

brückenschlagende Konsensorientierung und staatstragenden Pragmatismus ermöglichen. Demokratie verlangt die Bereitschaft, – auch bei unbequemen Themen – den politisch mitstreitenden Demokraten grundsätzlich in guter Absicht zu sehen und trotz Differenzen nach tragfähigen, pragmatischen Kompromissen zu suchen; das ist die normative Hoheit und der Stabilitätsanker der Mitte im Kontrast zu den politischen Rändern. Nur wenn diese Haltung tatsächlich von einem Großteil der Gesellschaft gelebt wird, kann die demokratische Kultur Bestand haben und ihre integrative Kraft entfalten.

¹² Zick, Andreas (2025): 24.

August

Bastian Dürr, M.A.

(Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Professur für Regierungslehre: Politik und Wirtschaft Chinas)

DOI: <https://doi.org/10.25353/ubtr-1aff-dfad-9f7d>

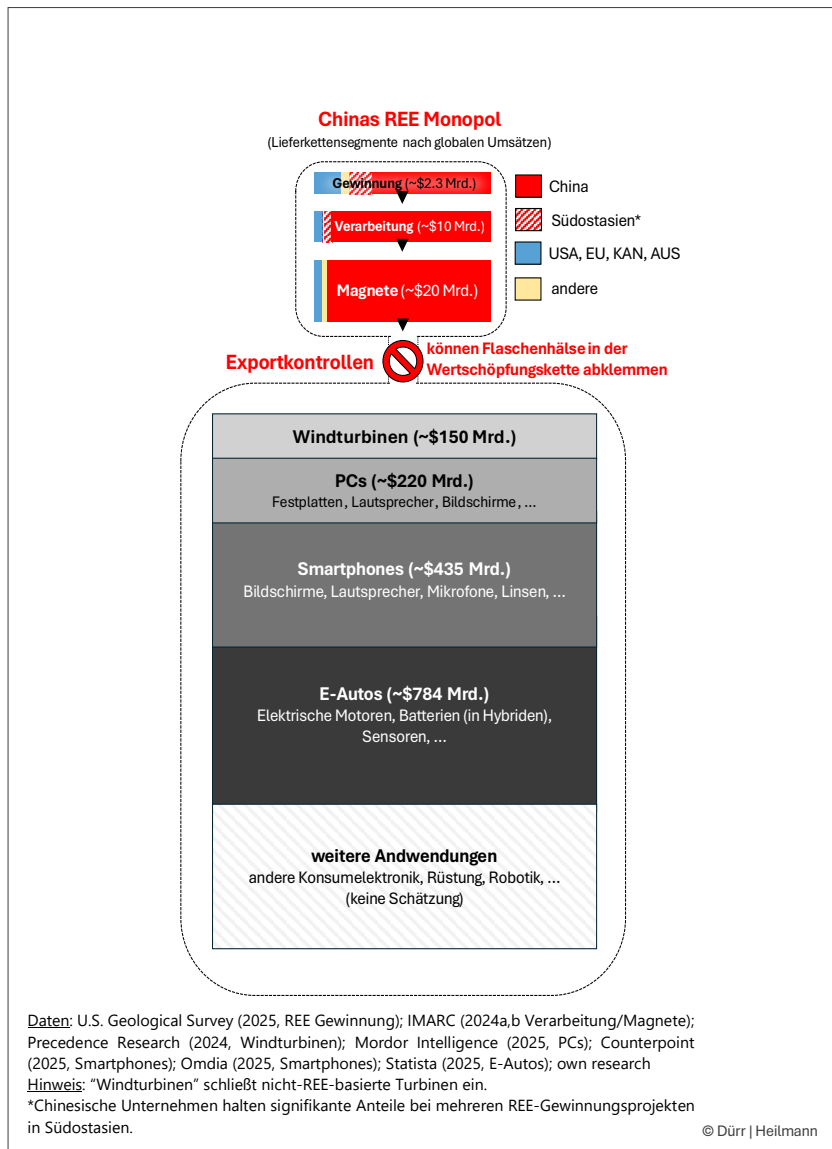
Peking spielt seine Seltene-Erden Trumpfkarte

Ende August verschärfte die chinesische Regierung Ausfuhrkontrollregeln für Seltene Erden – ein zunächst bürokratischer Akt, dessen volles Ausmaß erst zwei Monate später klar wurde. Im Wissen, dass weite Teile der amerikanischen Rüstungsindustrie vollständig von chinesischen Exporten der kritischen Rohstoffe abhängig sind, nutzte Peking das enorme Druckpotenzial eines Lieferstopps, um als klarer Sieger im Handelskrieg mit den USA hervorzugehen.

„Seltene Erden“ (*Rare Earth Elements*, REEs) sind ein Oberbegriff für eine Gruppe von 17 Elementen, die aufgrund ihres Magnetismus, ihrer elektrischen Leitfähigkeit und ihrer Lumineszenz unabdingbar für weite Teile der High-Tech Industrie sind. So kann ein handelsüblicher Neodym-Magnet das 200-fache seines Eigengewichts halten und das 40-fache verdrängen, was ihn zur essenziellen Komponente in Elektromotoren macht – verbaut in E-Autos, Windturbinen, Kampfjets und zahlreichen weiteren Hochtechnologieprodukten. Abseits der Magneten werden REEs für die Herstellung von Bildschirmen, Festplatten, Lautsprechern, Batterien und einer langen Liste weiterer Anwendungen gebraucht. Kurz gesagt: Seltene Erden sind essenzielle Bausteine der modernen Welt.

Warum dominiert China die Seltenen Erden?

Dass Peking den weltweiten Zugang zu diesen Bausteinen monopolartig dominiert, ist auf eine Kombination gezielter industriepolitischer Maßnahmen Chinas und strategischer Kurzsichtigkeit in westlichen Regierungs- und Wirtschaftskreisen zurückzuführen. Die industriepolitischen Gründe für Chinas Dominanz sind hierbei vergleichsweise einfach nachvollziehbar. Bereits mit Beginn der Reform und Öffnungspolitik im Jahr 1979 begann die chinesische Regierung den heimischen Bergbausektor systematisch zu unterstützen. Durch Produktionssubventionen, staatlich unterstützte Forschung und Entwicklung, direkte Finanzhilfen, laxe Umweltauflagen und protektionistische Maßnahmen gelang es der chinesischen REE-Industrie den Großteil der internationalen Konkurrenz bis Ende der 1990er Jahre aus dem Markt zu drängen. Unter dem Motto Deng Xiaopings, „der Nahe Osten hat Öl, China hat Seltene Erden“, schaffte sich Peking somit eine global dominante Rolle in einer der wichtigsten strategischen Industrien der Welt. Dabei ist es weniger der Abbau von Erzen, sondern vielmehr deren Verarbeitung und die Herstellung von Permanentmagneten, bei denen chinesische Exporte kurz- bis mittelfristig kaum zu ersetzen sind (siehe Abbildung 1).



Glauben an die Überlegenheit und Langlebigkeit einer liberalen Weltwirtschaftsordnung. Freie Märkte und wirtschaftlicher Austausch würden geopolitische und ideologische Gräben nicht nur überwinden, sondern diese gänzlich verschwinden lassen. „Wandel durch Handel“ würde China, Russland und andere autoritäre Systeme in die Gemeinschaft der liberalen Demokratien und Wirtschaftsmodelle führen. Folglich würde – wie es Francis Fukuyama bereits 1989 formulierte – das *Ende der Geschichte* eingeleitet: Demokratie und freie Marktwirtschaft würden sich als inhärent überlegenes und finales Stadium der menschlichen in-

Abbildung 1: Chinas REE-Monopol ist ein Flaschenhals der Moderne. Industrielle Anwendung seltener Erden nach Weltmarktgröße der Segmente (2024/2025)

Die Gründe für die strategische Kurzsichtigkeit westlicher Industrienationen, die sich über Jahrzehnte willfährig von Rohstoffimporten aus China abhängig gemacht haben, liegen hingegen deutlich tiefer. In erster Linie ist diese ein Symptom des Modus Operandi der Globalisierung nach dem Kalten Krieg. Die Tatsache, dass die marktwirtschaftlichen Modelle der USA und ihrer Verbündeten im Systemwettbewerb mit dem sowjetischen Kommunismus klar als Sieger hervorgingen, beflügelte sowohl inner- als auch außerhalb des Westens den

institutionellen Evolution global durchsetzen. Gegenseitige wirtschaftliche Abhängigkeiten wären demnach weniger eine Gefahr, sondern vielmehr eine Chance, zwischenstaatliche Konflikte zu verhindern und den Siegeszug des Liberalismus weiter voranzutreiben.

Angesichts dieser Verheißungen ist es wenig überraschend, dass die gravierenden Risiken der wirtschaftlichen Zusammenarbeit nach 1991 und bis in die späten 2010er Jahre von westlichen Regierungen und Unternehmen gerne ausgeblendet wurden. Die Anordnung globaler Lieferketten folgte meist strikt den Gesetzen der Ökonomie:

Arbeitsteilung, Effizienz und komparative Kostenvorteile bestimmten, wo Rohstoffe gefördert, verarbeitet und veredelt werden. Hochentwickelte Industriestaaten verlagerten den weniger profitablen und stark umweltbelastenden Bergbau weitgehend in die Entwicklungs- und Schwellenländer, während sie sich selbst auf die Veredelung und die Produktion margenstärkerer Erzeugnisse konzentrierten. Gleichzeitig wurden Handelsbarrieren mithilfe multilateraler Abkommen weiter abgebaut und die militärische Übermacht der NATO hielt geopolitische Konflikte im Zaum.

Dieses System der offenen Globalisierung funktionierte lange Jahre hervorragend – mit der deutschen Industrie als Paradebeispiel. Spätestens seit den multiplen geopolitischen Schocks der 2020er Jahre ist jedoch klar, dass es sich bei dieser Phase der Stabilität keineswegs um das Ende, sondern lediglich um eine *Pause der Geschichte* handelte. Verdeutlicht hat dies nicht nur Russlands Angriff auf die Ukraine, sondern insbesondere die unmissverständliche Abkehr der USA von den etablierten Regeln und Normen der internationalen Ordnung, die sie selbst geschaffen und über Jahrzehnte gestützt hatten. Diese „regelbasierte“ internationale Ordnung, und mit ihr das System der offenen Weltmärkte, wurde fälschlicherweise für einen permanenten Status quo gehalten, statt für das, was sie tatsächlich war: eine temporäre Unterdrückung geopolitischer Machtwettbewerbe, ermöglicht durch eine kurzlebige Phase US-geführter westlicher Hegemonie.

Die Pause ist nun vorbei. Geopolitische Rivalitäten – allen voran der Großmachtkonflikt zwischen den USA und China – bestimmen zunehmend, mit wem und unter

welchen Bedingungen gehandelt oder investiert werden darf. Die Instrumentalisierung der Seltenen Erden ist dabei ein besonders eindeutiges Beispiel, wie Regierungen ihre Kontrolle über Lieferketten gezielt zur staatlichen Machtprojektion nutzen. Für Peking sind sie mehr als nur ein Druckmittel von vielen. Sie geben der chinesischen Regierung Vetomacht über die globale Produktion moderner Technologien, von E-Autos und Smartphones bis hin zu Drohnen und Kampffjets. Seit China dieses Veto im Handelskrieg mit den USA offen ins Spiel brachte, steht es fortwährend als Drohkulisse im Raum – auch in Konflikten mit Europa.

Seltene Erden sind nur die Spitze des Rohstoff-Eisbergs

Obwohl sie den Großteil der medialen Aufmerksamkeit auf sich ziehen, sind Seltene Erden keineswegs die einzigen Rohstoffe, in denen China eine dominante Rolle auf den Weltmärkten einnimmt (siehe Abbildung 2). Neben Basis- und Leichtmetallen wie Aluminium und Magnesium sind es viele Nischen-Rohstoffe, die zwar häufig nur in geringen Mengen benötigt werden, dafür jedoch nicht oder kaum substituierbar sind. Chinesische Bergbaukonzerne haben sich in der Gewinnung und Verarbeitung dieser Bodenschätze ähnlich stark wie bei den Seltenen Erden etabliert: Vom Gallium, das in der Halbleiterindustrie gebraucht wird, über Graphit für die Batterieproduktion, bis hin zu Wolfram und Antimon, die für Munition und hitzebeständiges Militärgerät gebraucht werden – die Liste ließe sich noch lange weiterführen.

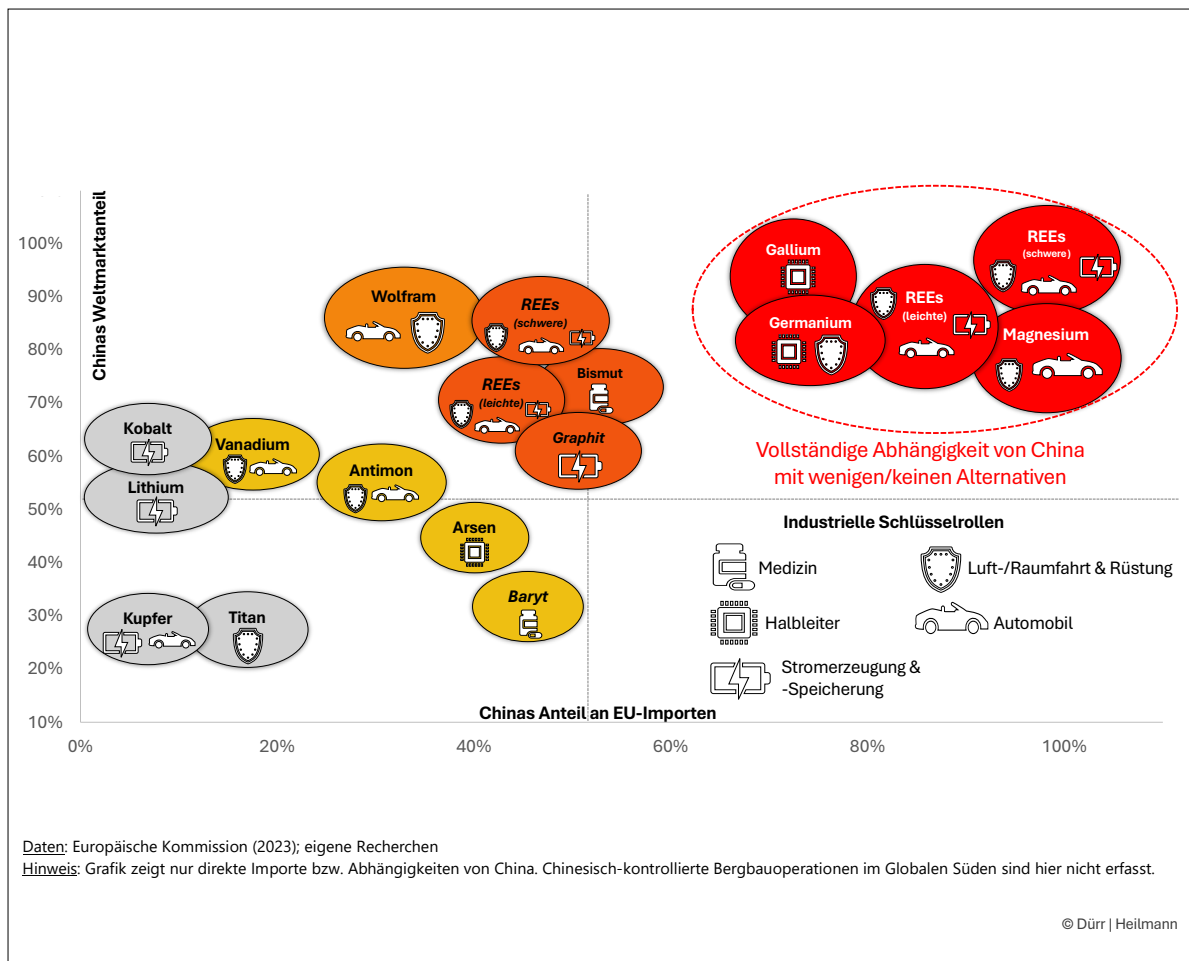


Abbildung 2: Europas Abhängigkeit von Rohstoffen aus China ist gravierend. Chinas Weltmarktanteil bei Gewinnung (kursiv) & Verarbeitung krit. Rohstoffe (2023)

Dabei geht die Abhängigkeit der westlichen Industriestaaten weit über direkte Importe aus der Volksrepublik hinaus. Über gezielte Auslandsinvestitionen hat China nicht nur die eigenen Bodenschätze erschlossen, sondern dominiert auch den Bergbausektor in den rohstoffreichen Ländern des Globalen Südens. Ob diese Länder im Konfliktfall zwischen China und der NATO noch an den Westen exportieren würden, ist fraglich. China ist längst zum wichtigsten Handelspartner und Kreditgeber für viele dieser Staaten geworden. Zudem ist die kritische Infrastruktur des Globalen Südens maßgeblich von chinesischen Technologie- und Bauunternehmen abhängig. Im

Ernstfall hätte Peking demnach eine Vielzahl an Druckmitteln, um extraterritoriale Rohstoff-Lieferstopps zu forcieren.

Maßnahmen gegen die Abhängigkeit: Warum es keine schnellen Lösungen gibt

Zurück zum unmittelbaren Konflikt um Seltene Erden: Im Oktober 2025 verkündete der US-Präsident triumphierend, dass das REE-Problem nun gelöst sei. Man habe mit China einen „Waffenstillstand“ vereinbart, der die Importe für ein Jahr sichert. Genügend Zeit, um eigene Lieferketten in Zusammenarbeit mit Australien und anderen Partnerländern aufzubauen. Schon in ein bis zwei Jahren habe man mehr Seltene Erden, als man damit anzufangen wüsste.

Diese Verkündungen sind mit Blick auf die zugrundeliegenden technischen, ökologischen und politischen Herausforderungen vollkommen illusionär.

Insbesondere die Verarbeitung von Seltenen Erden ist hochkomplex. Einzelne Elemente wie etwa Neodym oder Praseodym müssen in hunderten verschiedenen Schritten vom Erz extrahiert und bereinigt werden. Ein chemischer Prozess, den China über Jahrzehnte perfektioniert hat. Die enorme Umweltbelastung dieses Industriezweigs ist dabei ein Kernproblem. Die teils radioaktiven und hochgiftigen Abfallprodukte haben in der Inneren Mongolei – dem Zentrum der chinesischen REE Produktion – bereits ganze Landstriche, Flüsse und Grundwässer kontaminiert. Die chinesische REE-Industrie hat zwar mittlerweile weniger umweltschädliche Prozesse entwickelt, teilt das zugrundeliegende Know-How jedoch sicherlich nicht mit einer emporkommenden westlichen Konkurrenz. Neben den Umweltrisiken, die in protestwilligen und -fähigen westlichen Gesellschaften eine weitaus höhere Hürde als in China darstellen, kommt erschwerend hinzu, dass sowohl den USA als auch Europa nach 30 Jahren Offshoring die Expertise, die Infrastruktur und das Personal fehlt, um die notwendigen Produktionsketten und -Prozesse binnen nur zwei Jahren aufzubauen.

Auch das Recycling bietet derzeit wenig Abhilfe. Etablierte Methoden sind energie- und arbeitsintensiv und damit schwer skalierbar. Zudem birgt auch die Extraktion Seltener Erden aus alten Magneten und Elektronikprodukten erhebliche Belastungen für Mensch und Natur.

Angesichts dieser Herausforderungen ist mit einer weitgehenden Unabhängigkeit der USA von chinesischen Importen, wenn überhaupt, erst Anfang der 2030er Jahre zu rechnen – im Rüstungssektor möglicherweise früher, da dieser mithilfe von Rationierung und Bevorratung über Wasser gehalten werden könnte.

Für die EU liegt die REE-Autonomie in noch weiterer Ferne. Strenge Umweltauflagen, langwierige Genehmigungsprozesse, hohe Energiekosten, Personalmangel und fehlender Rückhalt in der Bevölkerung verlangsamen oder verunmöglichen entsprechende Projekte. Ein im Jahr 2024 in Kraft getretenes EU-Gesetz zu kritischen Rohstoffen hat hierbei zumindest bisher kaum für Verbesserung gesorgt. Nicht zuletzt, weil bestehende Finanzierungstöpfe zu gering ausfallen und das Problem von *not in my backyard*-Protesten ungelöst bleibt.

Fazit: Rohstoffexporte bleiben auf absehbare Zeit ein Ass im Ärmel Pekings

Auch wenn ein akuter Lieferstopp Seltener Erden zunächst abgewendet wurde: Das Risiko, dass Peking diese Trumpfkarte im Oktober nicht zum letzten Mal gespielt hat, ist äußerst hoch. In strategischer Kurzsichtigkeit, dem Streben nach Effizienz und der Annahme, die geopolitische Stabilität nach dem Kalten Krieg wäre ein Dauerzustand, haben sich die westlichen Industriestaaten in eine gefährliche Abhängigkeit manövriert.

Für die USA und ihre Verbündeten stellt diese Abhängigkeit nicht nur im Kontext von wirtschaftlichen Konflikten eine enorme Gefahr dar. Was dem Weißen Haus und dem Pentagon wahrscheinlich die größten Kopfschmerzen bereitet: Im

Kriegsfall könnte Peking seine Rivalen nicht nur von chinesischen Lieferketten abschneiden. Die chinesische Regierung könnte ihre wirtschaftliche Vormachtstellung im Globalen Süden gezielt nutzen, um Drittländer zum Exportstopp zu zwingen – notfalls unter Androhung von Sekundärsanktionen und anderen extraterritorialen Maßnahmen, wie sie Washington schon seit Jahrzehnten regelmäßig gegen Rivalen einsetzt. Ob Rohstoff-Nachschublinien für die westliche Kriegsproduktion – von Raketen und Drohnen bis hin zu Luftabwehrsystemen – in einem solchen Szenario aufrechterhalten werden könnten, ist fraglich.

September

Dr. Lasse Cronqvist

(Akademischer Oberrat an der Professur für Westliche Regierungssysteme - Das politische System der Bundesrepublik Deutschland)

DOI: <https://doi.org/10.25353/ubtr-3b84-f93c-caee>

Parlamentarische Monarchien: Unzeitgemäße Regierungsform oder Stabilitätsanker in wandelnden Gesellschaften?

Das öffentliche Leben im Großherzogtum Luxemburg war im Spätsommer 2025 von einer weit verbreiteten Vorfreude auf den Thronwechsel am 3. Oktober geprägt. Der seit dem Jahr 2000 amtierende Großherzog Henri hatte für die Öffentlichkeit überraschend im Rahmen der Feierlichkeiten zum Nationaltag am 23. Juni 2024 angekündigt, seinen Sohn Guillaume durch die Ernennung zum „Lieutenant-Représentant“ zu seinem Vertreter zu ernennen und somit mit weitgehenden Kompetenzen zu versehen. Im Dezember 2024 folgte dann die Erklärung durch Henri, dass er am 3. Oktober 2025 abdanken wird. Trotz einiger Kontroversen zur Stellung des Großherzogs in den vergangenen Jahren gab es nur sehr wenige öffentliche Äußerungen, die sich grundsätzlich ablehnend gegen einen Monarchen als Staatsoberhaupt aussprachen, und es gibt eine weite Zustimmung in der Bevölkerung zu dieser Staatsform.

Wie ist zu begründen, dass - wie es Kommentatoren beschreiben - viele Luxemburger sich als "sehr pragmatische Monarchisten"¹ einordnen und ein Staatsoberhaupt akzeptieren, welches nicht auf demokratischen Wegen (direkt oder indirekt) gewählt wird, sondern qua Geburt diese Rolle erhält? Diese Frage auch deswegen interessant, da sich in den vergangenen Jahrzehnten Konflikte zwischen dem Großherzog einerseits und der *Chamber* (luxemburgisches Parlament) und der Regierung andererseits führten, welche aufgrund der historisch gewachsenen Aufgabenfülle des Staatsoberhauptes ergaben die in Widerspruch zu grundlegenden Prinzipien moderner Demokratie standen.

Ähnlich wie in anderen konstitutionellen Monarchien hat auch das Großherzogtum daher seine Verfassung in den vergangenen Jahren weiterentwickelt, um diese

Info: Die Rolle des Großherzogs im politischen System Luxemburgs

Der Großherzog ist das Staatsoberhaupt und repräsentiert den Staat. Laut Artikel 44 der Verfassung ist er „das Symbol der Einheit und Unabhängigkeit der Nation.“ Gesetze, die vom Parlament beschlossen wurden, erlangen durch seine Verkündung Gültigkeit. Der Großherzog ernennt die Regierung, die sich anschließend durch eine Vertrauensfrage im Parlament bestätigen lässt. Er kann vorgezogene Neuwahlen ansetzen, falls die Abgeordnetenkammer der Regierung das Vertrauen entzieht oder die Regierung zurücktritt und das Parlament den Neuwahlen zustimmt. Im Krisenfall kann der Großherzog weitere Kompetenzen auf sich ziehen, falls das Parlament nicht arbeitsfähig ist.

¹ Reporter.lu (2025): Retrospect Royale. Alles Vive oder wat? (04.10.2025). <https://www.reporter.lu/retrospect-royale-alles-vive-oder-wat/> (abgerufen am 23. November 2025).

Probleme zu lösen. Dabei wurden die Befugnisse des Staatsoberhauptes eingeschränkt und dessen politische Einflussmöglichkeiten entscheidend reduziert. Während diese Änderungen das Konfliktpotential rund um den Großherzog reduziert haben, ist auch davon auszugehen, dass er als gesellschaftliche Integrationsfigur wirkt. Daher wird im Folgenden auch ein Blick auf die durch Artikel 44 gegebene Rolle des Großherzogs als „Symbol der Einheit und Unabhängigkeit der Nation“ geworfen, durch welche das Staatsoberhaupt (nicht nur) konservativen Teilen der luxemburgischen Gesellschaft als Stabilitätsanker dienen kann.

Die graduelle Einschränkung der Kompetenzen des Großherzogs

Die Rolle von Monarchien in modernen Demokratien ist kein zentrales Thema politikwissenschaftlicher Betrachtung. Thieme zeigt auf, dass die Differenz des Umfangs zwischen der öffentlichen und der wissenschaftlichen Wahrnehmung bei keiner anderen politischen Institution so groß ist wie bei Monarchien, obwohl diese meist als Stabilitätsanker politischer Systeme sowie als Träger nationaler Integration und Identifikation gelten.² Dabei lassen sich durch die Betrachtung von Diskussionen über die Rolle monarchischer Staatsoberhäupter auch Erkenntnisse über die Anforderungen an das Regieren in modernen Demokratien gewinnen.

Die Rolle des Großherzogs wurde, wie zuvor bereits angedeutet, in den vergangenen Jahrzehnten wiederholt eingeschränkt, um grundsätzliche demokratische Prinzipien nicht zu konterkarieren. In der Folgezeit war es neben den noch zu diskutierenden tiefgreifenden Folgen der im Jahr 2023 in Kraft getretenen, erneuerten Verfassung auch die Einschränkung der Funktion des Großherzogs im Rahmen des Gesetzgebungsprozesses, welche Auswirkungen auf seine Rolle hatte. Bis 2009 hatte der Großherzog nicht nur die Aufgabe, Gesetze zu verkünden, sondern diese gemäß Artikel 34 der Verfassung auch zu bestätigen. Dies verweigerte Großherzog Henri allerdings bei der Einführung eines Gesetzes zur Sterbehilfe im Jahr 2008 aus Gewissensgründen. Dabei wurde offensichtlich, dass dem Staatsoberhaupt ein Vetorecht im Gesetzgebungsprozess zukam, welches die vorgesehene Gewaltenteilung außer Kraft setzen konnte. Daher wurde im Rahmen der Verfassungsreform 2009 Artikel 34 dahingehend geändert, dass der Großherzog Gesetze künftig nur noch verkündet und somit nicht mehr in die Gesetzgebungskompetenz des luxemburgischen Parlaments (der Chamber) eingreifen kann.³

² Vgl. Thieme, Tom (2017): Monarchien: Auslauf- oder Zukunftsmodelle politischer Ordnung im 21. Jahrhundert? Baden-Baden: Nomos, S. 18 und 24.

³ Vgl. Meyers, Paul Henri und Wolfgang H. Lorig (2020): Luxemburg. In: Arthur Benz, Stephan Bröchler und Hans-Joachim Lauth (Hrsg.) Handbuch der Europäischen Verfassungsgeschichte im 20. Jahrhundert. Bonn: Dietz, S. 393–416, S. 405.



Großherzog Henri (2000 bis 2025) und Großherzog Guillaume (seit 2025) (Quellen v.l.n.r.: Author: 内閣官房内閣広報室, CC-BY-4.0; Author: James2813, CC-BY-SA-4.0; Author: Frankie Fouganthin, CC-BY-SA-3.0)

Die Verfassungsreform von 2023

Weitere Einschränkungen der Kompetenzen des Großherzogs erfolgten im Zuge der umfassenden Verfassungsreform im Jahr 2023. Die Verfassung definiert nun die Staatsform in Art. 2: „Das Großherzogtum Luxemburg ist eine parlamentarische Demokratie. Es hat die Staatsform einer konstitutionellen Monarchie“. Diese auf den ersten Blick verwirrende Beschreibung legt dar, dass Luxemburg eine parlamentarische Demokratie ist, die einen Monarchen als Staatsoberhaupt hat. Seine Aufgaben werden vorwiegend als repräsentativ verstanden, wobei auch umfassende formale Aufgaben dazugehören.⁴ Der Großherzog gilt dabei als „Symbol der Einheit und Unabhängigkeit der Nation“ (Art. 44 Abs. 1). Die Exekutivgewalt wird vom Staatsoberhaupt gemeinsam mit der Regierung ausgeübt.

Nach der Verfassungsänderung müssen alle Verfügungen des Großherzogs von einem Regierungsmitglied verantwortlich gegengezeichnet werden (Art. 44 Abs. 2 und 3), wodurch sich die Kompetenzen des Staatsoberhauptes weiter beschränken. Der Großherzog vertritt das Land zudem nach außen und schließt völkerrechtliche Verträge ab (Art. 46).

Neben seinen Funktionen als Repräsentant und Staatsnotar übernimmt der Großherzog auch Reservefunktionen, die in Fällen von Notständen oder Zusammenbrüchen des regulären parlamentarischen Betriebs zum Tragen kommen. So enthält die luxemburgische Verfassung Regelungen zum Umgang mit Krisensituationen, in denen das Parlament nicht handlungsfähig ist, und weist dem Staatsoberhaupt weitergehende Funktionen zu (Art. 48).

Weitere Änderungen basieren teilweise wieder auf verfassungsrechtliche Diskussionen der jüngsten Vergangenheit: Im Jahr

⁴ Vgl. Reporter.lu (2025): Die Sache mit der Monarchie (13.10.2025). <https://www.reporter.lu/luxemburg-politik-analyse-die-sache-mit-der-monarchie/> (abgerufen am 18. November 2025).

2013 hatte der Großherzog auf Vorschlag des christsozialen Premierministers Juncker das Parlament aufgelöst. Zwar konnte die damalige Regierung aus sozialdemokratischer LSAP und christsozialer CSV als gescheitert angesehen werden, was Neuwahlen zur logischen Konsequenz machte. Es wurde aber offensichtlich, dass der Großherzog eine weiterreichende politische Eingriffsmöglichkeit hatte, da er das Parlament ohne Einbeziehung desselben auflösen konnte.⁵ Durch die Verfassungsreform wurde in Art. 73 festgehalten, dass der Großherzog nur dann vorgezogene Neuwahlen ansetzen kann, „wenn die Abgeordnetenkammer mit der Mehrheit ihrer Mitglieder der Regierung das Vertrauen entzieht oder einen Misstrauensantrag gegenüber der Regierung annimmt“.⁶

Auch wenn die Thronfolge in Artikel 56 der Verfassung festgelegt ist, ist zu beachten, dass das Parlament theoretisch die Möglichkeit hat, einen Großherzog aus dem Amt zu entfernen. So regelt Art. 60, dass die Abgeordnetenkammer feststellen kann, dass der Großherzog seine übertragenen Befugnisse nicht erfüllt, und „dass davon auszugehen ist, dass der Großherzog abgedankt hat“.

Gesellschaftliche Akzeptanz der Monarchie

Neben dem verfassungsgegebenen Rahmen ist auch die gesellschaftliche Wahrnehmung des Großherzogs für die Akzep-

tanz von dessen als Staatsoberhaupt zu betrachten. Wie in anderen parlamentarischen Monarchien gibt es ebenfalls in Luxemburg ein öffentliches Interesse am Leben der großherzoglichen Familie. Auch wenn die öffentliche Wahrnehmung im Vergleich zu verschiedenen Königshäusern Europas weit weniger skandalisierend und eher zurückhaltend erfolgt, waren die letzten Jahre der Regentschaft von Großherzog Henri auch von einer Diskussion über mehr Transparenz im Handeln und im Ausgabeverhalten des Hofes geprägt. Grundlegend hierfür war die Veröffentlichung des „Waringo-Berichtes“, in dem große strukturelle Probleme festgestellt wurden. Diese spiegelten sich unter anderem in einem unklaren Budget- und Personalmanagement wider, und führten als Konsequenz zu Forderungen nach einer radikalen Reorganisation des Hofes.⁷

Es wird interessant sein zu beobachten, wie der neue Großherzog Guillaume die bisherigen Modernisierungsschritte des Hofes weiterentwickeln wird. Hier wird sicherlich auch die Tatsache eine Rolle spielen, dass der neue Regent die gesellschaftliche Positionierung seiner Familie neu ausrichten möchte, in dem er betont, dass seine Familie ihren Lebensstil "in eine Rich-

⁵ Vgl. Meyers und Lorig (2020), S. 399.

⁶ Diese und die folgenden Auszüge aus der Verfassung entstammen: Chambre des Députés. Grand-Duché de Luxembourg (2023): Verfassung des Großherzogtums Luxemburg (in drei Sprachen). Luxemburg. https://www.chd.lu/sites/default/files/2023-04/Constitution_en%20%20langues.pdf (abgerufen am 11. November 2025).

⁷ Vgl. Reporter.lu (2020): Waringo-Bericht. Die gescheiterte Modernisierung des Hofes (31.1.2020). <https://www.reporter.lu/waringo-bericht-die-gescheiterte-modernisierung-des-hofes/> (abgerufen am 25. November 2025).

tung orientieren [möchte], die [sie] für zeitgemäßer und familienfreundlicher halten"⁸. Ein Beispiel ist hierfür der Wunsch, dass die Familie aus dem als Hauptresidenz dienenden Schloss Berg in ein neues Wohngebäude ziehen soll, um die Aufgaben des Großherzogs besser vom privaten Leben zu trennen.

Bei der Betrachtung der gesellschaftlichen Rolle des Großherzogs muss auch berücksichtigt werden, dass sich das Land in den letzten Jahrzehnten sozio-demographisch stark verändert hat. Aufgrund der sich wandelnden Wirtschaftsstruktur hin zu einem globalen Finanz- und Handelszentrum sowie der Rolle als eines der Zentren der Europäischen Union, welches auch zu einer hohen Zahl an dauerhafter Einwanderung sowie temporärer Niederlassung vieler hochqualifizierter Expats geführt hat, hat sich die Einwohnerzahl von 385.000 im Jahr 1991 auf 682.000 zum Jahresbeginn 2025 erhöht.⁹ In diesem Kontext wirkt der Großherzog in der ihm durch Art. 44 der Verfassung zugeschriebenen Funktion als „Symbol der Einheit und Unabhängigkeit der Nation“ sowie als Stabilitätsanker für konservativ orientierte Bürgerinnen und Bürger des Landes, für welche die Repräsentation traditioneller Werte in der öffentlichen Darstellung der großherzoglichen Familie von Bedeutung sind, und ihnen einen gewissen Halt in der sich stark wandelnden Gegenwart geben.

Diese stellt wiederum andere Anforderungen an die Kompetenz sowie an das Ver-

halten des Monarchen und weiterer Mitglieder des Hofes, wie auch ein aktueller Blick in unterschiedliche Königshäuser Europas zweifellos zeigt. Wie die Vorgänge z.B. rund um die vom König Charles III in Großbritannien 2025 erfolgte Entziehung der meisten Ehrentitel seines Bruders und Ex-Prinz Andrew Mountbatten-Windsor deutlich machen, setzt diese Rolle ein hohes Maß an persönlicher Integrität voraus.

Bei der Suche nach der zukünftigen Rolle monarchischer Staatsoberhäupter wird eine zentrale Frage sein, wie diese durch entsprechende Modernisierungen dem gesellschaftlichen Wandel gerecht werden können, und gleichzeitig aber auch weiter die Bedürfnisse traditionell eingestellter Teile der Gesellschaft erfüllen können. Durch die Verfassungsänderungen wurden einige Funktionen des Großherzogs als Staatsoberhaupt angepasst, welche in Konflikt mit den Grundprinzipien demokratischer Herrschaft standen. Es bleibt abzuwarten, ob diese Änderungen ausreichen. Auch wird es interessant sein zu beobachten, wie sich die gesellschaftliche Wahrnehmung des Großherzogs entwickelt.

⁸ Zitiert nach Luxemburger Wort (2024): Erbgroßherzog Guillaume plant Wohngebäude auf Schloss Berg (17.07.2024).

<https://www.wort.lu/politik/erbgrossherzog-guillaume-plant-wohngebäude-auf-schloss-berg/16161745.html> (abgerufen am 28. November 2025).

⁹ Statec (2025): Luxemburg in Zahlen. Ausgabe 2025. Belvaux, S. 16.

Oktober

Prof. Dr. Sebastian Heilmann

(Professur für Politik und Wirtschaft Chinas)

Beschleunigter hegemonialer Übergang: China prescht voran¹

Was lange als Szenario für die Mitte des 21. Jahrhunderts galt, kündigt sich nun bereits für das Ende dieses Jahrzehnts an: der Aufstieg Chinas zur dominierenden Weltmacht – und das Ende der US-Hegemonie.

Paradoxerweise ist es ausgerechnet Washington selbst, das dem Rivalen den Weg ebnet. Die Politik des „America First“ verprellt Verbündete, schwächt Allianzen und mindert Amerikas Strahlkraft. Während die Biden-Administration einige Erfolge dabei erzielte, eine westliche „vereinte Front“ gegen China zusammenzubringen, zerschießt Trumps aggressive Handels- und Außenpolitik traditionelle Partnerschaften.

Ohne Gegenmacht und unkoordiniert stehen Amerikas traditionelle Bündnispartner China nun plötzlich einzeln gegenüber. EU- und NATO-Mitglieder, Japan und Südkorea wie auch Staaten in der Golfregion müssen eine flexiblere Position zwischen Washington und Peking suchen. Das Bild geopolitischer „Zaungäste“ beschreibt diese neue Unsicherheit treffend: Statt klarer Loyalität herrschen abwägendes Taktieren und Unsicherheit vor.

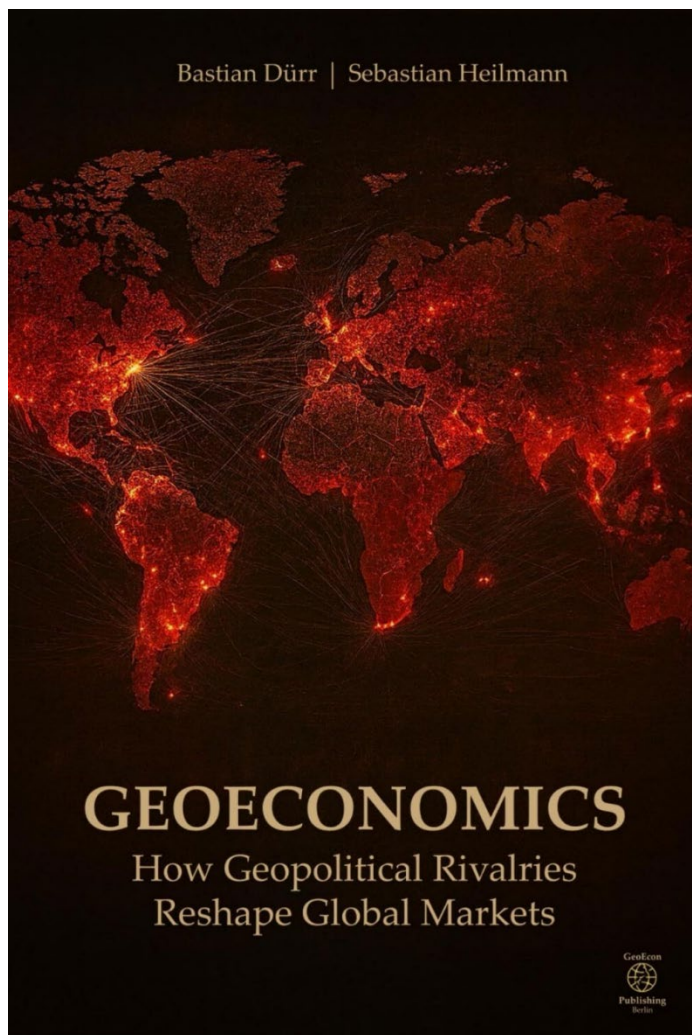
Die Schwächung des US-geführten Bündnissystems eröffnet neue Spielräume für Peking. Dies manifestierte sich jüngst darin, dass China keine Rücksicht mehr auf

amerikanische und europäische Drohungen nimmt, mit Sekundärsanktionen belegt zu werden, wenn es Russland wirtschaftlich unterstützt: Chinas Staatsbanken werden ein gewaltiges Pipelineprojekt („Kraft Sibiriens 2“) und russische Energieunternehmen (Rosatom, Gazprom) durch in China begebene Anleihen in chinesischer Währung unterstützen. In den Jahren 2022 bis 2024 hatten chinesische Banken sich bei Finanzierungen russischer Großunternehmen mit Rücksicht auf drohende Sanktionen zurückgehalten. Mit dem außenpolitischen Schlingerkurs der zweiten Trump-Regierung und wiederkehrenden Entscheidungsblockaden in der EU haben Sanktionsdrohungen ihren Schrecken für China verloren.

Die USA wirken unattraktiv

Getrieben durch sprunghafte innen- und außenpolitische Kurswechsel wirken die USA nicht mehr verlässlich. Das einstige Leitmodell liberaler Demokratie und Marktwirtschaft verliert an weltweiter Attraktivität. Chinas autoritäre Regierung profitiert davon, dass sie sich als berechenbar und kooperativ präsentieren kann. In einer in-

¹ Der Artikel erschien am 16. Oktober 2025 bereits unter dem Titel „China, nicht Trumps Washington, ist die wahre Weltmacht“ als Gastbeitrag in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. Online unter: <https://www.faz.net/pro/weltwirtschaft/sonderthema/china-prescht-voran-nicht-trumps-usa-ist-die-weltmacht-accg-110729449.html> [Letzter Zugriff: 08.12.2025].



Buchcover Heilmann, Sebastian; Dürr, Bastian 2025 - Geoeconomis. How Geopolitical Rivalries reshape global Markets, ISBN-10 3982790530; 34,90€ EuroGeoEcon Publishing

stabilen Welt wirkt Chinas Image der Verlässlichkeit attraktiver, als es westliche Kommentatoren wahrhaben wollen. In den meisten Ländern der Erde und auch in vielen europäischen Gesellschaften wird China laut aktuellen Umfragen inzwischen als sympathischer als die USA bewertet. China gewinnt an „Soft Power“, die jahrzehntlang eine der größten Stärken der USA gewesen war.

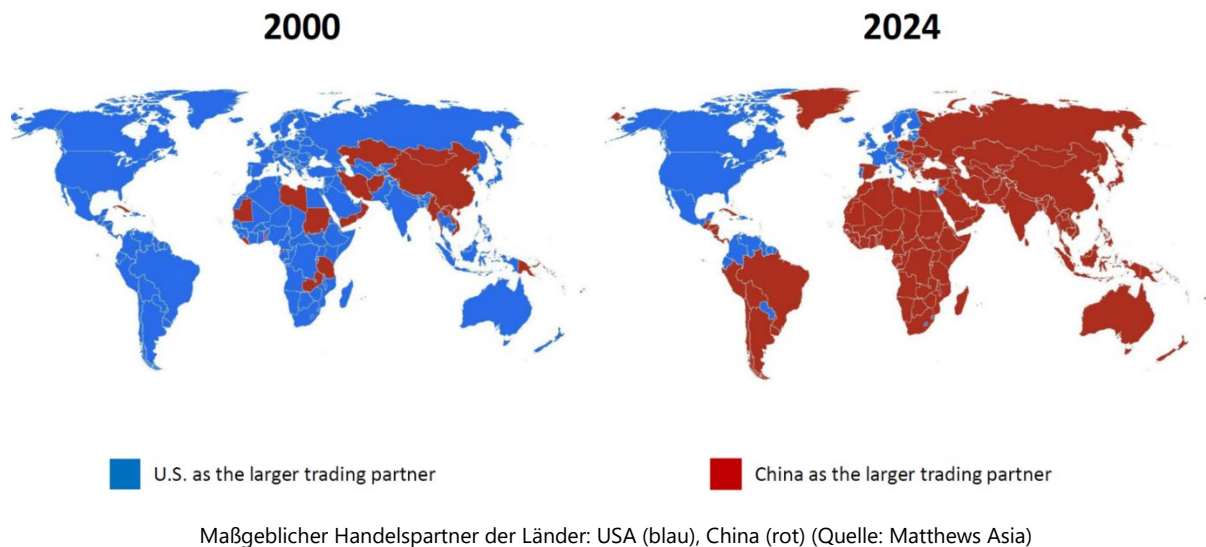
Bemerkenswert ist, dass amerikanische und europäische Medien den Blick fast ausschließlich auf die Schwächen Chinas richten. Sie berichten über die Immobilienkrise,

Verschuldung lokaler Verwaltungen, demographische Alterung, Disziplinierung privater Unternehmen oder Korruptionsfälle im chinesischen Militär. All dies ist real. Doch es verstellt den Blick auf die globalen Kräfteverlagerungen und auf Chinas Vorteile im Wettbewerb mit den angeschlagenen Ordnungen des ehemaligen Westens.

Erstens sind die strukturellen Probleme Chinas im Vergleich zu den Bruchlinien in westlichen Gesellschaften weit weniger systembedrohend. Gesellschaftliche und politische Polarisierung, das Erstarken nationalistischer Bewegungen in Amerika und Europa, autoritäre Transformationschritte der Trump-Regierung und die Entfremdung zwischen zuvor eng Verbündeten – all das bedroht die Funktionsfähigkeit und Stabilität demokratischer Gesellschaften viel grundsätzlicher, als Chinas Binnenprobleme die Herrschaft der Kommunistischen Partei gefährden.

Überkapazitäten drängen in die Welt

Zweitens treiben gewaltige Produktionskapazitäten für Industrie- und Konsumgüter Chinas Expansion nach außen voran. Um die geschwächte Nachfrage im Inland zu kompensieren, stärkt Peking seine Investitionen, Marktzugänge und diplomatischen Offensiven in Überseemärkten. Infrastrukturprojekte, Rohstoffpartnerschaften und technologische Kooperationen sichern globale Präsenz und Einfluss. Innerchinesische Strukturprobleme werden damit zum Motor chinesischer Expansion.



Chinas Sprung in die globale Führungsrolle ist kein diffuses Zukunftsszenario, sondern in harten Fakten sichtbar:

- **Industrieproduktion und globale Lieferketten:** China ist längst das industrielle Zentrum der Welt. Chinas Fertigungskapazität übersteigt die von USA, Deutschland und Japan zusammengekommen. China liefert unverzichtbare Vorprodukte und Komponenten, ohne die große Teile der Industrie in den USA und Europa nicht mehr funktionsfähig sind.
- **Infrastruktur:** Chinas Ingenieursprojekte prägen ganze Kontinente. Häfen, Transportnetze, Energie- und Telekommunikationsinfrastruktur wie auch Rechenzentren und Cloud-Netze entstehen unter chinesischer Federführung. Die neuen Infrastrukturen und Handelswege in zuvor wirtschaftlich abgehangenen Weltregionen bereiten chinesischen Industrie- und Konsumgütern wie auch Technologien den Weg.
- **Digitale Sphäre, Konnektivität und KI:** Neben der US-dominierten digitalen Sphäre etabliert China eine eigenständige Hemisphäre digitaler Standards,

Plattformen und Infrastrukturen – von Satelliteninternet über 5G bis zu KI-Anwendungen, die vor allem im Globalen Süden auf eine starke Nachfrage treffen.

- **Saubere Energien und Energienetze:** China dominiert auf dem Feld der Solar- und Batterietechnologien wie auch neuer, smarter Stromnetze. Die Bereitstellung kostengünstiger, leistungsfähiger Energie- und Klimatechnologien wird China weltweit sehr viel Anerkennung einbringen – gerade im Kontrast zur „Refossilisierung“ der US-Energiewirtschaft.
- **Wissenschaft und Innovation:** Durch massive Investitionen in natur- und technikkwissenschaftliche Bildung, Forschung und Entwicklung, steigende Patentzahlen und neue Innovationscluster etabliert sich China als Wissenschaftssupermacht. Kaum ein Zukunftsfeld – von Neuen Materialien über Biopharma bis Robotik –, auf dem China die internationale Konkurrenz nicht eingeholt oder überholt hat. Auch auf dem Gebiet der höchstentwickelten Halbleiterchips beschleunigen chinesische Unternehmen

die Aufholjagd gegenüber den amerikanischen und taiwanischen Technologieführern. Bis Ende dieses Jahrzehnts wird China in den meisten Feldern der Chipproduktion gleichgezogen haben.

- **Militärische Modernisierung:** Ein substanzieller Teil der Anstrengungen in Forschung und Entwicklung fließt in Dual-Use- oder explizit in militärische Technologien. China modernisiert seit Jahren alle Waffengattungen mit hoher Geschwindigkeit. Die militärischen Kräfteverhältnisse in Asien verschieben sich spürbar. Die waffentechnologische Überlegenheit der USA ist nicht mehr gesichert.

Die amerikanische Dominanz der Finanzmärkte droht zu schmelzen

All diese neuen Strukturen bereiten einer alternativen Globalisierung den Weg, die China zum Dreh- und Angelpunkt hat und die bisherige Dominanz der USA, von Europa oder Japan unterläuft. Nur auf dem Feld der Finanz- und Währungsmärkte erscheint die Führungsrolle der USA noch weitgehend unangefochten. Allerdings wächst das Misstrauen gegenüber US-Dollar, US-Staatsanleihen und US-Zentralbank mit jeder politischen Intervention der Trump-Regierung.

Eine Finanz- und Schuldenkrise oder ein Absturz des KI-Hypes an den Börsen könnte der hegemonialen Position der USA auf den Kapitalmärkten ein abruptes Ende bereiten. Ob und wann es dazu kommt, wird kontrovers diskutiert. Weltweit sichern sich jedoch viele Zentralbanken wie auch private und institutionelle Investoren gegen ein solches Szenario ab – durch beständige Aufstockung ihrer Goldbestände.

Die Weltwirtschaft organisiert sich aktuell neu entlang fragmentierter Wertschöpfungsketten, regionaler Allianzen und konkurrierender Ordnungssysteme. Für Peking ist diese Fragmentierung nicht Bedrohung, sondern eine Bühne, die es aktiv bespielt. China füllt die Spalten und Lücken, die Washington aufreißt, und nutzt jede Gelegenheit, eine auf chinesische Interessen ausgerichtete Globalisierung voranzutreiben. Offizielle Ziele sind der Aufbau „autonomer und kontrollierbarer Wertschöpfungsketten“ und einer „multipolaren Weltordnung“ in Kooperation mit verlässlichen Partnern – also ohne die USA.

Amerikaner und Europäer machen sich etwas vor, wenn sie China vornehmlich als schwächelnden Riesen kennzeichnen. Der „kranke Mann“ ist nicht China – es sind die USA und Europa, die an innenpolitischer Stabilität, geopolitischer Glaubwürdigkeit, industrieller Wettbewerbsfähigkeit und strategischer Geschlossenheit verlieren.

Wer in den kommenden Jahren weiter allein auf die Führungsmacht USA setzt und wie ein Kaninchen in Erstarrung auf die Schlange (Trump) schaut, ignoriert die fundamentalen Kräfteverschiebungen unserer Zeit. Die Europäer werden alte Weltbilder zerschmettern und sich darauf vorbereiten müssen, dass das Gestaltungszentrum der Welt künftig nicht mehr zwingend am Potomac liegt, sondern zunehmend in Zhongnanhai.

November

Dr. Sascha Werthes im Gespräch

(Akademischer Oberrat, Schwerpunkte in den Bereichen Friedens- und Konfliktforschung, Entwicklungspolitik, Theorie und Praxis menschlicher Sicherheit und Global Governance)

Die Vermessung der Geopolitik: Ordnungsmodelle in Perspektive

Letztes Jahr im November wurde Donald Trump wiedergewählt und die Politik seiner Administration sorgt nicht nur innerhalb der USA für starke Veränderungen. Wir sprechen davon, dass sich durch, aber nicht nur, die außenpolitische Neuausrichtung der USA vieles im internationalen Raum ändern wird. Ihre Forschung betrachtet globale Ordnungsmodelle. Daher erst einmal die Frage, was ist eine Weltordnung und welche Ordnungsmodelle gibt es?

Sascha Werthes: Sehr verkürzt kann man vielleicht zunächst einmal sagen, dass empirische Beschreibungen oder politische Vorstellungen von so etwas wie „Weltordnung“ darum bemüht sind, diejenigen Regeln, Institutionen, Rechte und Normen zu benennen, welche als Quasi-Konstanten Beziehungs- und Handlungsmuster hervorbringen und aufrechterhalten. Mit Weltordnung beschreiben wir also Beziehungsmuster und Elemente, welche strukturierende Stabilität und letztlich auch eine Verringerung von Gewaltanwendung versprechen.

Dabei stellt sich schnell die Frage, wer in einer globalisierten, interdependenten Welt überhaupt für Ordnung sorgen kann und auf welchen normativen Bezugsrahmen man sich konsensual beziehen könnte. Wenn man sich nicht nur auf einen räumlichen Ausschnitt wie Europa bezieht, sondern versucht global zu denken, lassen sich

idealtypisch mindestens drei Modelle unterscheiden: Erstens eine hegemoniale Ordnung mit einem hierarchischen Zentrum, das mittels Zwang Ordnung durchsetzt; Zweitens eine Ordnung mit mehreren Machtpolen, die sich im Gleichgewicht oder Ungleichgewicht miteinander befinden. Realpolitisch betrachtet, entsteht Stabilität, eventuell auch so etwas wie antagonistische Kooperation, hier, wenn sich die Pole in einem Mächtegleichgewicht befinden. Damit einher gehen zumeist Vorstellungen von politischen Einflussphären in denen regionale Hegemone oder auch Großmächte jeweils dominieren; und schließlich ist ein drittes, idealistischeres Modell denkbar: eine konsensbasierte bzw. konstitutionelle Ordnung. Illustrativ hierfür wären multilaterale Versuche, Weltordnung mittels und innerhalb von universalistischen Organisationen wie beispielsweise dem Völkerbund oder den Vereinten Nationen zu realisieren, die über gemeinsam erarbeitete Prinzipien, Normen und Institutionen regelbasierte Stabilität schaffen.

Wie lässt sich die Weltordnung der letzten, sagen wir 100 Jahre, beschreiben? Auf der einen Seite haben wir internationale Institutionen aufgebaut und die internationalen Beziehungen verrechtlicht etwa durch die Charta der UN, aber auf der anderen Seite hatten wir v.a. im

Kalten Krieg die Dominanz der Supermächte USA und Sowjetunion.

Sascha Werthes: Je nach Beobachtungszeitraum finden wir unterschiedliche Modelle: Im 19. Jahrhundert hatten wir eine vermeintliche multipolare Ordnung mit einer international ausstrahlenden Pentarchie in Europa, in der fünf Großmächte weitestgehend um Stabilität und um eine Aufrechterhaltung des Machtgleichgewichts bemüht waren. Nach den Katastrophen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts folgte eine Bipolarität, in der zwei Supermächte, die USA und Sowjetunion, ihre jeweiligen Einflussphären ordneten, jedoch auch weltpolitisch miteinander rivalisierten. Nach Ende des sogenannten Kalten Krieges traten wir mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion in eine Phase der Unipolarität ein, in der die USA als hegemoniale Führungsmacht, ihre favorisierten Ordnungsstrukturen aufrechterhielt oder auch der Verbreitung aktiv forcierte – dies teils auch mit übermäßiger Nutzung ihrer Machtpotenziale als alleinige Supermacht und der damit verbundenen Vormachtstellung.

Diese Phase ging ungefähr bis 2007 oder 2008; da gab es kein formales Ende. Seitdem beobachten wir so etwas wie „revisionistische Mächte“, die die etablierte Ordnungsvorstellung, welche zumeist als eine regelbasierte liberale internationale Ordnung beschrieben wird, zunehmend infrage stellen und durch Gegenmachtbildung die Unipolarität beziehungsweise die Führungsrolle und den Führungsanspruch der USA zunehmend herausfordern. Entsprechend diskutieren wir gegenwärtig zunehmend wieder die Herausforderungen und Fallstricke eines eher multipolaren internationalen Systems.

Welche Staaten treten heute in diesem Sinne revisionistisch auf?

Sascha Werthes: Wir würden gemeinhin insbesondere China und Russland als revisionistische Mächte bezeichnen, die aber durchaus unterschiedliche Vorstellungen bezüglich einer wünschenswerten alternativen Weltordnung haben. Darüber hinaus können jedoch auch weitere Akteure ge-



Sitzungssaal des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen (Quelle: Author: Wikiweeki, CC-BY-4.0)

nannt werden, die ein Problem mit der derzeitigen sogenannten liberalen internationalen Ordnung beziehungsweise mit einer vom sogenannten „Westen“ dominierten Weltordnung haben. Sie fühlen sich in dieser Ordnung strukturell benachteiligt beziehungsweise verweisen darauf, dass von dieser Ordnung nicht alle gleichermaßen profitieren können. Dazu gehören Staaten wie Südafrika, Brasilien, Indien und andere Länder, die wir jetzt nicht per se als autokratisch oder diktatorisch bezeichnen würden wollen.

Das heißt, wir beobachten, dass in der Bewegung weg von der Unipolarität hin zu Multipolarität viele Länder Machtansprüche stellen, wobei Chinas globaler Machtanspruch ein anderer sein dürfte als der Russlands, oder?

Sascha Werthes: Genau. Machtverschiebungen können auf verschiedenen Ebenen stattfinden und sich unterschiedlich in faktischer Außenpolitik manifestieren. Russland stellt etablierte Ordnungsstrukturen und Souveränitätsprinzipien durch seinen Gebietsrevisionismus und aggressive Militärpolitik ganz grundsätzlich in Frage. Wir sehen im Falle Chinas eine große ökonomische und auch zunehmend militärische Fähigkeitsentwicklung, die – derzeit zumindest – jedoch nicht grundsätzlich alle etablierten Ordnungsstrukturen radikal infrage stellt. [– wobei China in abgeschwächter Form gegenüber Taiwan durchaus aggressiv auftritt]. Über diese beiden Beispiele hinaus nutzen aber auch Mittelmächte beziehungsweise regionale Großmächte wie Saudi-Arabien und die Türkei, die aktuelle turbulente Umbruchphase für sich und versuchen ihre Machtpotenziale zu vergrößern

oder auch regionalen Einflussphären zu beanspruchen.

Das wirft die Frage auf, was es heute bedeutet, eine Großmacht zu sein. Definiert sie sich durch wirtschaftliche Größe, militärische Macht oder ideologische Strahlkraft?

Sascha Werthes: Früher war so etwas wie ideologische Strahlkraft sicherlich wichtig, heute eher weniger. Notwendig, um den Anspruch einer Großmacht überzeugend aufrecht erhalten zu können, sind sicherlich militärische Stärke und ökonomische Machtressourcen; allerdings auch so etwas wie *Soft Power*, also die Fähigkeit, andere auch ohne Zwang oder militärische Gewalt beeinflussen zu können. Sie basiert auf der Attraktivität oder Überzeugungskraft von politischen Werten, der Kultur, und außenpolitischen Zielen eines Staates. Längerfristig stabil wird eine durch mehrere Großmächte oder eine Großmacht etablierte Ordnung wohl jedoch nur sein, wenn sie als legitim erachtet wird.

Was genau heißt das?

Sascha Werthes: Es bedeutet, dass die beteiligten Akteure die Ordnungsstruktur als akzeptabel und vorteilhaft empfinden müssen. Die Anerkennung und Akzeptanz sowie die Mitwirkung an einer Ordnung wird immer davon abhängen, ob sie als vorteilhaft für alle Beteiligten wahrgenommen wird. Alle müssen das Gefühl haben, von der etablierten Ordnung gleichermaßen profitieren zu können. Insofern muss eine legitime Ordnung auch in der Lage sein, Strukturen, Regeln und Prinzipien etablieren zu können, welche die Bearbeitung globaler Herausforderungen (z.B. Sicherheit,

Handel, Umweltschutz) entlang eines gemeinsamen Interesses zum gegenseitigen Vorteil aller erlaubt. Banal gesprochen, die Ordnung muss allen Mitgliedern als nützlich und vorteilhaft erscheinen. Erst eine als legitim erachtete internationale Ordnung kann nachhaltig Stabilität, Kooperation und Compliance schaffen, da erst dann Staaten bereit sind, Regeln zu befolgen, wenn sie diese als fair und gerecht empfinden.

Können wir angesichts der entstehenden Multipolarität überhaupt noch von Ordnung sprechen, oder bewegen wir uns eher in Richtung eines klassischen anarchischen Systems, in dem zahlreiche Akteure um Vorteile ringen? Ist eine solche Unordnung selbst eine Form von Ordnung?

Sascha Werthes: Auch in einer regelbasierten Ordnung suchen alle Akteure ihren jeweiligen Vorteil. Etwas anderes zu glauben, wäre sehr naiv. Wir befinden uns jedoch in einer turbulenten Übergangsphase: Die bisherige sogenannte liberale internationale Ordnung hat an Attraktivität und Legitimität verloren und es hat faktische Machtverschiebungen im geo-ökonomischen und geo-politischen Raum gegeben. Dadurch entsteht ein Möglichkeitshorizont, in dem sowohl scheinbar anarchische Szenarien mit nur minimalen Ordnungsprinzipien – etwa die Anerkennung staatlicher Souveränität oder auch von Einflussphären – jedoch auch Formen antagonistischer Kooperation bei Interessenkonvergenz denkbar sind. Globale Herausforderungen, denen alle gegenüberstehen, wie etwa der Klimawandel, könnten jedoch immer wieder das kollektive Bemühen um gemeinschaftliche Problemlösungen erzwingen.

Wie passt zu der in manchen Politikfeldern nötigen internationalen Kooperation, dass revisionistische Akteure wie Russland und teilweise China internationales Recht und Institutionen wie die UN offen missachten und sogar Grenzen gewaltsam verschieben?

Sascha Werthes: Die aktuelle turbulente Umbruchphase ist sicherlich durch eine verhärtete geopolitische Rivalität gekennzeichnet, bei der ambitionierte Mächte, wann immer sich Gelegenheiten bieten, ihre Vorteile suchen. Norm- und Regelbrüche – nicht nur durch revisionistische Mächte – kann und wird es jedoch in jeder Ordnung geben. Entscheidender ist vielmehr, wie mit internationalen Regel- und Normbrüchen durch die internationale Gemeinschaft umgegangen wird. Es stellt sich die Frage, ob hierbei neue Handlungs- und Beziehungsmuster etabliert werden, welche dann die neue sich hierdurch herausbildende Weltordnung charakterisieren würden.

Wie sähe eine von China dominierte Weltordnung aus – falls China die USA als führende Großmacht weitgehend ablösen sollte – und was wäre von China in einer solchen Rolle konkret zu erwarten?

Sascha Werthes: Das bleibt am Ende schwer vorherzusagen, da politische Systeme nicht starr und unveränderlich sind und Geschichte nicht vorherbestimmt ist. Auch die chinesische politische Machtelite muss letztlich ihre innenpolitische Machtbasis sowie globale Ordnungsvorstellungen legitimieren können. Das starke Wirtschaftswachstum und die massive Armutsreduk-

tion halten das politische System weitestgehend stabil. Fällt diese Wohlfahrtssteigerung weg, wird China innenpolitisch wohl möglich fragiler. Insofern ist China durchaus auch auf eine geregelte Globalisierung, auf regelbasierte marktwirtschaftliche Strukturen und internationalen Handel angewiesen – geregelt natürlich möglichst zum eigenen Vorteil beziehungsweise in einer Art und Weise, welche die eigene Vormachtstellung nicht infrage stellen würde. Nicht unwahrscheinlich wäre also dann ein regelbasiertes, aber klar Chinas Interessen begünstigendes multilaterales Ordnungssystem, in dem manche andere Staaten dennoch profitieren können. Eine pro-aktive Unterstützung und Förderung multilateraler Initiativen zur Verbreitung politisch-liberaler Vorstellungen und Werte oder gar Demokratieförderung wäre jedoch von China sicherlich nicht zu erwarten. Es würde das eigene politische System letztlich delegitimieren, wenn man anderswo Demokratisierung fördert, sie aber im eigenen Land nicht zulässt.

Bedeutet Multipolarität eher mehr Stabilität, weil Interdependenzen Konflikte unattraktiv machen, oder führt sie vielmehr zu mehr Konflikträchtigkeit, weil ein anarchischeres System entsteht, in dem viele Akteure ihren Vorteil suchen?

Sascha Werthes: Das lässt sich nicht eindeutig sagen. Multipolarität erzeugt weder automatisch mehr noch weniger Konflikte und muss ja auch nicht per se mit hoher sozio-ökonomischer Interdependenz einhergehen; entscheidend ist das Verhalten der Akteure. Konflikte und damit einhergehende Spannungen wird es geben, ob sie

gewaltsam eskalieren oder kooperativ bearbeitet werden, ist offen. Verschiedentlich wird argumentiert, dass die mit Konflikten einhergehenden Spannungen in multipolaren Systemen größer und Konfliktmanagement schwieriger und somit auch das Eskalationspotenzial höher sein werden als beispielsweise in einem uni- oder bi-polaren System. Allerdings würde ich eher argumentieren, ob Konflikte zukünftig eher kriegerisch oder friedlich ausgetragen werden, hängt mehr von den politischen Systemen und der politischen Kultur der zentralen Akteure als von der uni-, bi- oder multipolaren Struktur des (anarchischen) internationalen Systems ab.

Wie wird sich das Verhältnis zwischen wenigen Großmächten und mehreren Regionalmächten entwickeln? Entstehen stabile Einflussblöcke – etwa ein von China dominierter asiatischer Raum oder ein US-geführter amerikanischer – oder sind eher wechselnde Allianzen und flexible Kooperationsmuster zu erwarten?

Sascha Werthes: Das wird in verschiedenen beanspruchten Einflussräumen sehr spannungsgeladen und problematisch sein, weil etwa China in Asien zwar der zentrale Machtpol wäre, sich aber Staaten wie beispielsweise Japan nicht ohne weiteres einer chinesischen Hegemonie unterordnen würden. Vergessen wir auch nicht, dass China und Indien ebenfalls eine spannungsreiche Beziehung pflegen und aneinander Grenzen. Ebenso haben die USA wohl kein geostrategisches Interesse daran, den pazifischen Raum einfach so Chinas Einfluss zu überlassen. Daher sind Gegenmachtbildung, bisweilen auch Allianzwechsel und insofern auch sich ständig verändernde

Machtkonstellationen wahrscheinlich. Genau diese fragilen und fluiden Konstellationsbeziehungen bilden die Reibungspunkte, die pro-aktiv gemanagt werden müssen, wenn Stabilität und eine Sicherheitsordnung erreicht werden sollen.

Wir haben bisher viel über die USA, China und Russland gesprochen. Wie ist Europas Position in diesem Gefüge?

Sascha Werthes: Europa ist in erster Linie eine wirtschaftliche Macht, aber keine militärische und verfügt nicht über Kapazitäten, die mit China oder den USA vergleichbar wären. Offen scheint derzeit, ob Europa beziehungsweise die EU solche Fähigkeiten – auch angesichts der damit verbundenen Kosten – überhaupt anstreben will oder für sinnvoll hält. Insofern jedoch geopolitisch orientierte Machtpolitik global auf dem Vormarsch ist, ist es dringend notwendig, sich auf die weltpolitischen Veränderungen einzustellen und eine gemeinsame Strategie zu entwickeln sowie die notwendigen Kapazitäten zur Umsetzung der Strategie aufzubauen.

Aber ist es möglich, als Zivilmacht ohne große militärische Kapazitäten eine Großmacht zu sein?

Sascha Werthes: Ich will die Frage so beantworten: Es wird zwar schwieriger als früher europäische Interessen als Zivilmacht durchzusetzen. Es scheint mir aber grundsätzlich möglich. Entscheidend ist, ob Europa seine ökonomische Stärke hält und Soft Power generieren und effektiv nutzen kann. Nach wie vor lassen sich gemeinsame Interessen angesichts globaler Herausforderungen – etwa beim Klimawandel oder

im globalen Handel – identifizieren. Bei diesen Themen sollte es doch möglich sein, auch ohne große militärische Kapazitäten global einflussreich Politik mitzugestalten und dabei eigene Interessen zu wahren. Im Hinblick auf den Aufbau von militärischen Kapazitäten scheint es, aus meiner Sicht, einen Unterschied zu machen, ob man militärisch verteidigungsfähig sein will oder, ob man gegebenenfalls entlang geopolitischer Großmachtüberlegungen fähig und bereit sein will, eben auch mit militärischen Mitteln eigene europäische Interessen durchzusetzen.

Sie sagen, es gibt ein global verbreitetes Interesse an wirtschaftlicher Stabilität innerhalb der interdependenten Beziehungen. Begreifen aber viele Staaten die globale Interdependenz inzwischen nicht eher als Verwundbarkeit anstatt wie früher als gegenseitige Abhängigkeit und dadurch Stabilisierung? Wir sehen doch Autarkie-, Resilienz- und Renationalisierungstendenzen.

Sascha Werthes: Ja, solche Tendenzen sind insbesondere entlang populistischer Diskurse erkennbar, aber ob entsprechende Politiken die damit verbundenen Hoffnungen auf mehr oder nachhaltig gesicherten Wohlstand einlösen können, erscheint mir mehr als fraglich. Globale Herausforderungen beziehungsweise die Folgen globaler Interdependenz lassen sich nicht national isoliert lösen. Eine Rückkehr zu Autarkiebestrebungen und Protektionismus sowie eine krude geopolitische Machtpolitik wird hier schnell an Grenzen stoßen. Dies bezüglich scheint uns das 19. und frühe 20. Jahrhundert als Mahnung und Warnung zu dienen.

Wie wirkt sich eine veränderte Weltordnung auf unseren Alltag aus, wenn Europa und die USA an Einfluss verlieren, während China, Russland und andere BRICS-Staaten stärker werden?

Sascha Werthes: Halten wir vielleicht zunächst einmal fest: Beschreibungen einer vorhandenen oder einer sich verändernden Weltordnung, allein mit Blick auf die dort identifizierte Polaritätsstruktur (uni-, bi-, multipolar), reichen nicht aus, um fundierte Aussagen darüber machen zu können, wie viel und welche Variationen des »globalen Regierens« stattfinden könnten. Anders formuliert: Die Beobachtung einer Veränderung der Konfiguration der Machtverteilung im internationalen System allein, verrät zunächst einmal noch nichts darüber, wie relevante Akteure die internationalen Beziehungen (aus-)gestalten werden. Der Blick auf die BRICS-Staaten ebenso wie auf europäische Staaten und die USA verweist ja bereits darauf wie vielfältig und diffus die Problemlagen und Interessenkonstellationen sein können. Insofern birgt jede Machtkonfiguration sowohl Chancen und Risiken, enthält jedoch immer Handlungsspielräume für komplexe Formen globaler Kooperationen zur Bearbeitung globaler Probleme.

Bedeutet eine veränderte Weltordnung konkret, dass mit dem Verlust äußerer Machtpositionen auch wirtschaftliche Stärke und liberale politische Gestaltungsspielräume unter Druck geraten und Europa außen- wie innenpolitisch schwächer wird?

Sascha Werthes: Sicherlich kann man argumentieren, dass das Projekt einer liberalen internationalen Ordnung, innerhalb dessen

insbesondere Westeuropa prosperieren und sich progressiv entwickeln konnte, an Attraktivität und Strahlkraft verloren hat. Inwieweit Europa hierdurch schwächer werden wird, wird davon abhängen, ob es den Europäern gelingen wird, sich auf die sich verändernden internationalen Rahmenbedingungen einzustellen. Derzeit scheinen sich noch keine klaren, stabileren, neuen Machtverhältnisse herausgebildet zu haben und insofern herrscht, sozusagen, auch Unklarheit über die Spielregeln der sich verändernden Weltordnung. Das internationale Umfeld ist somit für alle Akteure, insbesondere aber für die europäischen liberalen Demokratien, schwieriger geworden.

Das klingt, als befände sich Europa eher in einer defensiven Position, statt selbst ein eigenes utopisches Zukunftsprojekt aktiv voranzutreiben?

Sascha Werthes: Ja, kann man so sagen. Während der unipolaren Konfiguration wurden durchaus Chancen verpasst, die Welt sicherer für liberale Demokratien und die liberale internationale Ordnung resilienter gegenüber Gefährdungen von Innen und Außen zu machen und insofern befindet man sich aktuell eher in einer defensiven herausgeforderten Position. Mit Blick auf die sich verändernde Weltordnung heißt dies für Europa, dass nun durchdachte pragmatische Strategien, ein adaptives Krisenmanagement und konkretisierte Vorstellungen bezüglich der Frage, wann und wie man mit revisionistischen Mächten zusammenarbeiten kann, entwickelt werden müssen.

Das Interview führten *Oliver Drewes* und *Marius Minas* am 18. November 2025.

Dezember

Prof. Dr. Uwe Jun

(Professur für Westliche Regierungssysteme: Das politische System der Bundesrepublik Deutschland & TIDuP-Direktor)

Das Jahr der Parteien: Die deutsche Parteienlandschaft im Überblick

Dieses Jahr stand mit der Bundestagswahl ein politisches Großereignis an über das wir an dieser Stelle natürlich bevorzugt reden wollen. In der Wahlforschung sehen wir seit Jahrzehnten sinkende Parteibindung und wachsende Bedeutung von Kandidaten- und Programmfaktoren. Im diesmal nur dreimonatigen Wahlkampf veränderten sich die Umfragewerte der Wahlabsichten jedoch kaum (siehe Abb. 1). Die Wählerschaft ließ sich offenbar wenig durch die vorgestellten Kandidaten und Wahlprogramme beeinflussen; Ausnahme war nur Die Linke, die auf den letzten Metern zulegte. Deutet dies darauf hin, dass die Parteibindung doch stärker ist, als angenommen und Kandidatenfaktoren geringer zu gewichten sind?

Uwe Jun: Diesmal gab es keinen populären Spitzenkandidaten. Alle Parteien konnten mit ihren Kandidaten kaum überzeugen, sodass der Kandidateneffekt ausblieb. Das

war in früheren Wahlen anders. 2021 konnte Olaf Scholz als Person noch punkten, 2025 nicht mehr. Hinsichtlich der Parteiidentifikation zeigt sich bei der AfD ein hoher Bindungswert; ihre Wählerschaft fühlt sich am stärksten mit der eigenen Partei verbunden. Bei allen anderen Parteien sind die Bindungswerte geringer. Auch die Themenorientierung hat weniger Dynamik in den Wahlkampf gebracht, als man hätte annehmen können. Es gab im Wahlkampf kein neues Thema, was reüssieren konnte und die Wahl wesentlich beeinflusst hätte. Einzig Die Linke konnte mit ihrem Kurs „gegen Rechts“ im Nachgang zu AfD-Stimmen in kaufnehmenden Abstimmungen der Union [Erschließungsantrag bzw. Zustrombegrenzungsgesetz am 29. bzw. 31. Januar 2025; A.d.R.] im Wahlkampf punkten. Die Themen „Wirtschaft“ und „Migration“ waren schon vorher die bestimmenden, sodass sich da keine Dynamik in die eine oder andere Richtung entfalten konnte.

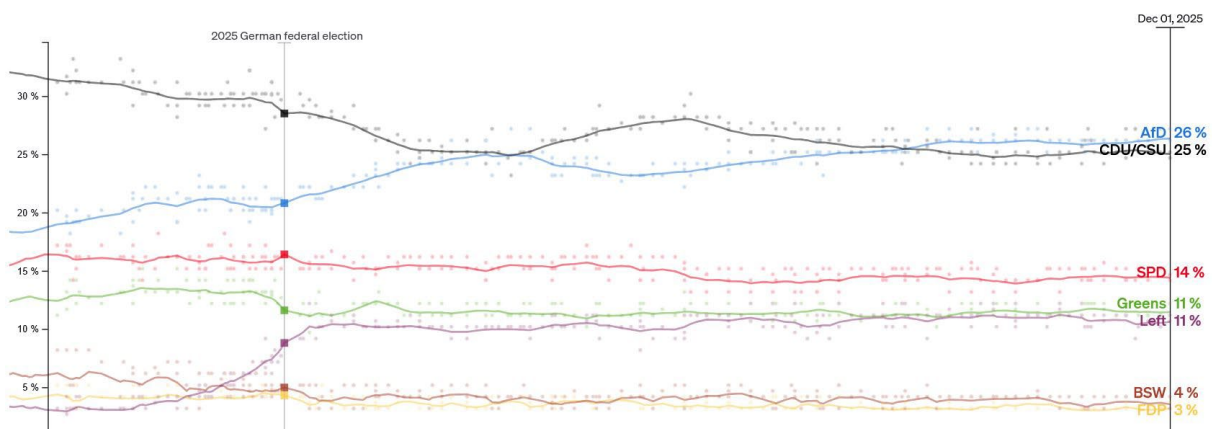


Abbildung 1: Umfragewerte der Parteien in Deutschland 2025 (Quelle: www.politico.eu/europe-poll-of-polls/germany/)

Seit der Bundestagswahl stagnieren die Zustimmungswerte von SPD, Grünen, Linken, BSW und FDP (Siehe Abb. 1). Sie bewegen sich kaum, obwohl vier der fünf Parteien in der Opposition sind. Warum fehlt es dem Parteiensystem derzeit an Dynamik, obwohl eigentlich genügend Raum für kontroverse Debatten vorhanden wäre?

Uwe Jun: Nur eine Partei profitiert derzeit von der Unzufriedenheit mit der Regierung: die AfD; die anderen können die Unzufriedenheiten nicht in sich aufnehmen. Die Gründe unterscheiden sich dabei allerdings: Die FDP ist in der öffentlichen Wahrnehmung kaum präsent. Beim BSW fehlt Aufmerksamkeit, weil die Partei stark mit internen Problemen und Kontroversen beschäftigt ist und sich ihre Gründerin aus der ersten Reihe zurückzieht. Die Grünen haben nach dreieinhalb Jahren Regierung noch keine klare Oppositionslinie gefunden; intern bestehen Uneinigkeiten über einen kompetitiven oder kooperativen Kurs. Die Linke war zwar im Wahlkampf erfolgreich, verfügt aber nur über ein klar begrenztes Potenzial: junge, oft weiblich geprägte gut ausgebildete Großstadtmilieus. Daher profitieren diese vier Parteien kaum oder gar nicht von der vorhandenen Unzufriedenheit mit der schwarz-roten Koalition.

Lassen Sie uns genauer in die einzelnen Parteien schauen: Obwohl mit Robert Habeck jemand als Spitzenkandidat in die Wahl ging, der für einen Grünen kaum pragmatischer und realistischer hätte sein können, war das Abschneiden schlussendlich schlechter als unter der Spitzenkandidatur von Annalena

Baerbock. Sind die 11,6 Prozent auf eine schwache Kampagne, auf Habecks Person oder auf einen politischen Zeitkontext zurückzuführen, der grüner Politik wenig Bedeutung beimaß?

Uwe Jun: Letzteres scheint mir das Entscheidende gewesen zu sein. Klimapolitik stand nicht weit oben auf der Agenda. Die Grünen litten zusätzlich unter dem schlechten Image der Ampel, was auch potenzielle grüne Wählerinnen und Wähler beeinflusste. Sie erreichten jüngere Wähler emotional nicht mehr und konnten kein attraktives Thema setzen, während Die Linke mit „Mieten“ und „gegen rechts“ erfolgreich war. So kamen die Grünen auf 11,6 Prozent – immerhin ihr zweitbestes Bundestagswahlergebnis und angesichts der Ausgangslage passabel, zumal sie über eine breite Stammwählerschaft verfügen. Enttäuschte Hoffnungen auf Habecks Person oder seinen Mittekurs zu reduzieren, wäre eine Fehldeutung; das war nicht der ausschlaggebende Faktor.

Bleiben wir bei dem Fokus auf Führungspersonen: Kann Friedrich Merz nun mehr Führungsstärke beanspruchen, da er „nur“ eine Zweier- und keine Dreierkoalition zusammenhalten muss?

Uwe Jun: Merz versucht, stärkere Führungskompetenz zu zeigen, vor allem durch eine aktive außenpolitische Rolle. In der Innenpolitik fällt ihm das schwer, da er an Koalitionskompromisse gebunden ist. Das Infrastrukturpaket kostete ihn Glaubwürdigkeit, weil er im Wahlkampf noch stärker an der Schuldenbremse festhielt. Er agiert nun als Garant der Koalition, weil es keine politisch gewollte Alternative zu ihr gibt. Dadurch

Verantwortung für Deutschland



Unterzeichnung des Koalitionsvertrages 2025 der 21. Wahlperiode des Bundestages. (Foto: Martin Rulsch, Wikimedia Commons, CC BY-SA 4.0.)

hat er wenig Spielraum, um Führung zu demonstrieren. Er tritt eher als Koalitionskanzler auf, nicht als jemand mit ausgeprägter Führungsstärke, was zu seinen niedrigen Zustimmungswerten beiträgt.

Sie sagen, es gibt derzeit keine denkbaren politischen Alternativen zur schwarz-roten Koalition. Was ist mit einer Minderheitsregierung?

Uwe Jun: Eine Minderheitsregierung würde die Union zu einer klaren Positionierung gegenüber der AfD zwingen. Da SPD, Linke und Grüne zusammen mehr Mandate hätten als die Union allein, müsste die Union faktisch mit der AfD Mehrheiten organisieren. Das würde den Parteitagsbeschluss zwar nicht formal brechen, ihn aber inhaltlich unterlaufen und die Union innerlich spalten, da viele jegliche Kooperation mit der AfD ablehnen. Unter diesen Bedingungen erscheint eine funktionsfähige Minderheitsregierung kaum realistisch.

Zwar haben AfD und Union in einigen Feldern eine inhaltliche Nähe, in anderen dagegen unüberbrückbare Differenzen. Das scheint manchmal vergessen zu werden, wenn über eine Koalition theoretisiert wird.

Uwe Jun: In der Außenpolitik bestehen deutliche Disharmonien, besonders wegen der AfD-Positionen zum Krieg in der Ukraine und zu Russland. Auch beim Rentenniveau fehlt jede gemeinsame Linie. Der Parteitagsbeschluss der Union, der eine Kooperation ausschließt, gilt weiterhin und wurde in Thüringen und Sachsen bestätigt, wo die CDU eine Koalitionsbildung mit der AfD klar vermieden hat. Wenn schon auf Länderebene keine Bereitschaft für engere Zusammenarbeit besteht, ist sie auf Bundesebene erst recht ausgeschlossen. Eine solche Kooperation würde die Union zudem innerlich spalten. Deshalb ist dieser Weg nicht gangbar.

Schauen wir auf die Entwicklung kleinerer Parteien: FDP und BSW liegen beide anhaltend etwas unter 5 Prozent in den Umfragen. Die FDP verfügt über eine kleine Stammwählerschaft, aber eine derzeit schwache Führung. Das BSW hat kaum Stammwähler, konnte jedoch auf eine starke Führungsperson setzen. Welche Grundlage ist besser, um wieder Erfolge zu erzielen – eine kleine Stammwählerschaft oder eine starke Führungsperson (ohne Stammwählerschaft)?

Uwe Jun: Für Parteien ist Aufmerksamkeit zentral – sichtbar sein und für bestimmte Positionen stehen. Dafür gibt es zwei Wege: eine mediengewandte Führungsperson oder klare programmatische Alleinstellungsmerkmale. Beides fehlt der FDP. Zwar könnte sie als marktliberale Partei ein Profil entwickeln, doch ihre Themen erreichen emotional kaum Wähler, auch nicht über das Thema „Leistungsgerechtigkeit“.

Das BSW hätte prinzipiell Chancen auf beides, doch Wagenknecht ist innerparteilich nicht mehr unumstritten und zieht sich formal zurück. Die Partei wirkt mit sich selbst beschäftigt und setzt kein klares Thema – mit Ausnahme des Ukraine-Friedenthemas, das aber vor allem in Ostdeutschland wirkt, kein Alleinstellungsmerkmal gegenüber der AfD bietet und derzeit nicht sehr weit oben auf der gesamtdeutschen Agenda steht. Kurz: Beides ist wichtig, aber ohne eine aufmerksamkeitsstarke Person ist es deutlich schwieriger.

Der SPD, die auch ein Problem mit zunehmend kleiner Stammwählerschaft hat, gelingt es immer weniger, das klassische Arbeitermilieu an sich zu binden,

während die AfD – trotz eher wirtschaftsliberaler, arbeitgeberfreundlicher Programmatik – diese Wähler zunehmend gewinnt. Warum funktioniert das, und welche Konsequenzen ergeben sich daraus für die SPD?

Uwe Jun: Viele Menschen mit geringer formaler Bildung fühlen sich von den etablierten Parteien nicht mehr repräsentiert. Parteien – auch die SPD – werden stark von Personen mit höherer Bildung geprägt; dadurch entsteht eine Repräsentationslücke. Diese Gruppe sieht sich subjektiv benachteiligt und findet bei der AfD Anschluss, wobei wirtschafts- und sozialpolitische Positionen in diesem Kontext zweitrangig sind. Die AfD schafft Identifikation über Migration.

Die SPD hat kulturell den Anschluss an diese Gruppe verloren; der Bruch ist über Jahrzehnte gewachsen und schwer zu schließen. Klingbeil versucht Gegengewichte zu setzen, doch die Rückgewinnung ist schwierig. Die SPD ist heute weitgehend auf Rentnerinnen und Rentner sowie Beschäftigte im öffentlichen Dienst, besonders in sozialen Berufen, reduziert.

Das starke Ergebnis der Linken von 8,7 Prozent wurde vor allem darauf zurückgeführt, dass sie den Protest gegen die Abstimmung der CDU mit den in Kauf genommenen Stimmen der AfD im Januar authentisch aufgreifen konnte. Obwohl man diesen Effekt als nur kurzfristig wirkend hätte erwarten können, hält sich die Linke in Umfragen stabil über 10 Prozent. Wie lässt sich das erklären – sowohl mit Blick auf die unmittelbare Wahlkampfdynamik als auch darauf,

dass die Partei vor einem Jahr fast schon für politisch erledigt galt?

Uwe Jun: Der Wechsel an der Parteispitze hat ihr gut getan, weil die vorherige Führung soziale Politik auf Umverteilung verengt und kulturelle Themen betont hatte – z.B. symbolisiert durch die Spitzenkandidatin Carola Rackete bei den letzten Europawahlen. Die neue Führung setzt wieder klar soziale Themen, besonders „Mieten“, was bei ihrer Kernklientel – junge, gut ausgebildete Großstädterinnen – emotional verfangt. Dazu kommt das Image von „wir kümmern uns vor Ort“.

Die politische Lage ähnelt der vor der Bundestagswahl; die AfD steigt weiter, und die Linke positioniert sich erfolgreich als Antipode – besonders wirksam bei formal gut ausgebildeten Frauen in Großstädten. Mit Heidi Reichinnek hat die Partei zudem eine wählerwirksame Person, die soziale Botschaften emotional über soziale Medien vermittelt. Intern ist die Partei heute nach der Abspaltung des BSW geeinter. Externe Faktoren wie Merz' migrationspolitischer Wahlkampfswenk halfen zusätzlich. Insgesamt hat die Linke aus früheren Fehlern gelernt, soziale Themen breiter aufgestellt, interne Geschlossenheit wiederhergestellt und dadurch anhaltend hohe Zustimmung erreicht.

Also könnte man in Bezug auf Die Linke vielleicht festhalten „Totgesagte leben länger“?

Uwe Jun: Ja. Und sie haben es auch geschafft, mit vielfältigen Aktionen mediale Aufmerksamkeit zu gewinnen. Denken Sie auch an die Silberlocken-Aktion [wo sie Bodo Ramelow, Gregor Gysi und Dietmar Bartsch im Wahlkampf zusammen so stark

in Szene gesetzt haben, um mit ihnen drei Direktmandate zu gewinnen und sich so vor dem parlamentarischen Ausscheiden zu retten, wenn man die 5-Prozent-Hürde nicht geschafft hätte; A.d.R.J. Das war sehr geschickt, was mediale Aufmerksamkeit betrifft. Also insofern muss man sagen: Kompliment an die Linke, die es geschafft hat, vielfältigste Aufmerksamkeiten auf sich zu ziehen und das in geschickter Form auch für sich genutzt hat.

Lassen Sie uns noch einen Blick auf das Parteiensystem insgesamt werfen: Unser politikwissenschaftlicher Kollege Oscar Gabriel sieht die Bundestagswahl 2025 als Höhepunkt des Übergangs vom moderaten zum polarisierten Pluralismus: AfD und Linke gewinnen, während die bisherigen Regierungsparteien stark verlieren. Wie lässt sich diese Entwicklung erklären, und teilen Sie Gabriels Einschätzung dieses Wandels?

Uwe Jun: Ja, Gabriels Diagnose ist eindeutig zutreffend und wird auch von Oskar Niedermayer geteilt. Regierungen haben es insgesamt immer schwerer, sich zu behaupten; ein europaweiter Trend. Auch in Deutschland traf dies alle drei Regierungsparteien – die Grünen am wenigsten. Oppositionsparteien gewinnen, besonders jene an den Rändern, weil Regierungen typischerweise aus der Mitte kommen und Unzufriedenheit daher vor allem Randparteien stärkt.

Die Ursachen liegen in einer geopolitisch und ökonomisch schwierigen Lage: drei Rezessionsjahre, starker Zukunftspessimismus und Angst vor sinkendem Wohlstand. Angst- und Ungerechtigkeitsempfinden öffnen für radikalere Positionen.

Diese gesellschaftliche Polarisierung spiegelt sich im Parteiensystem wider. Zwar existiert weiterhin eine starke gesellschaftliche Mitte, wie Wissenschaftler wie Steffen Mau eindrucksvoll zeigen konnten, doch Polarisierungstendenzen wachsen und werden von „Polarisierungsunternehmern“ genutzt – verstärkt durch soziale Medien, die Emotionen und Negativität algorithmisch begünstigen. All dies trägt wesentlich zur Verschiebung hin zu einem polarisierten Pluralismus bei.

Ist es trotz aller Themen, die geeignet sind, eine Polarisierung zu erzeugen, ein Vorteil unseres Mehrparteiensystems, dass es Pluralismus besser abbilden kann, als ein Mehrheitswahlsystem und daher Polarisierung, wie wir sie z.B. in den USA sehen, besser abschwächt?

Uwe Jun: Großbritannien zeigt trotz Mehrheitswahlrecht eine geringere Polarisierung, weshalb das Wahlsystem nicht entscheidend ist. Ausschlaggebend sind gesellschaftliche Entwicklungen. Wenn sich ein starkes Freund-Feind-Denken etabliert und die gesellschaftliche Mitte verschwindet, wie in den USA, wird Polarisierung politisch kaum steuerbar und leichter von Polarisierungsunternehmern nutzbar.

In Deutschland und vielen europäischen Ländern existiert jedoch weiterhin eine kraftvolle Mitte, die Parteien der Mitte stabilisiert und Mehrheiten an den Rändern verhindert. Nur wenige westliche Demokratien – etwa Ungarn oder teils Italien – weisen Mehrheitsbildungen an den Rändern auf. Die europäischen Parteiensysteme bleiben damit derzeit von amerikanischen Verhältnissen entfernt.

Herr Jun, wir danken für das Gespräch.

Das Interview führten *Marius Minas* und *Oliver Drewes* am 25. November 2025.

